

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Palestinian\\_human\\_rights\\_need\\_protecting\\_100\\_\(63334930454\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Palestinian_human_rights_need_protecting_100_(63334930454).jpg)

## GAZA, IRAN ... BANKROTT DER WESTLICHEN WERTEGEMEINSCHAFT

## INHALT

### *Nahost*

<b>Israel als imperialistischer Stoßtrupp im Nahen Osten</b> .....	<b>3</b>
<b>Israel jetzt stoppen! Büro der Vierten Internationale</b> .....	<b>6</b>
<b>Erklärung aus der iranischen Opposition</b> .....	<b>7</b>
<b>Die Rechte der Frauen sind teilbar, Samah Salaime</b> .....	<b>9</b>
<b>Der Massenmord in Gaza, Qassam Muaddi</b> .....	<b>12</b>
<b>Abschiebung wegen Palästinasolidarität, Jodie Jones</b> .....	<b>14</b>
<b>Der Anfang vom Ende? Hermann Dierkes</b> .....	<b>17</b>
<b>Bankrott der „westlichen Wertegemeinschaft“, Jakob Schäfer</b> .....	<b>21</b>
<b>Auszüge aus Reden vor dem Internationalen Gerichtshof</b> .....	<b>24</b>
<b>Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus</b> .....	<b>27</b>
<b>Solidarität in Marokko, Al-Mounadil-a</b> .....	<b>28</b>
<b>Geschichte als Feigenblatt, Gideon Levy</b> .....	<b>30</b>

### *Faschismus*

<b>„Faschisierung“? Johann-Friedrich Anders</b> .....	<b>32</b>
<b>Die AfD verbieten? Thies Gleiss</b> .....	<b>35</b>

### *Militarisierung der EU*

<b>Krise und Empire, Jakob Schäfer</b> .....	<b>38</b>
<b>Gegen Aufrüstung, Krieg und Imperialismus! Gippò Mukendi Ngandu</b> .....	<b>44</b>

### *Belgien*

<b>Die PTB zwischen Bruch und Beteiligung, Freddy Mathieu und Daniel Tanuro</b> .....	<b>49</b>
---	-----------

### *Gewerkschaft*

<b>„Arbeitsunrecht stoppen!“, Heinrich Neuhaus</b> .....	<b>56</b>
--	-----------

### *Kaschmirkrise*

<b>Geschichte und internationalistische Perspektive, Pierre Rousset</b> .....	<b>58</b>
---	-----------

### *letzte Seite*

<b>Sommer, Sonne, Internationalismus! – Auf zum antikapitalistischen Sommercamp</b> .....	<b>62</b>
---	-----------

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>

- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# ISRAEL ALS IMPERIALISTISCHER STOSSSTRUPP IM NAHEN OSTEN

Jahrzehntelang fungierte Israel als „Kettenhund des Imperialismus“ im Nahen Osten, wie es die israelische Zeitung *Haaretz* schon in den 1950er Jahren schrieb.

## ■ „Editorial“ zum Nahostkrieg

■ Mit der eigenen massiven militärischen Intervention der USA in der Region (2. Golfkrieg 1990/91 und Krieg gegen den Irak ab 2003) war die Bedeutung Israels für die imperialistische Kontrolle des Nahen Ostens zurückgegangen. Für die inzwischen wieder größer gewordene Rolle Israels in diesem Zusammenhang gibt es im Wesentlichen zwei Gründe:

*Erstens* ist die israelische Gesellschaft seit Jahren in einer tiefen politischen Krise, was dazu führt, dass Netanjahu sein Heil vor allem in der dramatischen Zuspitzung der ethnischen Säuberung Palästinas sucht. Hierfür bildete der 7. Oktober 2023 in gewisser Weise eine unerwartete, aber willkommene Gelegenheit. Im Gazastreifen hat diese Politik inzwischen das Ausmaß eines Völkermords angenommen. Aber auch die vorangegangenen Gazakriege (nicht zuletzt das brutale Abschlagen von friedlichen Demonstrierenden beim Großen Marsch der Rückkehr 2018 und 2019) sowie das immer härtere Vorgehen der Armee und der Siedler im Westjordanland belegen diese Politik der ethnischen Säuberung, und zwar schon lange vor dem 7. Oktober.

Der in dieser Logik nun gestartete Krieg gegen den Iran verfolgt die gleiche Absicht: eine „Neuordnung“ des Nahen Ostens durch die Etablierung Israels als vorherrschende Regionalmacht, die andere Regierungen und die Menschen in der ganzen Region das Fürchten

lehrt. Wie sich diese rassistische Politik konkret für die palästinensische Bevölkerung auswirkt, ist in den folgenden Artikeln dieses Heftes zu lesen.

*Zweitens* ist es erklärtes Ziel der US-Politik der letzten Jahre – vor allem unter Trump 2.0 –, weniger selbst militärisch gegen andere Länder vorzugehen. Stattdessen soll dem Wirtschaftskrieg gegen die aufstrebende Großmacht China, den „Hauptfeind“, absoluter Vorrang eingeräumt werden.

Die konkrete Politik der Netanjahu-Regierung und die damit verbundene Dynamik (die auch neue Chancen für den US-Imperialismus eröffnet) führte allerdings dazu, dass die US-Regierung nun doch auch selbst direkt im Iran-Krieg interveniert. Der Angriff der USA vom 21.6. hat natürlich nichts mit dem Atomprogramm des Irans zu tun. Schließlich kommen die US-Geheimdienste nachlesbar zu dem Schluss, dass der Iran noch Jahre bräuchte, um Atombomben zu bauen. Verhandlungen waren zwischen dem Iran und Deutschland, Frankreich und Großbritannien wieder angelauten. Es sind ausschließlich geopolitische Interessen, die die US-Regierung motiviert haben, allen möglichen Widersachern zu zeigen, wo der Hammer hängt. Indirekt waren die USA natürlich schon die ganze Zeit in die Vorbereitungen für Israels Krieg involviert, denn ohne die logistische Unterstützung mittels der US-Aufklärungssatelliten und Leitsysteme wäre das umfangreiche

Bombardement des Irans durch Israel gar nicht möglich gewesen.

### **Die Schuldigen sind auf drei Seiten**

Folgt man der hiesigen Berichterstattung in den großen Medien, dann bekommt man den Eindruck, als würden im Iran (fast) ausschließlich militärische Ziele getroffen, so als ob dieser Krieg keine großen menschlichen Opfer verursacht. In Wirklichkeit ist die iranische Bevölkerung extrem in Mitleidenschaft gezogen. Schon nach 3 Tagen gingen die Opferzahlen in die Hunderte, andere Quellen sprechen von Tausenden, die Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser ist extrem eingeschränkt. Hunderttausende werden von den Raketenanschlägen terrorisiert, Millionen sind auf der Flucht. Eine eh schon stark unter der wirtschaftlichen Krise leidende Bevölkerung wird mit diesem Krieg in noch größeres Elend gestürzt.

*Der erste Verantwortliche und Schuldige* für diese Lage ist die israelische Regierung. Sie hat – wie halbwegs neutrale Beobachter übereinstimmend erklären<sup>1</sup> – keineswegs in Selbstverteidigung gehandelt, eine Formulierung, die gerne von Invasoren genutzt wird, aber ganz besonders gerne vom zionistischen Staat, so etwa schon beim 6-Tage-Krieg 1967 (den er als Präventivkrieg bezeichnete).

Dass die israelische Bevölkerung auch nach Tagen mit eigenen Opfern den Irankrieg befürwortet, beruht auf einer jahrzehntelangen erfolgreichen Propaganda der israelischen Regierungen, die den Iran permanent als unmittelbare Bedrohung geißelte. Gerade heute ist diese Propaganda besonders grotesk, ist doch das iranische Regime seit der entscheidenden Schwächung der Hisbollah (im Libanon) und dem Sturz des Assad-Regimes heute außenpolitisch und militärisch recht schwach. Vor allem aber: Die Fähigkeit des Irans, Atombomben zu bauen und sie dann auch noch über Israel abzuwerfen ist überhaupt nicht bewiesen. Nicht nur hat der Iran – im Gegensatz zu Israel – den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, eine solche Aktion gäbe für das Teheraner Regime überhaupt keinen Sinn. Schließlich würden damit auch Palästinenser:innen getroffen, als deren Beschützer es ja auftritt.

Der israelische Historiker und Iran-Spezialist Haggai Ram<sup>2</sup> erläutert in einem Interview mit Mediapart vom 15. Juni, dass alle israelischen Regierungen seit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran eine obsessive Dämonisierung des Irans betrieben haben. Speziell Netanjahu hat ein großes Eigeninteresse daran, denn er möchte gern als der Besieger des Irans in die Geschichte eingehen. Das

könnte ihn später vor juristischem Ungemach schützen (er ist wegen Korruption angeklagt).

Dass das Regime des „obersten Führers“ Chamenei zivile Ziele in Israel bombardiert und nicht militärische, liegt natürlich an der dafür viel zu schwachen Logistik des Irans.

*Der zweite Hauptverantwortliche* ist der westliche Imperialismus, allen voran die USA. Trump hatte schon in seiner ersten Amtszeit der zionistischen Regierung den Rücken gestärkt (Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, Unterstützung der Siedlungspolitik, Anerkennung der Annexion der Golanhöhen ...). Ohne die vom Imperialismus gelieferten Waffen (v. a. Flugzeuge und Bomben) wäre die ganze israelische Kriegspolitik (Gaza, Libanon, Syrien und jetzt Iran) gar nicht möglich. Die Hauptlieferanten sind nach wie vor die USA und Deutschland. Wie verlogen und politisch-moralisch bankrott die westliche Wertgemeinschaft agiert, zeigt sich daran, dass man sich noch nicht mal bereit erklärt, diesen Angriffskrieg zu verurteilen. Stattdessen wird immer nur über die zu verhindernde Atombewaffnung des Irans gesprochen. Kaum einer drückt es unverhohlener aus als Merz, wenn er von der „Drecksarbeit“ spricht, die Israel (er meint wohl für uns alle) tut. Die deutsche Regierung macht sich also nicht nur seit Jahren mitschuldig am Völkermord im Gazastreifen, sondern auch an diesem neuen Angriffskrieg. Einen Angriffskrieg zu verurteilen, geziemt sich für Imperialisten halt nur, wenn man damit den geopolitischen Gegner ins Visier nehmen kann.

*Der dritte Schuldige* allerdings an diesem Krieg ist das korrupte und mörderische Regime in Teheran, das nicht nur die eigene Bevölkerung unterdrückt und hungern lässt, sondern für seine Außenpolitik stark auf das Militär setzt. Verheerend dabei ist das Atomprogramm, vollkommen unabhängig davon, ob damit irgendwann einmal Atombomben gebaut werden können. Schließlich gibt es im Iran kein Energieproblem und ein solches Programm verschlingt unsäglich viele Mittel.

Entscheidend für diese Politik ist: Das Regime möchte zumindest potentiell Atommacht werden, um sich damit als regionaler Player zu behaupten. In Wirklichkeit aber liefert es damit dem Imperialismus – und gerade dem expansiven Israel – den idealen Vorwand, den Iran anzugreifen. Für Israel hat diese Konfrontation den Vorteil, dass die Regierung mit diesem äußeren Feind von den innenpolitischen – und zunehmend auch ökonomischen – Problemen ablenken kann. Vor allem: Mit einem solchen Krieg kann der gesamten Region Angst und Schrecken eingejagt wer-

den. Das strategische Ziel des Zionismus ist es, sich so stark als Regionalmacht zu etablieren, dass niemand sich traut, seiner Politik der ethnischen Säuberung entgegenzutreten.

Der deutschen Staatsräson widersprechen, sei es im Gazakrieg, sei es im Iran-Krieg, ist für Internationalist:innen und sonstige humanistisch Gesinnte oberstes Gebot. Deswegen gilt es, überall für folgende Ziele einzutreten:

- Schluss mit der Unterstützung der israelischen Regierung durch die Bundesregierung.
- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen.
- Kampf in den Gewerkschaften für eine kritische Position zur israelischen Politik, damit auch hierzulande Waffenlieferungen für Israel blockiert werden wie schon wiederholt in Schweden und kürzlich durch Hafentarbeiter in Marseille.

J. Schäfer, M. Weis, J. Herzog, B. Mertens (Mitglieder der Redaktion)

20.6.2025

**1** siehe etwa: <https://www.pressenza.com/de/2025/06/vom-recht-auf-angriffskrieg/>

**2** <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article75363>. Haggai Ram ist Antizionist und lehrt an der Ben Gurion Universität (Negev). Detailliert legte er seine Analyse schon vor 20 Jahren in seinem Buch: *Iranophobia : The Logic of an Israeli Obsession* (Stanford University Press) dar.



## NEU bei ISP



### IV. Internationale Manifest für eine ökosozialistische Revolution Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!

Herausgegeben von:  
BfS (Schweiz), ISO (Deutschland),  
SOAL (Österreich)  
64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €  
2025, ISBN 978-3-89900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt besinnungslos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

**Neuer ISP Verlag GmbH**

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# ISRAEL JETZT STOPPEN!

## BÜRO DER VIERTEN INTERNATIONALE

Israels beispielloser Angriff auf den Iran ist eine direkte Folge der Straffreiheit für den in den letzten 20 Monaten vor den Augen der Welt verübten Völkermord in Palästina. Unter dem Vorwand der „Selbstverteidigung“ hat Israel seine seit langem betriebene Politik der Auslöschung der Palästinenser:innen zu einem umfassenden Völkermord eskalieren lassen. Nun weitet es diese Aggression aus, indem es den Iran bombardiert und behauptet, sich vor einer hypothetischen nuklearen Bedrohung zu schützen – obwohl es den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat und über sein eigenes Atomwaffenarsenal keine Auskunft gibt.

Diese Straflosigkeit wird durch die Vereinigten Staaten und andere Regierungen ermöglicht, die Israel weiter mit Waffen, finanziellen Mitteln und politischer Rückendeckung unterstützen, während es in der gesamten Region massenhafte Gräueltaten verübt. Die USA haben betont, dass Israel bei seinem Angriff auf den Iran alleine gehandelt habe, und jegliche Beteiligung abgestritten, obwohl es der Hauptlieferant der bei diesem Angriff verwendeten Waffen war. Zusammen mit anderen Regierungen, die Israel Waffen liefern und es absichern, sind die USA mitschuldig daran, dass Israel seine Aggressionen in der Region ausweitet. Sie alle sind Partner der Gräueltaten.

Diese Kriegsführung hat nicht nur zivile Opfer gefordert, sondern bedroht auch den langen und mutigen Kampf des iranischen Volkes gegen ein repressives Regime, dessen letzter Höhepunkt die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ war. Die Geschichte zeigt es deutlich: Es gibt keinen Weg zur Demokratie im Schatten des Krieges.

Wir stehen fest an der Seite des iranischen Volkes – sowohl in seinem anhaltenden Widerstand gegen die Diktatur als auch in seinem Recht, frei von ausländischer militärischer Aggression zu leben. Wir verurteilen Israels Angriff auf den Iran und fordern internationalen Druck, um die rücksichtslose regionale Eskalation jetzt zu stoppen.

Wir fordern:

- Hände weg vom Iran!
- Sofortige Beendigung der regionalen Eskalation!
- Solidarität mit den politischen Gefangenen und Menschenrechtsaktivist:innen im Iran und Wachsamkeit gegenüber weiteren Repressionen durch das Regime!

Wie schon seit Monaten fordern wir weiter:

- Sanktionen gegen Israel jetzt!
- Sofortiges Ende aller Waffengeschäfte mit Israel!
- Globale Mobilisierung, um den Völkermord in Palästina zu stoppen!

13. Juni 2025

Quelle: <https://fourth.international/en/566/715>

Übersetzung: B. Mertens

# ERKLÄRUNG AUS DER IRANISCHEN OPPOSITION

Angesichts der momentan instabilen und gefährlichen Lage im Iran und in der Region sehen es die unterzeichnenden Organisationen aus der iranischen Arbeiterbewegung als ihre Pflicht an, eine gemeinsame Position zu beziehen.

Die iranischen Arbeiter:innen – ob in Betrieben oder als Lehrer, Krankenschwestern, Rentner:innen oder sonstige Lohnabhängige – hatten nie ein Interesse an Krieg, zunehmender Militarisierung, der Bombardierung des Landes oder einer autoritären und ausbeuterischen Politik und werden es auch nie haben.

Die israelischen Militärangriffe und die Bombardierung Hunderter Ziele in verschiedenen Regionen des Irans, darunter infrastrukturelle Einrichtungen, Arbeitsplätze, Raffinerien und Wohngebiete, sind Teil einer Kriegspolitik, für die die Bürger:innen, insbesondere die Lohnabhängigen, mit ihrem Leben und ihren Lebensgrundlagen bezahlen müssen.

Israels Behauptung, es verspüre keine Feindschaft gegenüber dem iranischen Volk, ist nichts als Lüge und politische Propaganda. Noch gestern hat der israelische Verteidigungsminister [Israel Katz] damit gedroht, „Teheran niederzubrennen“. Die wiederholten Drohungen Trumps und anderer US-Vertreter sowie die uneingeschränkte Unterstützung solcher Aktionen durch die westlichen Regierungen haben für noch mehr Spannungen, Unsicherheit und Zerstörung in der Region gesorgt.

Die israelische und die US-amerikanische Regierung sind die Hauptverantwortlichen für den anhaltenden Völkermord in Gaza und viele andere Verbrechen in der Region und auf der ganzen Welt. Die Vereinten Nationen und die internationalen Institutionen, die sich heuchlerisch als Friedensstifter präsentieren, während sie zu diesen Gräueltaten schweigen, sind Teil desselben Herrschaftssystems. Das gesamte globale kapitalistische System, seine profitorientierte Logik und sein imperialistisches Macht-

streben sind die Hauptursachen für Kriege, menschliche Katastrophen und Umweltzerstörung.

Die iranische Arbeiterklasse hat von diesen Kriegen nichts Gutes zu erwarten, vielmehr bedrohen sie direkt ihr Leben und ihre Sicherheit. Die anhaltenden Wirtschaftssanktionen, die massiven Rüstungsausgaben und die weitere Einschränkung der Freiheiten führen zu noch mehr Armut, Unterdrückung, Hunger, Tod und Vertreibung für Millionen von Menschen.

Als unabhängige iranische Gewerkschaften, Basisorganisationen und Aktivist:innen teilen wir nicht die Illusion, dass die USA und Israel uns Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bringen wollen, genauso wenig wie wir uns Illusionen über das regionale Vormachtstreben und die repressiven und arbeiterfeindlichen Praktiken der Islamischen Republik machen.

Seit vielen Jahren zahlen wir als iranische Arbeiter:innen einen hohen Preis, um minimale Rechte und elementare Lebensbedingungen zu erzielen. Dabei werden wir inhaftiert, gefoltert, hingerichtet, entlassen, bedroht und verprügelt, und zudem wird uns verweigert, uns organisieren, versammeln und unsere Meinung frei äußern zu dürfen.

Die Arbeiter:innen unseres Landes sind zu Recht wütend und angewidert vom Regime der Islamischen Republik und von den Kapitalisten, die über vier Jahrzehnte lang auf unserem Rücken astronomische Reichtümer angehäuft haben, während wir permanent rechtlos und prekär gehalten werden. Alle Verantwortlichen und Institutionen, die bei der Unterdrückung und Ermordung von Arbeitern, Frauen, Jugendlichen und Minderheiten im Iran mitgewirkt haben, müssen von diesen unterdrückten Menschen selbst vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden.

Unser Kampf als Arbeiter:innen ist ein sozialer und ein Klassenkampf, den wir aus eigener Kraft fortsetzen und dabei die Bewegungen der letzten Jahre, insbesondere für „Brot, Arbeit, Freiheit“ und „Frau, Leben, Freiheit“ aufgreifen. Dabei streben wir nach der Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und aller Kräfte, die sich als humanistisch, freiheitsliebend und egalitär verstehen.

Der gegenwärtige Krieg wird zu weiteren Zerstörungen, irreversiblen Umweltschäden und menschlichen Katastrophen führen. Die Arbeiterklasse und die unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen im Iran gehören ebenso wie die Unterdrückten in anderen Ländern der Region zu den Hauptopfern dieses Krieges.

Die unterzeichnenden Organisationen rufen alle Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Umweltaktivist:innen und Pazifist:innen auf der ganzen Welt dazu auf, sich zusammenzuschließen und ein sofortiges Ende des Krieges, der Bombardierungen, der Massaker an Unschuldigen und der Umweltzerstörung zu fordern und die Kämpfe des iranischen Volkes und der Region zu unterstützen, um Völkermord, Kriegstreiberei und Unterdrückung zu beenden.

Die Völker des Nahen Ostens müssen die verheerenden Spannungen und Konfrontationen zwischen den regionalen und globalen Mächten beenden und einen gerechten und dauerhaften Frieden schaffen; einen Frieden, der es ihnen ermöglicht, ihr eigenes Schicksal durch die Organisation und Mobilisierung der Massen auf der Straße und in Versammlungen mit direkter Beteiligung aller Betroffenen zu bestimmen.

Daher fordern wir:

- Nein zu Krieg und Kriegstreiberei!
- Sofortiger Waffenstillstand!

Unterzeichnende Organisationen und Gruppierungen:  
 Gewerkschaft der Arbeiter:innen des Busunternehmens Vahed (Teheran und Umland)  
 Gewerkschaft der Zuckerrohr-Arbeiter:innen von Haft Tapeh (Chusistan)  
 Arbeiter:innen in Rente von Chusistan  
 Union der Rentner:innen (Ettehad Bazneshastegan)  
 Koordinationskomitee zur Unterstützung bei Gewerkschaftsgründungen  
 Gruppe von Rentnervereinigungen

17. Juni 2025

Übersetzung: MiWe



## Israel/Palästina bei ISP



Shir Hever

### Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung

Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus

263 S., 19,80 Euro  
 ISBN 978-3-89900-140-2



Deeg/Sibony/Warschawski (Hrsg.)

### Stimmen israelischer Dissidenten

220 S., 16,80 Euro  
 ISBN 978-3-89900-113-6



Omar Barghouti

### Boykott – Desinvestment – Sanktionen

Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas

232 S., 19,80 Euro  
 ISBN 978-3-89900-136-5

**Neuer ISP Verlag GmbH**

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# DIE RECHTE DER FRAUEN SIND TEILBAR

Trotz erdrückender Beweise für sexuelle Gewaltverbrechen der Armee haben israelische Frauengruppen den vernichtenden neuen UN-Bericht weitgehend ignoriert oder geleugnet.

## ■ Samah Salaimé

Letzten Monat wurde in einem Bericht für den UN-Menschenrechtsrat bestätigt, dass Israel seit dem 7. Oktober systematisch sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Verbrechen gegen palästinensische Frauen, Männer und Kinder verübt hat, was von palästinensischer Seite schon lange beklagt wird.

Die Untersuchung, die zusammen mit erschütternden Aussagen von Überlebenden und Zeugen, Vertretern der Zivilgesellschaft, Akademikern, Anwälten und medizinischen Experten während einer zweitägigen Anhörung in Genf veröffentlicht wurde, kam zu mehreren wichtigen Schlussfolgerungen, die meiner Meinung nach sofortige weltweite Aufmerksamkeit und Maßnahmen erfordern.

Erstens hat die geschlechtsspezifische Gewalt der israelischen Streitkräfte seit dem 7. Oktober in Umfang und Intensität dramatisch zugenommen und ist „systematisch“ geworden. Diese Verbrechen sind zu einem Instrument der kollektiven Unterdrückung geworden, um palästinensische Familien und Gemeinschaften von innen heraus zu zerstören – eine Taktik, die von anderen Schauplätzen von ethnischer Gewalt und Völkermord wie Bosnien, Ruanda, Nigeria und Irak übernommen wurde, wo die Körper von Frauen zum Schlachtfeld wurden.

Zweitens sind israelische Militärgefängnisse zu Epizentren der ungeheuerlichsten Formen geschlechtsspezifischer Gewalt geworden. Neben den weit verbreiteten Bildern von nackten palästinensischen Gefangenen im Gazastreifen wurden in dem Bericht auch Zeugenaussagen aus Einrichtungen wie Sde Teiman aufgezeichnet, wo die Gefangenen ohne Rechtsbeistand und abseits der Medien Vergewaltigungen, sexueller Erniedrigung und Folter

ausgesetzt waren. In einigen Fällen, wie dem des Arztes Adnan Al-Bursh, starben die Gefangenen Berichten zufolge in direkter Folge dieses sexuellen Missbrauchs während ihrer Haft.

Drittens dokumentiert der Bericht die Verbreitung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Palästinenser:innen im digitalen Sektor. Gefährdete Gruppen, insbesondere Frauen und Jugendliche, werden darin bloßgestellt, gemobbt und unter Ausnutzung ihrer sexuellen Orientierung oder ihres privaten Verhaltens genötigt und eingeschüchtert.

Viertens stellt der Bericht fest, dass geschlechtsspezifische Gewalt nicht nur von Soldaten ausgeübt wird. Auch israelische Siedler, die oft unter dem Schutz der Armee handeln, belästigen palästinensische Frauen im Westjordanland sexuell und nutzen die traditionellen Geschlechterrollen in der palästinensischen Gesellschaft als Methode der Unterdrückung.

Die Ergebnisse des Berichts, der von der UN-Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete erstellt wurde, stützen sich nicht nur auf die Berichte von Überlebenden, sondern auch auf eigene Social-Media-Posts israelischer Soldaten. Die Täter dokumentierten stolz ihre „Heldentaten“ männlicher Rachsucht – sie durchwühlten die Schubladen palästinensischer Frauen, posierten in ihrer Unterwäsche und schmierten frauenfeindliche Graffiti in besetzte Häuser in Gaza. Obwohl viele dieser Inhalte später von den sozialen Plattformen gelöscht wurden, bleiben sie im UN-Bericht für die Nachwelt archiviert.

Auch wenn solche Videos und Bilder zweifellos abstoßend und kriminell sind, verblassen sie im Vergleich zu der extremeren sexuellen Gewalt, die in dem Bericht dokumentiert wird. Erzwungene Entkleidung in der Öffentlichkeit und invasive Durchsuchungen, das gewaltsame Entfernen der Hidschabs von Frauen, das Filmen sexueller Erniedrigung unter Androhung weiterer Gewalt, Drohungen und Vergewaltigungen als eine Form der Folter – all dies bedeutet nicht nur eine Verletzung der Würde, sondern auch einen tiefgreifenden körperlichen und sexuellen Übergriff.

Der Bericht bestätigt, dass sowohl Frauen als auch Männer Opfer dieser Verbrechen waren, und beschuldigt israelische Medien, diese zu banalisieren, indem ihre Kommentatoren und Moderatoren den Einsatz sexueller Gewalt als legitimes Mittel im Krieg diskutieren. So verweist der Bericht beispielsweise auf die Äußerungen von Elijah Josian vom Misgav-Institut auf dem rechtsextremen Kanal 14: „Die Frau ist ein Feind, das Baby ist ein Feind, und die schwangere Frau ist ein Feind“ (nachdem Kanal 14 den Clip online gestellt hatte, wurde er über 1,6 Millionen Mal aufgerufen).

Den Zeugenaussagen zufolge, die der Kommission vorgelegt wurden, ist es für weibliche Opfer oft äußerst schwierig, ihren Missbrauch anzuzeigen. Ein Beispiel hierfür ist ein israelischer Militärkontrollpunkt in der Nähe von Hebron, an dem sich ein Soldat routinemäßig vor vorbeigehenden palästinensischen Frauen entblößt. Eine Studentin, die auf dem Weg zur Schule den Kontrollpunkt passieren muss, würde wahrscheinlich über den Missbrauch Stillschweigen bewahren, da eine Anzeige mit ziemlicher Sicherheit zur Folge hätte, dass sie ihr Studium abbrechen müsste.

Angriffe auf Einrichtungen für reproduktive Gesundheit in Gaza sind ein weiterer Aspekt der geschlechtsspezifischen Kriegsverbrechen Israels. Dem Bericht zufolge haben die israelischen Streitkräfte systematisch die medizinischen Infrastrukturen für Mütter, Einrichtungen für Fruchtbarkeitsbehandlungen und überhaupt für reproduktive Gesundheit im Gazastreifen angegriffen. Die Ergebnisse umfassen auch Fälle, in denen Scharfschützen auf schwangere und ältere Frauen schossen und Ärzte Kaiserschnitte ohne Desinfektionsmittel oder Anästhesie durchführen mussten.

Die Leiterin der Untersuchungskommission, Navi Pillay, erklärte zu den Ergebnissen des Berichts: „Wir kommen nicht um die Schlussfolgerung herum, dass Israel sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Palästinenser:innen eingesetzt hat, um ihnen Angst einzuflößen und ein System der Unterdrückung aufrechtzuerhalten, das ihr Recht auf Selbstbestimmung untergräbt.“

### Ein böses Erwachen

Im Gegensatz zum parallelen UN-Bericht, der im März 2024 veröffentlicht wurde und die geschlechtsspezifischen Verbrechen untersuchte, die von Hamas-Kämpfern am 7. Oktober gegen israelische Frauen begangen wurden, wurde über den aktuellen Bericht in den etablierten Medien kaum berichtet – weder in Israel noch sonst in der Welt.

Selbst die dramatische Eskalation der geschlechtsspe-

zifischen Verbrechen gegen Frauen und Mädchen während des Krieges und die eindeutige Feststellung, dass Israel diese Methoden systematisch einsetzte und es sich nicht nur um isolierte Taten einzelner Soldaten handelte, reichten offenbar nicht aus, um israelische oder internationale Frauenorganisationen dazu zu bewegen, dagegen zu protestieren, dies zu verurteilen oder gar eine dringende Untersuchung des Themas zu fordern. Selbst dass der Bericht nur wenige Tage vor dem Internationalen Frauentag veröffentlicht wurde, führte nicht dazu, dass Webinare, Symposien oder Konferenzen an Universitäten in aller Welt oder dringliche Diskussionen in parlamentarischen Ausschüssen zur Förderung der Frauenrechte durchgeführt worden wären.

Hier in Israel reichten die Reaktionen von Schweigen bis hin zu offener Ablehnung. „Die UNO unterstützt die Nuchba-Terroristen und die Hamas“, sagte Hagit Pe‘er, Vorsitzende von Na‘amat, Israels größter Frauenorganisation. „Dies ist ein Bericht, der stark nach Antisemitismus riecht. Es handelt sich um einen Versuch, als Reaktion auf das sexuelle Massaker, das die Hamas an israelischen Frauen und Männern verübt hat – woraufhin internationale Institutionen, einschließlich Frauenorganisationen weltweit, auffallend still blieben –, jetzt falsche Fakten zu verbreiten und die Realität zu verkehren. Es sind die gleichen Organisationen, die jede sexuelle Gewalt verurteilen, es sei denn, die Opfer sind israelische und jüdische Frauen.“

Ich habe die Ergebnisse des Berichts auch Professorin Ruth Halperin-Kaddari und der ehemaligen leitenden Militärstaatsanwältin Sharon Zagagi-Pinhas vom Dina-Projekt vorgelegt, einer Initiative, die die sexuelle Gewalt der Hamas dokumentieren soll. Auch sie taten den Bericht als „einen weiteren Schritt in der Kampagne zur Delegitimierung Israels“ ab.

„Seit ihrer Einsetzung im Jahr 2020 hat die UN-Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete bei der überwiegenden Mehrheit ihrer Handlungen eine einseitige und anti-israelische Haltung eingenommen, was sich im aktuellen Bericht deutlich widerspiegelt“, so Halperin-Kaddari und Zagagi-Pinhas in ihrer Antwort auf meine Anfrage.

„Wie können die Behauptungen in diesem Bericht mit den brutalen Gewaltverbrechen verglichen werden, die von der Hamas am 7. Oktober systematisch und vorsätzlich verübt wurden – schreckliche Vergewaltigungen, Genitalverstümmelungen und sexuelle Gewalt sogar an Leichen“, hieß es weiter. „Es ist zutiefst bedauerlich, dass die Kommission, anstatt die Hamas auf die schwarze Liste der Or-

ganisationen zu setzen, die sexuelle Gewalt als Kriegswaffe einsetzen, einen anderen Weg gewählt hat.“

„Was die Anschuldigungen selbst betrifft“, fügten sie hinzu, „sind die israelischen Behörden im Gegensatz zur Hamas, die ihre Verbrechen systematisch leugnet, verpflichtet, diese Anschuldigungen ordnungsgemäß zu untersuchen, falls es dafür eine Grundlage gibt.“

Wie viele Frauen in Israel habe auch ich während dieses Krieges ein böses Erwachen als Feministin erlebt. Ich habe palästinensische Genossinnen verloren, denen meine Verurteilung der Gewalt der Hamas gegen israelische Frauen am 7. Oktober nicht gefiel, und ich habe jüdische Freunde verloren, die Frauen in Gaza als legitime Ziele betrachteten.

Nach einigem schmerzhaften Nachdenken habe ich gelernt, wie stark und mutig wir Frauen sein müssen, um jede Gewalt gegen den Körper einer Frau unmissverständlich als verabscheuungswürdig anzuprangern, egal ob sie Palästinenserin oder Israelin ist. Es sollte selbstverständlich sein, dass keine Mutter – egal ob ihr Kind rote Haare oder dunkle Haut, grüne oder braune Augen hat – getötet werden sollte und dass kein Baby an die unersättliche Kriegsmaschinerie auf Macht und Geld versessener Männer verfüttert werden sollte.

Wir Frauen – junge und alte, Mütter und Töchter, Feministinnen und auch solche, die sich nicht als solche definieren – müssen unsere Stimme erheben und sagen: Genug mit diesem Krieg. Dieses „homeland“ wird nicht auf unseren Körpern befreit werden, und keine Zukunft ist es wert, aus den Trümmern unserer Gebärmütter aufgebaut zu werden.

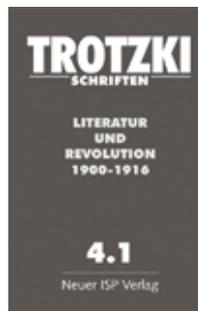
Aus 972 Magazine vom 17.4.2025

Übersetzung: MiWe

**Samah Salaimé** ist eine feministische palästinensische Aktivistin und Schriftstellerin



## Neu bei ISP



### Trotzki Schriften 4

#### Teilband 4.1

#### *Literatur und Revolution (1900–1916)*

749 Seiten, Hardcover  
mit Schutzumschlag  
Subskriptionspreis 60,00 €  
ISBN 978-3-89 900-912-5

#### *Subskriptionsprospekt bestellen (PDF oder gedruckt)!*

»Trotzki repräsentiert die marxistische Schule des Denkens unverfälscht, wie sie vor ihrer Korruption durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen existierte«, schrieb sein Biograph Isaac Deutscher. Bei der thematisch-chronologisch geordneten, kommentierten Edition Trotzki Schriften handelt es sich um die erste große deutsche Werkausgabe. Die Texte wurden aus dem Russischen neu übersetzt oder erscheinen erstmals in deutscher Sprache. Die in dem hier vorliegenden ersten Teilband von Band 4 enthaltenen 69 Texte dokumentieren Trotzki's Veröffentlichungen zu Kunst und Kultur aus den Jahren 1900-1916. 31 Texte liegen erstmals auf deutsch vor.

### Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# DER MASSENMORD IN GAZA

Das israelische Kriegskabinettt hat Anfang Mai einstimmig die Ausweitung des israelischen Krieges gegen Gaza gebilligt, wobei der Gazastreifen auf unbestimmte Zeit besetzt werden soll.

## ■ Qassam Muaddi

Die Genehmigung kam einige Tage, nachdem der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu erklärt hatte, dass das Hauptziel des Krieges darin bestehe, „die Hamas zu besiegen“, und dass die Freilassung der israelischen Gefangenen ein zweitrangiges Ziel sei. Die Nachricht wurde von der *Associated Press* bestätigt, die mit zwei israelischen Offiziellen sprach.

Äußerungen von Regierungsvertretern in den letzten Wochen deuten darauf hin, dass die israelische Strategie in Rafah auf den gesamten Gazastreifen operativ ausgeweitet wird. In Rafah haben die israelischen Streitkräfte die Stadt in Schutt und Asche gelegt und alle Palästinenser:innen zum Verlassen der Stadt gezwungen. Somit kann dieser Plan nur als nächster Schritt zur ethnischen Säuberung aller Palästinenser:innen in Gaza verstanden werden.

### Die Wiederbesetzung des Gazastreifens

Drei Wochen zuvor enthüllten israelische Medien Pläne zur Aufteilung des Gazastreifens in fünf permanente Militärzonen innerhalb der palästinensischen Enklave. Seit der Wiederaufnahme des Krieges durch Israel Mitte März haben die israelischen Streitkräfte das südliche Gebiet von Rafah vollständig vom Rest des Streifens isoliert, indem sie einen neuen Militärkorridor, den so genannten „Morgag-Korridor“, geschaffen haben, der den Gazastreifen von Osten nach Westen durchquert und Rafah von Khan Younis abschneidet, wo derzeit Hunderttausende vertriebener Palästinenser:innen Zuflucht suchen.

[...] Neben der Isolierung von Rafah verfolgt die israelische Armee die Strategie, die Stadt durch die Zerstörung

oder Sprengung großer Wohnblöcke in Schutt und Asche zu legen. Die israelische Armee kündigte außerdem an, dass sie Rafah zu einem Teil ihrer neuen erweiterten militarisierten Pufferzone machen wird.

In einer im Fernsehen übertragenen Erklärung beschrieb Israels Kriegsminister Israel Katz das Ziel der Operation, „den Gazastreifen kleiner und isolierter zu machen“. Diese Strategie nahm bereits Gestalt an, als Israel noch indirekte Gespräche über Ägypten und Katar führte, um ein neues Waffenstillstandsabkommen mit der Hamas zu erreichen. Israel hatte die Entwaffnung der Hamas zur Bedingung gemacht, was die palästinensische Seite ablehnte. Israel weigerte sich außerdem, den Krieg verbindlich zu beenden.

Die Sitzung des Kriegskabinetts fiel zusammen mit einem Wiederaufleben des Widerstands palästinensischer Gruppierungen, die in der vergangenen Woche israelische Streitkräfte in Rafah und Beit Hanoun angegriffen hatten, wobei Israel den Tod von vier Soldaten und mehrere Verletzte einräumte. Unterdessen setzte Israel die Bombardierung palästinensischer Städte vom Norden bis zum Süden des Streifens fort. Täglich wurden mindestens zwanzig Palästinenser:innen durch israelische Angriffe in Beit Lahia, Gaza-Stadt und Khan Younis getötet.

### Die Strategie zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens

Hinter der vollständigen Wiederbesetzung des Gazastreifens verbirgt sich jedoch das seit langem verfolgte Ziel Israels, die Palästinenser:innen aus dem Streifen zu vertreiben. Netanjahus Verbündete im Kabinettt, namentlich Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, sowie Knessetmitglieder und Führer der Siedlerbewegung fordern seit dem 7. Oktober 2023, die Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen zu vertreiben und das Gebiet wieder israelisch zu besiedeln. Netanjahu selbst hat wiederholt seine Vision einer „freiwilligen Auswanderung“ der Palästinenser:innen verbreitet, die sich auf den Vorschlag von US-Präsident Donald Trump stützt, die Gaza-Bewohner:innen aus dem Streifen zu vertreiben und ihr Gebiet in eine „Riviera“ zu verwandeln. Im März genehmigte die israelische Regie-

rung die Einrichtung eines Sonderbüros, das die Zwangs-umsiedlung von Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen in andere Länder organisieren soll.

Dieses Ziel deckt sich mit der „Rafah-Strategie“, die darauf abzielt, die gesamte zivile Infrastruktur zu zerstören, um das Gebiet für die Palästinenser unbewohnbar zu machen und ihren Transfer aus dem Gazastreifen somit als „freiwillig“ zu inszenieren. Israel hat bereits vor dem Waffenstillstand im Januar damit begonnen, eine solche Strategie in großem Maßstab umzusetzen, indem die israelische Armee im vorigen November das Gebiet nördlich von Gaza-Stadt vollständig abriegelte und verhinderte, dass humanitäre Hilfe und Waren dorthin gelangten. Gleichzeitig wurden große Wohnblocks zerstört und die verbliebenen Krankenhäuser und Schulen, in denen Familien untergebracht waren, zwangsgeräumt.

Diese Entscheidung des israelischen Kriegskabinetts verschlimmert die ohnehin schon katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen infolge der vollständigen Blockade durch die israelische Armee ohne Zugang der Bevölkerung zu humanitärer Hilfe und Gütern. Kürzlich ist ein zwei Monate altes palästinensisches Mädchen, Dschenan al-Skafi, in Gaza-Stadt an Unterernährung gestorben. Ihre Mutter erklärte gegenüber *Al Jazeera*, dass ihr Kind während des Waffenstillstands geboren wurde, als Waren in den Gazastreifen eingeführt werden durften, und dass es nach der Wiederaufnahme der Blockade und der erschwerten Beschaffung von Milch an Gewicht verloren hat. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza sind 51 palästinensische Kinder seit Oktober 2023 an Unterernährung gestorben.

In den zwei Monaten vor dem Waffenstillstand dezimierte Israel die Bevölkerung im Norden des Gazastreifens von mehr als 800 000 auf unter 100 000. Israels Plan, den nördlichen Gazastreifen zu entvölkern, scheiterte schließlich, als die Palästinenser:innen während der Waffenruhe in einem massiven, spontanen, mehrtägigen Marsch in den Norden zurückkehrten. Die neuen Pläne zur Ausweitung des Krieges nach dem laufenden Modell könnten ein neuer Versuch Israels sein, die Entvölkerung nunmehr von Rafah aus zu starten. Die Schaffung des neuen „Morag“-Korridors soll wohl dazu dienen, den Palästinenser:innen Zugang zur ägyptischen Grenze oder zum Meer zu verschaffen.

### Innenpolitische Hürden

Ein großes Hindernis für die neuen Pläne des israelischen Kriegskabinetts stellt jedoch der Mangel an aktiven

Soldaten in der Armee dar. Der neue Generalstabschef der israelischen Armee, Eyal Zamir, hat seit Beginn seiner Amtszeit vor diesem Manko gewarnt. Mitte April berichtete die israelische Tageszeitung *Jediot Ahronot*, Zamir habe die Minister des Kriegskabinetts darauf hingewiesen, dass die israelische Armee nicht genug Soldaten habe, „um alle ihre Ziele zu erreichen“.

Seit Monaten bereits mangelt es dem Land zunehmend an Soldaten, da die Reservesoldaten, die seit dem 7. Oktober 2023 mehrere monatelange Einsätze absolviert haben, zunehmend erschöpft sind und viele an Verwundungen, Amputationen und Traumata in diesem längsten Krieg in der Geschichte Israels leiden. Im April forderten Tausende von israelischen Soldaten, Offizieren und Veteranen in offenen Briefen ein Ende des Krieges, wenn dadurch die verbleibenden israelischen Gefangenen in Gaza frei kämen. Netanjahu und seinem Kabinett wurde darin vorgeworfen, den Krieg zu seinem persönlichen politischen Vorteil in die Länge zu ziehen.

Im Zentrum der Krise steht die religiös-orthodoxe Haredi-Gemeinde, die seit der Gründung Israels im Jahr 1948 vom Militärdienst befreit ist. Ihre Vertreter in der Knesset und in der Regierung haben gefordert, diese Freistellung gesetzlich festzuschreiben. Und obwohl die Knesset das Gesetz bereits im Juni in erster Lesung verabschiedet hat, ist es noch immer nicht in Kraft getreten. Unterdessen kündigte der Generalstabschef der israelischen Armee an, Zehntausende von israelischen Reservesoldaten zu mobilisieren, um den Krieg gegen Gaza auszuweiten. [...]

Bislang stießen diese Pläne zur Ausweitung der Militäroperationen und zur Wiederbesetzung des Gazastreifens auf wenig bis gar keine offiziellen Reaktionen der westlichen Regierungen. Dieses Stillschweigen nach fast zwei Jahren Völkermord mit über 60 000 getöteten Palästinenser:innen beweist, dass nicht nur die USA Israel grünes Licht für die Auslöschung des Gazastreifens geben. Es gibt noch viel mehr Komplizen an diesem Völkermord, selbst wenn dies stillschweigend geschieht.

Aus: *Mondoweiss* vom 5.5.2025

Übersetzung: MiWe



# ABSCHIEBUNG WEGEN PALÄSTINASOLIDARITÄT

Es trifft nicht nur pro-palästinensische Student:innen in den USA. Auch wer hierzulande oder in Griechenland gegen den Völkermord in Gaza aktiv wird, ist derzeit von der Abschiebung bedroht – ein beispielloser Schritt, um die Solidarität der Bevölkerung mit Palästina zu unterbinden.

## ■ Jodie Jones

Im April 2025 entschieden griechische Verwaltungsrichter, die Anhörungen von mir und acht weiteren europäischen Bürger:innen zu verschieben, denen wegen unserer Solidaritätsaktionen mit Palästina die Abschiebung droht. Wir neun wurden im Mai 2024 zusammen mit 19 griechischen Student:innen wegen der Besetzung der juristischen Fakultät in Athen verhaftet. Als die so genannte „Studentenintifada“ über den Globus schwappte und zu völlig überzogenen staatlichen Reaktionen führte, war Griechenland das erste Land in Europa, das Aktivist:innen ausweisen ließ.

Damals, 2024 wurden wir neun Nicht-Griechen ausgesondert, als „ausländische Agitatoren“ denunziert, in den Medien verleumdet, mit Abschiebungsbefehlen belegt und in einem Abschiebegefängnis festgehalten. Obwohl wir nach einem erfolgreichen Einspruch auf freien Fuß gesetzt und von den verschiedenen Anklagepunkten freigesprochen wurden, gehen die Gerichtsverfahren gegen Griechenland wegen der Repressionsmaßnahmen und der versuchten Abschiebung von uns neun weiter.

Jetzt, fast ein Jahr später, und während ausländischen Studenten in den USA das gleiche Schicksal droht, kocht in Deutschland dasselbe Thema hoch. Im März erließ das Berliner Ausländeramt Ausreiseaufforderungen gegen vier nichtdeutsche Staatsbürger:innen aus Irland, Polen und den USA.

Wie *The Intercept* berichtet, zeigen E-Mails zwischen der Berliner Senatsinnenverwaltung und dem Auslän-

deramt, dass der ebenso hilflose wie rechtswidrige Versuch, die vier abzuschieben, den deutschen Staat bloß der Lächerlichkeit preisgegeben hat. Da keine (aufenthalts)rechtliche Grundlage für diese Abschiebung gegeben war, wurden die Anordnungen vom Ausländeramt zunächst nicht unterzeichnet, bis Druck „von oben“ ausgeübt wurde. Am Freitag, den 11. April entschied allerdings ein deutsches Gericht gegen die Abschiebung eines irischen Angeklagten, da es dafür keine (verfassungs)rechtliche Grundlage gab.

Giovanni Fassina, Direktor des European Legal Support Centre (ELSC), sagte in einer Erklärung: „Die Dreistigkeit, mit der die deutschen Behörden das Recht beugen und aushöhlen, ist beschämend.“ Das ELSC ist eine in den Niederlanden ansässige juristische Organisation, die in Fällen von antipalästinensischer Repression auf dem gesamten Kontinent die Verteidigung übernimmt.

Das Gleiche spielte sich in Griechenland ab, wo der Staat mit ungekannter Härte juristisch vorging, um die zionistische Agenda durchzusetzen. Neben dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis und der Einschränkung der Freizügigkeit stempelte der Staat uns alle neun auch als „Gefahr für die Staatssicherheit“ und als „unerwünschte Ausländer“ ab, um die Abschiebung zu beschleunigen und uns obendrein als gefährliche „ausländische Agitatoren“ zu diffamieren.

Die Kluft zwischen den strafrechtlichen Bestimmungen und dem unnachgiebigen Vorgehen der staatlichen Sicherheitsbehörden, das der üblichen und demokratischen Vorgehensweise diametral widerspricht, offenbart, wie weit der Einfluss der Zionisten reicht und zur Aushöhlung staatlicher Autonomie und bedingungslosen Kollaboration Europas mit einem völkermörderischen System führt. Das Vorgehen des griechischen Staates ist da bloß ein Beispiel für die Regierungen weltweit, die sich dem zionistischen Druck beugen und jede Form der Unterstützung der Bevölkerung für Palästina unterdrücken.

In einem Interview kommentierte der Berliner Rechtsanwalt Alexander Gorski das grob gesetzwidrige Vorgehen der US-amerikanischen und deutschen Behörden:

„Was wir hier sehen, stammt direkt aus dem Handbuch der extremen Rechten ... man kann es auch in den USA und in Deutschland sehen: Politischer Dissens wird zum Schweigen gebracht, indem man auf den Migrationsstatus von Demonstranten abzielt.“

Der letzte Punkt von Gorski ist von größter Bedeutung. Die Leichtigkeit und Geschwindigkeit, mit der scheinbar geschützte Rechte ausgehebelt werden, um eine beispiellose Repression zu ermöglichen, sollte jeden beunruhigen. Noch beunruhigender ist die Duldung anonymer „Befehle von oben“ in Verbindung mit der Bereitschaft, sich der zionistischen Agenda zu unterwerfen und sie durchzusetzen.

In Europa und insbesondere in Griechenland werden Abschiebungen seit langem zur Unterdrückung von Widerstand gegen Faschismus und Meinungsfreiheit eingesetzt. In Griechenland haben die antipalästinensischen Repressionen dazu geführt, dass Menschen heimlich und ohne Vorankündigung mit Strafen und Reiseverboten belegt wurden. In Athen erfuhren einige Mitglieder der Palästina-Solidaritätsbewegung, dass ihnen die Wiedereinreise in den Schengen-Raum untersagt wurde, nur weil sie mit den neun Deportierten in Verbindung standen.

Gegen zwei junge ägyptische Männer, die in Athen leben, wurden ebenfalls Ausweisungsverfügungen erlassen, nachdem zuvor mehrere Aktivist:innen aus rassistischen Motiven parallel zur Ankunft einer „israelischen“ Sportmannschaft im November 2024 verhaftet worden waren. Während die 14 anderen Personen anschließend freigelassen wurden, befanden sich die beiden Ägypter wochenlang in Verwaltungshaft. Sarkastischerweise handelt es sich bei den jungen Männern um Asylbewerber, die nach Griechenland gekommen sind, um der Verfolgung wegen ihrer Palästina-Politik in Ägypten zu entgehen.

Im Dezember 2024 wurde in Athen ein gemeinschaftlich erstelltes Wandgemälde enthüllt, mit dem an Baschar und Haitham, zwei Brüder aus dem Gazastreifen, erinnert wird. Baschar kam 2017 für zwei Jahre nach Griechenland, bevor er nach Schweden ging, um Asyl zu beantragen. Baschars Asylantrag wurde von den schwedischen Behörden abgelehnt und er wurde im September 2023 direkt zurück nach Gaza abgeschoben. Beide Brüder wurden während des völkermörderischen Kriegs nach dem 7. Oktober ermordet. Das Wandbild erinnert daran, wie mörderisch die Grenzen Europas sein können – sowohl durch direkte Gewalt an den Grenzen als auch durch die politische Abschottung der Festung Europa.

Wie wir in den USA sehen, erhöht sich der Druck auf ausländische Student:innen (vorwiegend) aus Ländern des Globalen Südens. Am 8. März nahmen Beamte der Einwanderungsbehörde (ICE) Mahmoud Khalil, einen in Syrien geborenen Greencard-Inhaber, wegen seiner Beteiligung an den Palästina-Protesten an der Columbia University fest. Die US-Regierung erklärte offen, dass Khalil das erste Opfer einer Kampagne sein würde, die darauf abzielt, Studenten aus Übersee wegen ihrer Palästina-Proteste rechtswidrig abzuschieben, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder Migrationsstatus.

Im Gegensatz zu dem o. g. in Deutschland verkündeten Urteil hat ein Gericht in Louisiana am 11. April die Abschiebungsverfügung gegen Mahmoud Khalil aufrechterhalten. Die Palästinensische Jugendbewegung verwies darauf, dass hier „Einwanderungsgesetze aus der Zeit des Kalten Krieges“ zur Anwendung kämen und die heftigen Repressionen die zentrale Bedeutung des palästinensischen Kampfes widerspiegeln: „Mahmouds Fall und alle anderen zeigen uns, dass die Solidarität mit Gaza im Zentrum des Kampfes gegen den Faschismus und für die Rechte der Migrant:innen und der Demokratie steht“.

Die Genehmigung von Khalils Abschiebung schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, der sich wahrscheinlich auf die zahlreichen ausländischen Student:innen auswirken wird, die seit Khalils Entführung am 8. März ebenfalls vom ICE kontaktiert, festgenommen, verschleppt und abgeschoben wurden. In allen Fällen wurden ihnen ihre offiziellen, vom US-Staat ausgestellten Visa und Aufenthaltsgenehmigungen entzogen, um die Abschiebung zu erleichtern. Dies verstößt elementar gegen den ersten Zusatzartikel der US-Verfassung und die Rechtsstaatlichkeit an sich.

Diese empörende Verletzung von Rechten und grundlegenden Schutzmaßnahmen ist nicht neu. Nicht-weiße, nicht-europäische Menschen werden seit langem verfolgt, einfach weil ihre Identität sie angreifbar macht für das rassistische Vorgehen bei Polizei, Grenz- und Verwaltungsbehörden in Europa, die zur Abwehr von „irregulären“ Flüchtlingen eingesetzt werden. Jetzt wendet sich diese Methode gegen jeden, unabhängig von Herkunftsland oder Hautfarbe, der es wagt, die Mitschuld der Staaten am Völkermord, der Besetzung und Kolonisierung Palästinas zu benennen. Dies zeigt sich in der zunehmenden Kriminalisierung der Palästina-Solidarität und der Palästinenser:innen nach dem 7. Oktober.

Einer der neun Deportierten in Griechenland, der sich geweigert hat, zu seiner Anhörung vor dem Strafge-

richt zu erscheinen, argumentiert, dass es keine legitime Grundlage für das Vorgehen der griechischen „Strafverfolgungsbehörden“ gibt, die mehrfach gegen ihre Solidaritätsaktionen vorgegangen sind:

„Als Gegner jeder Unterdrückung habe ich keinen Respekt vor der so genannten Autorität, den juristischen Verfahren oder der Rechtsprechung eines Staates, der massiv an der Beihilfe zum Völkermord in Gaza beteiligt ist. Während meiner Zeit in Athen habe ich Hunderte von Stunden in Polizeigewahrsam verbracht, weil ich mich mit der Sache und den Menschen in Palästina solidarisiert habe. Jede einzelne Festnahme war ein direkter Verstoß gegen meine Rede- und Versammlungsfreiheit, und das in einem Land, das lächerlicherweise als Geburtsort der Demokratie bezeichnet wird.“

Diese Aussagen werden von dem griechischen Anwaltsteam, das die neun Personen vertritt, bestätigt: „In den Fällen, in denen es Proteste wegen Palästina gab, hat die griechische Regierung schrecklich überreagiert und die Polizei unverhältnismäßig und gegen jedwedes demokratisches Verständnis des Protest- und Versammlungsrechts missbraucht“, sagte die Anwältin Annie Pappousou in einem Interview nach der Gerichtsverhandlung an der Athener juristischen Fakultät am 13. März.

Und in Deutschland berichten Anwälte dasselbe. „Was wir sehen, sind die härtesten möglichen Maßnahmen, basierend auf Anschuldigungen, die extrem vage und zum Teil völlig unbegründet sind“, erklärt Gorski.

In all diesen Abschiebungsfällen wurden die Schwächen einer Handvoll Menschen hinsichtlich ihrer Herkunft und ihres Aufenthaltsstatus ausgenutzt, indem sie als „zugereiste Agitatoren“ bezeichnet wurden, um eine Abschiebung durchzusetzen. Dies folgt einem abgedroschenen und vorhersehbaren Narrativ, das seit jeher zur Dämonisierung von Migrant\*innen und „unerwünschten Ausländern“ eingesetzt wird.

Diese kleinliche Haltung des Staates hat Wirkung und diese aggressive Vorgehensweise muss strikt bekämpft und die Verfolgten müssen unterstützt werden. Der Missbrauch von Macht und Steuergeldern durch die Regierung und diese Maßnahmen müssen von der Bevölkerung zurückgewiesen werden.

Jeder Abschiebungsbefehl offenbart nur die Schwäche und Feigheit jedes Landes, das bereit ist, derlei zu unterzeichnen. Und es zeigt einmal mehr: Staatliche Strukturen sind nicht dazu bestimmt oder in der Lage, Gerechtigkeit herzustellen oder die Demokratie aufrechtzuerhalten, sie greifen zu den gleichen

faschistischen Methoden wie das repressive zionistische Regime.

Im Gegensatz zu den Menschen, die sich aufopferungsvoll für Palästina einsetzen, greifen die staatlichen Rechtssysteme – von der Polizei bis zu den Gerichten – zu juristischen Winkelzügen und „Gesetzesänderungen“, um die totale Kontrolle zu erleichtern. Als politisches Mittel, um die Palästina-Solidaritätsbewegung einzuschüchtern, wird die Abschiebung jedoch nicht funktionieren.

Ehrliche Aktivist\*innen lassen sich nicht durch juristische Drohungen einschüchtern. Sie zeigen ihnen vielmehr, dass ihr Protest Wirkung zeigt und sie nutzen den Auftritt vor Gericht, um die unterdrückerischen Machtstrukturen zu demaskieren und zu bekämpfen. Legalität war noch nie ein moralischer Kompass in revolutionären Kämpfen, anders als bei den Staatsdienern, die durch Menschen in ihren Grundfesten erschüttert werden, die selbstorganisierte politische Aktionen für Palästina durchführen.

Aus: *mondoweiss* vom 21.4.2025

Übersetzung: MiWe



# DER ANFANG VOM ENDE?

Der Vernichtungsfeldzug Israels gegen das besetzte Palästina – Gaza und Westbank – hat nach über 18 Monaten ein Ausmaß erreicht, das ihn zum schlimmsten Menschheitsverbrechen im 21. Jahrhundert macht.

■ **Hermann Dierkes**

Ununterbrochene Bomben- und Raketenangriffe durch Luftwaffe und Drohnen, Beschießungen durch Panzer, Schiffsartillerie und Scharfschützen, Sprengungen, Abriegelungen und ständige Vertreibungen der noch über 2 Millionen starken Zivilbevölkerung sowie die systematische Zerstörung von über 90 % der Wohnbebauung, von fast allen Krankenhäusern und der meisten Krankenwagen, von Vorratslagern, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Gebäuden, von Zivilschutz, Räumgerät, Feuerwehr, Energieanlagen, Trinkwasserversorgung durch Brunnen und Meerwasser-Entsalzung, von Bäckereien und Geschäften für den täglichen Bedarf, von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Gewächshäusern bis hin zu Museen, Bibliotheken, Moscheen und Kirchen haben den Gaza-Streifen weitgehend vernichtet und unbewohnbar gemacht.

Die Zahl der Toten wird von den noch existierenden Behörden auf 54 000 geschätzt, davon die meisten Frauen und Kinder. Hinzu kommen über zehntausend Menschen, die unter den Trümmern begraben liegen. Die Zahl der Verletzten und Verstümmelten dürfte weit über 100 000 liegen, unter ihnen ein hoher Prozentsatz von Kindern. Die Versorgung und Behandlung von Erkrankten ist kaum noch möglich. Erschütternde Luftbilder des Gaza-Streifens zeigen, dass das Ausmaß der Vernichtung dem Abwurf von ca. 4 Hiroshima-Atombomben<sup>1</sup> entspricht, obwohl US-Politiker inzwischen davon faseln, Gaza und seine Bevölkerung mit einer Atombombe vollends auszuradiieren.

## **Gazaisierung der Westbank**

Im Westjordanland geht der Siedlerterror gegen palästinensische Dörfer, Bauernfamilien und landwirtschaftliche

Betriebe unter dem Schutz der israelischen Armee ungebroschen weiter. Zahlreiche zusätzliche Straßensperren und geschlossene Militärzonen erschweren das Leben der Bewohner weiter. Immer wieder werden Fahrzeuge in Brand gesetzt. Die Besatzungsarmee verbreitet Schrecken, Tod und Vernichtung sogar mithilfe der Luftwaffe, vor allem im nördlichen Bereich in den Städten und Ortschaften Dschenin, Kalkilja, Nablus, Salfit, Tubas und Tulkarm.

Mit schweren Bulldozern werden ganze Straßenzüge und Versorgungsnetze umgepflügt und zerstört. Hunger und Elend breiten sich aus. Die Armee operiert selbst in der A-Region und in Stadtzentren, die nach dem einstigen Oslo-Abkommen unter der Regie der vollkommen gefügigen „Autonomie-Behörde“ stehen sollten. Diese bekämpft zusammen mit der israelischen Kolonialmacht den Widerstand. Die Zahl der getöteten Palästinenser beläuft sich jetzt auf über 1000. Hinzu kommen rücksichtslose Festnahmen, die die Zahl von rd. 10 000 politischen Gefangenen in den israelischen Foltergefängnissen weiter in die Höhe treiben.

Zu beklagen sind Hunderte von kompletten Hauszerstörungen und Tausende von vandalisierten Wohnungen. Aus zahlreichen Ortschaften wurden die Bewohner verjagt. Sie versuchen verzweifelt, irgendwo unterzukommen. Es wird von über 40 000 Binnenflüchtlingen berichtet. Faschistoide israelische Politiker und Siedler betreiben ungehindert die – so auch von ihnen so benannte – „Gazaisierung“ des Westjordanlands. Netanjahus Polizeiminister Ben-Gvir hat vollkommen freie Hand. Neue „Außenposten“ werden errichtet, um den Landraub weiter zu treiben. Die Regierung weist neue Gebiete aus, auf denen Siedlungen entstehen sollen. Das Ziel ist offensichtlich: Auch das

Westjordanland soll perspektivisch vollständig annektiert und palästinenserfrei werden.

### **Vernichtung und Aushungern**

Die weitgehende militärische Abriegelung des Gaza-Streifens seit dem Wahlsieg der Hamas 2006 wurde nach dem 7. Oktober verschärft. Seit Anfang März dieses Jahres wurde auch die schon stark eingeschränkte Zufuhr von Lebensmitteln, Babynahrung, Medikamenten, medizinischem Gerät, von Zelten, Bekleidung und Dingen des täglichen Bedarfs durch eine Totalblockade auf null gesetzt. Große Teile der Bevölkerung leiden Hunger, viele – vor allem Kinder, Alte und Schwache – sind bereits verhungert oder kurz davor. UN und Hilfsorganisationen schlagen immer wieder Alarm und fordern zu entschiedenen Maßnahmen auf, um gegen das Aushungern als Kriegswaffe sowie die pausenlose Bombardierung und Vertreibung vorzugehen. Vor dem gesperrten Grenzübergang stauen sich auf der ägyptischen Seite Tausende von LKW und Paletten mit den dringend benötigten Hilfsgütern. Die nach 10 Wochen wieder zugelassenen Hilfslieferungen sind – wie die UN und die Hilfsorganisationen sie bewerten – ein „Tropfen im Ozean“.

Nun wird durch die US-Regierung und Israel ein Vorhaben lanciert, den größten Teil der Bevölkerung von Gaza ganz in den zerbombten Süden um die ehemalige Stadt Rafah zu locken, indem dort eine private Lebensmittelverteilung unter Kontrolle der israelischen Armee aufgezogen werden soll. UN und Hilfsorganisationen laufen zu Recht dagegen Sturm, weil es zum einen auf eine völkerrechtswidrige Vertreibung und ethnische Säuberung von großen Teilen des Gaza-Streifens hinausläuft und zum andern die neutrale UN-Verteilung ausgeschaltet würde. Israel verbreitet die Mär, man stehe hinter dem Plan, der ursprünglich von Trump gekommen sei, um Gaza zu übernehmen und zu einem Paradies für wohlhabende Touristen zu machen. Gleichzeitig propagiert Netanjahu, man strebe die völlige Besetzung des Gaza-Streifens an – auf Dauer.

Jetzt werden täglich Dutzende Hungernde gefilzt, wieder zurückgeschickt, verhaftet, an unbekannte Orte verschleppt oder brutal zusammengeschossen wie heute wieder (31 Tote und über 100 Verletzte). Die Widerstandsorganisationen hatten gewarnt: Das ist eine Falle! Die UN-Organisationen haben jede Zusammenarbeit prinzipiell abgelehnt, weil keine Verteilungsneutralität gegeben ist, das Manöver weitere Vertreibungen und Displacements von Norden nach Süden beabsichtigt und die Menge der zugelassenen Hilfslieferungen lächerlich gering ist. Die

UN- und anderen Hilfsorganisationen sollen schlicht und ergreifend ausgehebelt werden. Sie verlangen die völlig unbehinderte Lieferung und sichere Verteilung, auch in den Norden Gazas, wo bisher überhaupt nichts ankommt.

Es gibt keine Hemmungen mehr, keine rote Linie in der Art des Vorgehens durch die verantwortliche israelische Politik und ihre „Verteidigungsarmee“. Nach dem Ausbruch der bewaffneten Widerstandsorganisationen aus Gaza am 7.10.23 führte Israel einen „Krieg gegen ein besetztes Volk“, so der palästinensische Arzt und Politiker Mustafa Barghouti. Doch längst gibt es kaum noch Kampfhandlungen zwischen der stark geschwächten, aber immer noch opferwillig kämpfenden Guerillabewegung und der hochgerüsteten israelischen Armee. Es handelt sich um einen einseitigen Vernichtungsfeldzug gegen die Zivilbevölkerung, um diese restlos zu demoralisieren, zu minimieren und für immer zu vertreiben. Die Fotos von verhungerten und sterbenden Kindern inmitten von Ruinen und zerfetzten und ausgebrannten Zeltstädten schockieren die Weltöffentlichkeit.

Der „Kampf gegen die islamistische Terror-Organisation Hamas“ und zur „Befreiung der (mehrere Dutzende noch verbliebenen) Geiseln“ steht eindeutig nicht im Mittelpunkt des israelischen Vorgehens. Daran lassen auch die ständigen, zahlreichen Hetzparolen, Pläne und Befehle aus Israel nicht den geringsten Zweifel. Die Massendemonstrationen von Teilen der israelischen Bevölkerung für einen Waffenstillstand und damit einer realen Chance für ein weiteres Abkommen zur Befreiung der restlichen Geiseln werden von der eigenen Regierung in den Wind geschlagen.

Die faschistoide Netanjahu-Regierung sieht sich zunehmend auch mit Kritik aus Armee und Geheimdienst konfrontiert, die in der schrankenlosen militärischen Gewalt keinen Sinn mehr sehen. Zahlreiche Reservisten verweigern inzwischen den Einsatz. Noch kann Netanjahu seinen verheerenden Kurs fortsetzen, denn die Wählerbasis der Regierungskoalition befürwortet nach wie vor das Vorgehen gegen die Palästinenser:innen und die Medien stehen weitgehend auf seiner Seite. Mehr noch: die jüngsten Umfragen, so im Auftrag der Zeitung *Haaretz*, hatten zum Ergebnis, dass 82 % der *jüdischen* Israelis die Vertreibung der Menschen aus Gaza befürworteten und sogar aus der Westbank. Das gilt vor allem für die rechten Wähler, aber auch eine Mehrheit der säkular eingestellten Israelis befürwortet mit 69 % die gewaltsame Vertreibung. Während im Januar 24 nur rd. 20 % dafür waren, humanitäre Hilfe nach Gaza hereinzulassen, sollen es heute immerhin ein Drittel der Befragten sein.

Und dennoch sind zahlreiche Staaten immer noch nicht bereit, Israel durch wirksame Sanktionen in den Arm zu fallen. Schwer ins Gewicht fallen die wirtschaftlichen Interessen. So beläuft sich allein das Handelsvolumen der EU mit Israel auf rd. 60 Milliarden Euro, wobei Rüstung und Überwachungstechnologie einen großen Anteil ausmachen. Die laufende Hochrüstung der NATO-Staaten ist dadurch ein enormes Hindernis für ein völkerrechtskonformes Verhältnis zu Israel. Vor allem die USA, Deutschland und Britannien liefern immer noch Waffen, Munition und militärische Ausrüstung, die den Palästinenser:innen Tod und Vernichtung bringen. Sie und andere brechen ganz offen Völkerrecht, setzen sich über Stellungnahmen, Aufforderungen, Auflagen und Beschlüsse der UN-Vollversammlung hinweg, verstoßen gegen die wiederholten Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs (so den Haftbefehl gegen Netanjahu). Biden, Scholz, Starmer und Merz stehen beim Schreddern von Völkerrecht und internationalen Institutionen in ihrer geostrategischen „Zeitenwende“ und Israel-Verklärung Trump und Orban kaum noch nach. Kritik und Sanktionen kommen vor allem aus dem globalen Süden.

### **Mainstream-Komplizen unter Druck**

Inzwischen mehrt sich zwar die Kritik an Israels völkermörderischem Vorgehen aus der Mainstream-Politik, aber sie bleibt regierungsseitig bisher weitgehend hohl, zahnlos und ist eher zur Beschwichtigung der inzwischen sehr kritischen Öffentlichkeit bestimmt. So haben die EU-Staaten in Brüssel beschlossen, die von 17 der 27 EU-Staaten geforderte Aussetzung des Assoziierungsabkommens von 2001, das Israel de facto zu einem EU-Mitglied macht und ihm enorme Handelsvorteile, Beteiligungsrechte und Finanzhilfen einbringt, lediglich zu „überprüfen“. Für eine Aussetzung wäre indessen Einstimmigkeit erforderlich, die nicht in Sicht ist. Deutschland gehört, wie nicht anders zu erwarten, zu den Gegnern der Aussetzung. Dabei legt der Vertrag klar fest, dass die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten durch die Vertragsstaaten verpflichtend ist. Dennoch besteht kaum eine Hoffnung, dass einige Staaten wie die Niederlande, Irland oder Spanien auf eigene Faust gegen den offenen Vertragsbruch Konsequenzen ziehen. Wahrscheinlich werden sie sich „EU-konform“ verhalten.

Weltweit spitzt sich die Kritik an der Komplizenschaft des „wertebasierten“ Westens mit dem Völkermord zu, wie die Umfragen, Proteste und Massendemonstrationen wie jüngst in Den Haag, London, Dublin und der arabi-

schen Welt beweisen. Die Kluft zwischen Regierungen und Bevölkerung ist sehr deutlich. Für Netanjahu und seine Entourage sind diese Kritik und die angedrohten Sanktionen durch eine Reihe von Regierungen seiner Bündnispartner nur eine „Ermutigung für Hamas“. Marwan Bishara, politischer Chef-Analytiker beim Funkhaus Al Jazeera, das viele Millionen Zuschauer:innen erreicht: „Die palästinensische Sache gewinnt an Zugkraft rund um die Welt, nicht wegen Hamas, sondern wegen Israels Verachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte in Gaza und der Politik des Aushungerns. Es ist der Völkermord, der jeden Tag auf den Fernsehschirmen zu sehen ist, der die Menschen gegen Israel aufbringt. Es kocht in großen Teilen der Bevölkerungen und die Regierungen versuchen dem etwas entgegenzusetzen.“

Gleichzeitig haben aber auch die Repression gegen die Palästina-Solidarität und der Abbau demokratischer Rechte enorm zugenommen. Nicht nur Trump lässt Studierende relegieren und ausweisen, Solidaritätsaktionen unterdrücken, Vereine verbieten und widerborstige Universitäten finanziell bestrafen. Ähnliche Vorgehensweisen finden sich auch zunehmend in London, Paris und Berlin, wo der böartige Vorwurf des „Antisemitismus“ – im Gleichklang mit der israelischen Regierungspropaganda – inflationär gegen alle eingesetzt wird, die sich gegen Völkermord und weitere Waffenlieferungen wenden und Sanktionen fordern.

Inzwischen mehren sich aber auch die Anzeichen, dass viele Mainstream-Befürworter der angeblichen israelischen „Selbstverteidigung“ zunehmend auf Distanz gehen. Namhafte Leitmedien bringen kritischere Artikel und Kolumnen, lassen Autoren zu Wort kommen, die bisher keine Chance hatten. Man könnte bald Wetten darauf eingehen, dass der Tag kommt, an dem viele Politiker und Medien „schon immer“ gegen den Völkermord waren, wenn die Notlage in Gaza jede Phantasie übersteigt.

### **Grundlegende Kurswende erforderlich**

Dennoch stellt sich die Frage: Wann wird endlich einmal das Verhältnis deutscher Politik und der EU zum zionistischen Israel gründlich auf den Prüfstand gestellt? Wie lange soll das Dogma der deutschen Staatsräson – die bedingungslose Unterstützung Israels, egal, welchen politischen Charakter dessen Regierung hat und was sie macht – noch aufrechterhalten werden? Wann einmal wird die Einsicht mehrheitsfähig, dass es sich bei Israel um einen kolonialen Siedlerstaat handelt, dem Gewalttätigkeit, Unterdrückung und Vertreibung der Palästinenser:innen

in die DNA eingeschrieben sind und dem mit Kuschelkurs und Wattebüschchen-Kritik nicht beizukommen ist?

Bevor es zu einer derartigen „Zeitenwende“ kommt, müsste sich die deutsche Mehrheitspolitik als Erstes einmal zur Einhaltung der aktuellen UN-Auflagen und Beschlüsse durchringen: keine Waffenlieferungen mehr, keine diplomatische Unterstützung, keine weitere Unterstützung von Kriegsverbrechen, Waffenstillstand in Gaza und ungehinderte Hilfslieferungen, keine wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile mehr für Israel, Sanktionen gegen Unterdrückung und Annexion im Westjordanland.

Perspektivisch ist eine politikwissenschaftlich begleitete Aufarbeitung des deutsch-israelischen Verhältnisses erforderlich, an der kritische und kompetente Wissenschaftler, Historiker, Juristen und Publizisten beteiligt werden. Zahlreiche Politikwissenschaftler und Historiker sehen in Israel heute einen „rogue state“ bzw. „pariah state“. Ilan Pappé, der ausgezeichnete, nach Britannien exilierte israelische Historiker und sein Kollege Avi Shlaim (New York), sind nur die herausragendsten Beispiele der wachsenden Schar von eminenten Köpfen, für die sich Israel mit seiner vorherrschenden zionistischen Staatsideologie in der Endphase befindet. Aber diese Endphase, so Pappé in einem kürzlichen Interview auf einem US-Sender, werde wie in anderen historischen Fällen besonders schrecklich, wie sich in Gaza, aber auch in der Westbank zeige. Israel habe von Anfang an auf Landraub, gewaltsame Aneignung und ethnische Säuberung gesetzt, um einen ausschließlich jüdischen Staat zu errichten. Wichtigstes Mittel sei damals wie heute das „human engineering“: die Judaisierung, ideologische Manipulation der Bevölkerung, die Entmenschlichung des palästinensischen Volkes und seine Stigmatisierung als Eindringlinge, neue Nazis und antisemitische Terroristen.

Ethnische Säuberung war ein Grundzug israelischer Politik, „und wenn diese nicht klappt,“ – das habe er, Pappé immer befürchtet – „dann kommt der Völkermord.“ Heute, so Pappé, haben wir „eine messianische Elite in Israel, die glaubt, jetzt sei ihre Chance da, das zu tun, was andere vor ihr nicht erreicht haben“. Der Ausbruch vom 7.10., so Pappé, sei für ihn angesichts der Vorgeschichte keine Überraschung. Was ihn überrascht habe, sei die Haltung des Westens, der nichts tut oder Israel unterstützt. Wenn Israel das Thema ist, werde bedenkenlos nachgeplappert. Es handele sich um „moralische Dummheit“, die in Deutschland besonders schlimm sei. Man erniedrige sich, um – angesichts der täglichen Massaker – was zu erreichen? Er könne sich an keine Zeit erinnern, wo Politik

derart niedrig gewesen sei. „Wir sind“, so Pappé, „am Ende einer bösen Etappe der menschlichen Geschichte, aber das Ende wird sehr schlimm, wie wir bereits sehen.“

Millionen weltweit wissen, was los ist und unterstützen die Palästinenser:innen. Deswegen sei BDS so wichtig, aber es brauche Zeit. Doch die rassistische Unterdrückungsstruktur Israels, sein kolonialer Charakter, sein ungebrochenes Streben nach Ausdehnung zu einem Groß-Israel, das mindestens die palästinensischen Gebiete, aber auch weitere Teile der umliegenden Staaten umfasst, seine ständigen Annexionen und seine Gewalttätigkeit gegenüber den unterdrückten Palästinenser:innen könnten im 21. Jahrhundert keinen Bestand mehr haben. Durch seine inneren ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche und durch die wachsende internationale Ablehnung werde es früher oder später zu tiefgreifenden Umbrüchen kommen wie etwa in Apartheid-Südafrika.

Mit Blick auf die wachsende Repression in den mit Israel verbündeten Staaten, v. a. in den USA, in Britannien und Deutschland, führte der irische Menschenrechtsanwalt Franck Magennis (von der Vereinigung sozialistischer Anwälte) in einer Sendung der Electronic Intifada am 22.5. aus: „Israel und sein Zionismus befinden sich im Zusammenbruch. Es handelt sich um eine sterbende Ideologie – deshalb diese Repression, deshalb diese hohe Zahl von getöteten Journalisten und Medienarbeitern in Gaza und der Boykott wahrheitsgetreuer internationaler Berichterstattung. Repression aber auch in den Israel verbündeten, kapitalistischen Staaten, die sich ebenfalls in der Krise befinden. Dies beweist, dass der Zionismus allein die Kritik nicht mehr abwehren kann. Wir erleben, wie wichtige Verbündete Israels ihre eigenen Grundsätze opfern, um ihre anhaltende Unterstützung Israels durchzusetzen und Kritik mundtot zu machen und dabei an ihre eigene koloniale und repressive Vergangenheit anschließen. Dabei kann sich niemand mehr herausreden, er habe nichts gewusst. Deswegen müssen wir jetzt überall angreifen, kritisieren und politische Änderungen erzwingen“.

**1** Der Vergleich der Zerstörungen im Gazastreifen mit denen in Hiroshima bezieht sich ausschliesslich auf den Einsatz von Sprengstoffen verschiedenster Art, also Bomben, Raketen, Granaten usw. Er wird von Militärexperten auf 80 000 t geschätzt. Ich meine die dadurch verursachte Zerstörung von Baulichkeiten, Infrastruktur usw., nicht die menschlichen Opfer (Toten, Verletzten, dauerhaft Verstümmelten, schwer Traumatisierten usw.)

# BANKROTT DER „WESTLICHEN WERTEGEMEINSCHAFT“

Die Mitte Mai 2025 gestartete neue Offensive der israelischen Armee versetzt einige Regierungen des Westens zwar in Erklärungsnot. Doch eine Änderung ihrer Politik ist nicht zu erwarten.

■ Jakob Schäfer

Am 16. Mai startete die IDF (israelische Armee) ihre „Gideon’s Chariots“ genannte Offensive. Neu daran ist, dass nun erstmals „regierungsamtlich“ verlautbart wurde, was das Ziel ist, nämlich die dauerhafte Besetzung (Einnahme) des Gazastreifens (mindestens großer Teile desselben). Hier nun haben die meisten Regierungen des „freien Westens“ ihre Probleme, treten sie doch im Fall der Ukraine oder ähnlicher Konflikte für die „Einhaltung des Völkerrechts“ und die „Unverletzlichkeit von Grenzen“ ein.

Dass seit dem 19. Oktober 2023 ein erbarmungsloser Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung geführt wird, hat die Regierungen der „westlichen Wertegemeinschaft“ nicht gekümmert und wurde gebetsmühlenartig mit dem „Recht auf Selbstverteidigung“ erklärt. Heuchlerisch daran war und ist, dass während der ganzen Zeit die Fakten klar sind und spätestens seit Bekanntwerden des „Plans der Generäle“<sup>1</sup> deutlich war, dass die Herrschenden in Israel die Gelegenheit des Angriffs vom 7. Oktober 2023 und die Geiselnahme nutzen, dem Ziel eines Großisrael (Erez Israel) ein bedeutendes Stück näher zu kommen, und zwar mittels einer drastischen Verschärfung ihrer Politik der ethnischen Säuberung.

Es ist die spezifische Verbindung des langanhaltenden, völkermörderischen Kriegs im Gazastreifen mit der nicht mehr zu leugnenden Zielsetzung der israelischen Regie-

rung (nämlich der dauerhaften Besetzung), was es den westlichen Regierungen seit kurzem so schwer macht, einfach nur zu schweigen. Dabei haben vorangegangene Grenzverletzungen vonseiten Israels im Libanon und in Syrien den Westen lediglich veranlasst, zur „Mäßigung“ aufzurufen. Die aktuellen Erklärungen der westlichen imperialistischen Regierungen zum Gazakrieg sollen nun die Bevölkerung im eigenen Land wie auch die Regierungen im Globalen Süden von der Werteorientierung mindestens der europäischen Regierungen überzeugen. Dabei wird aber verschwiegen:

■ Die „westliche Wertegemeinschaft“ hat trotz des bekannten Ausmaßes des Kriegs gegen die Bevölkerung im Gazastreifen der israelischen Regierung unablässig den Rücken gestärkt.

■ Die Kritiker in den eigenen Ländern wurden und werden weiterhin unterdrückt, vor allem in den USA und in Deutschland. Dass sich bei uns sogar Teile der Linken vor den Karren der „Deutschen Staatsräson“ spannen lassen, ist besonders traurig.<sup>2</sup>

■ Vor allem aber: Die westlichen imperialistischen Staaten haben ohne Unterlass Waffen (vor allem Unmengen an Munition) nach Israel geliefert, nicht zuletzt die 500-Pfund-Bomben, mit denen selbstredend keine „Terroristen“ ins Visier genommen werden können. Sie sind per se auf maximale Zerstörung ausgelegt.

„Die Zahlen sind unglaublich. Israel warf innerhalb eines Jahres mehr als 100 Tonnen Bomben auf Gaza ab. [...] Den Angaben zufolge warf die israelische Armee innerhalb von sechs Monaten, zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 24. April 2024, etwa 70 Tonnen Bomben auf den Gazastreifen [...] und ebenso viel in den darauf folgenden sechs Monaten, von Mai bis Oktober 2024.“<sup>34</sup> Übrigens: Etwa 10 % der abgefeuerten Landmunition explodierten nicht und stellen eine dauerhafte Gefahr dar. *Lancet*, eine der weltweit führenden medizinischen Fachzeitschriften, schätzt die Zahl der Todesopfer auf 186 000. Die Zahl der Verletzten und für immer Verstümmelten beträgt ein Vielfaches davon.

Es sind nicht nur die menschlichen Opfer und die fehlenden (weil blockierten) Hilfslieferungen: Die gesamte Infrastruktur ist zerstört. Es gibt keine Wasserversorgung, keine Schulen, keine funktionierenden Krankenhäuser usw. All dies wissen die Regierungen in Washington, Berlin und anderswo und sie wissen, dass sie dafür mitverantwortlich sind. So ist ihr ganzes Gerede von der schwierigen humanitären Lage im Gazastreifen nur leeres Geschwätz.

### Eine Frage der Geopolitik

Zurzeit existieren in der „westlichen Wertegemeinschaft“ zwei verschiedene Linien der Außenpolitik.

Die Mehrheit der europäischen Staaten verfolgt die Linie, das Verhängen von Sanktionen oder ihr direktes Eingreifen in andere Länder mit dem Schutz der Menschenrechte und der Unverletzlichkeit der Grenzen zu rechtfertigen. Bis zum Regierungswechsel in den USA war dies in groben Zügen auch dort die offizielle Linie, wobei man sich in der Wirklichkeit allerdings keinen Dreck darum scherte. Es war eben nur die nach außen (gegenüber dem Rest der Welt) genutzte „Erklärung“ ihrer Interventionspolitik. Schon immer waren die wirklichen ökonomischen und militärischen Interessen das Ausschlaggebende. Clinton zum Beispiel erklärte seinerzeit sein Nichteingreifen in den Kaschmirkonflikt damit, dass sein Land dort keine eigenen Interessen habe und sich deshalb ein Eingreifen nicht lohne.

Die neue US-Regierung erklärt ganz offen, dass sie Machtpolitik betreibt, weil sie die Interessen der USA (Make America Great Again, MAGA) verfolgt. In Wirklichkeit sind es natürlich die Interessen der Reichen und Mächtigen in den USA, nicht der breiten Bevölkerung.

Speziell die europäischen Regierungen haben (noch) Schwierigkeiten, auf diese Politikvariante umzuschwen-

ken, schließlich haben sie lange Zeit – auch und gerade im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg – ihre Politik mit dem „Völkerrecht“ erklärt und wollen nun nicht in der eigenen Bevölkerung und gegenüber dem Globalen Süden noch mehr an Glaubwürdigkeit verlieren. Da sie allerdings unter dem Druck der Rechtspopulisten stehen (einige sind ja schon an der Regierung), kann sich auch in Europa in Zukunft eine weniger verschleierte, offenere Machtpolitik durchsetzen. Exponierte Vertreterin dieser Linie ist die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas.

Aufgrund dieser Tendenz und vor allem wegen der geopolitischen Zusammenhänge sollte klar sein, dass trotz der Erklärungen verschiedener europäischer Spitzenpolitiker:innen eine Änderung der EU-Politik gegenüber Israel völlig unrealistisch ist, besonders in der Frage der Waffenlieferungen (die USA stehen sowieso unverbrüchlich hinter der israelischen Politik). Denn wichtig ist ihnen die Rückendeckung für ihren engsten Verbündeten in der Region. Geopolitische Machtinteressen wiegen nun mal schwerer als die Bekenntnisse zum Völkerrecht. Schon in den 1950er Jahren bezeichnete die israelische Zeitung *Haaretz* Israel als den Kettenhund des Imperialismus.

### Ethnische Säuberung und Völkermord

Von Anfang an haben wir erklärt, dass es sich bei diesem Krieg um eine neue Stufe der ethnischen Säuberung handelt. Schon nach wenigen Wochen wurde klar, dass er dieses Mal die brutale Form des Völkermords annahm. Dies war und ist nur möglich, weil der jahrzehntelange „eingetübte“ und praktizierte Rassismus dieses Siedlerstaates gegenüber den Palästinenser:innen (und gegenüber anderen arabischen Menschen) so tief in der Gesellschaft verwurzelt ist, dass auch das Grauen dieses Kriegs nur wenig Widerstand unter jüdischen Israelis hervorruft. Auch unter denjenigen, die sich aktiv für ein Ende des Kriegs einsetzen, um auf diese Weise die Geiseln freizubekommen, empfinden nur die wenigsten Empathie mit der gemarterten palästinensischen Bevölkerung.

Mit dem Verlauf des aktuellen Gazakriegs und der Zuspitzung zum Völkermord erweist sich übrigens auch der völlige Bankrott der sogenannten Anti-Deutschen, die letztlich völkisch argumentieren. Für sie gibt es keine gleichen Rechte aller Menschen, keinen Universalismus.

All dies darf uns allerdings nicht dazu verleiten, die Überzeugungsarbeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft in Israel oder auch hierzulande gegenüber den Anhänger:innen der „Deutschen Staatsräson“ einzustellen. Mehreres gilt es unablässig zu analysieren und in unserem

jeweiligen Umfeld in geeigneter Form zu vermitteln:

*Erstens:* Die Politik der israelischen Regierung hat nicht erst mit der jüngsten Offensive die Form des Völkermords angenommen, sondern schon wenige Wochen nach Beginn dieses neuen Gazakriegs; siehe dazu die Auszüge aus der Rede der irischen Anwältin Blinne Ní Ghrálaigh, am 11.1.2024 und vom 28. April 2025 vor dem IGH, die wir in diesem Heft dokumentieren.

*Zweitens:* Das, was seit über einem Jahr (und verschärft seit einigen Wochen) im Westjordanland geschieht, kann ebenfalls nicht mit „Selbstverteidigung“ Israels gerechtfertigt werden. Auch in diesem völkerrechtswidrig besetzten Gebiet, wo die palästinensische Bevölkerung seit Jahrzehnten unter extremen Bedingungen der Apartheid lebt und unterdrückt wird, finden unablässig Angriffe auf die einfache, unbewaffnete Bevölkerung statt. Vor allem rassistische israelische Siedler – oft unterstützt von der Armee – schikanieren und ermorden Menschen, die nur einen Fehler haben, nämlich Palästinenser:innen zu sein und das Land nicht freiwillig zu verlassen. Die Palästinenser:innen stehen dem Traum von einem ethnisch gesäuberten Großisrael im Weg.

*Drittens:* Auch ein Sieg über die Hamas (was immer das konkret bedeutet) würde nicht zu einer Lösung des Konflikts führen. Die Mehrheitsgesellschaft in Israel (also die dortige jüdische Bevölkerung) profitiert von der Apartheidpolitik (schließlich werden auch die in Israel lebenden 2 Millionen Palästinenser:innen unterdrückt). Der israelische Staat sorgt dafür, dass die jüdische Mehrheitsgesellschaft ihre privilegierte soziale Stellung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nicht verliert. Den Rassismus in Israel gilt es aufzubrechen, denn ohne eine Aussöhnung und die Durchsetzung gleicher Rechte und gleicher sozialer Verhältnisse wird der Konflikt nicht zu lösen sein.

### „Gaza ist der moralische Kompass der Welt“

So urteilt Pfarrer Munther Isaac (Westjordanland) am 3.5.2025 auf dem Palästinatag in Hannover über das Verhalten der Regierungen in aller Welt, aber auch der Kirchen, die sich oft noch nicht einmal trauen, diesen Kritiker der israelischen Politik zu ihren Veranstaltungen einzuladen. Die evangelische Kirche hat noch nicht einmal zu einem Waffenstillstand aufgerufen.

Von Amnesty International bis Human Rights Watch sind die Urteile seit Beginn der massiven Bombardierung des Gazastreifens mehr als eindeutig. Seit Dezember 2024 sprachen mehr und mehr Organisationen und Personen

von Völkermord. John J. Mearsheimer sprach in diesem Zusammenhang am 24.12.2024 und bezog auf die aktive Hilfestellung des Westens von “The Moral Bankruptcy of the West.”<sup>4</sup>

Alex Lo, Kolumnist der *South China Morning Post*, kommt am 11. Mai 2025 zu dem Schluss: „Der Westen hat im Gaza-Krieg bereits sein eigenes Grab geschaufelt“. Er schreibt: „In vielen westlichen Ländern, aber vor allem in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, wird eine außergewöhnliche Zensur ausgeübt, um jeden zum Schweigen zu bringen, der versucht, das auszusprechen, was in Palästina vor sich geht und was jeder bereits weiß. Es ist kein Zufall, dass die beiden Länder, die den Holocaust als universelle politische Bildung am meisten nutzen, die beiden Länder sind, die am aktivsten einen Völkermord in Echtzeit ermöglichen, der begangen und live auf unseren Computerbildschirmen und Social-Media-Seiten gezeigt wird. [...] Der Westen kümmert sich mehr um die Gefühle der Schlächter als um das Leben und die Gliedmaßen der Opfer. Die westliche ‘Zivilisation’ klingt jetzt wie ein Widerspruch in sich selbst.“<sup>5</sup>

Der UN-Menschenrechtsrat hat bereits bei seiner Tagung vom 26.2.–5.4.2024 einen Bericht unter dem Titel „Anatomie eines Völkermords“ vorgelegt.<sup>6</sup> Seitdem hat sich die Zahl der Opfer dramatisch erhöht. Und dennoch haben so manche Menschen (auch unter der Linken) Schwierigkeiten, von Völkermord zu sprechen. Weil man sich der „Deutschen Staatsräson“ beugt?

<sup>1</sup> Mehr dazu in Jakob Schäfer/Michael Weis: *Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung*, <https://inprekorr.de/636-pal-jsmw.htm>

<sup>2</sup> Mehr zur „Deutschen Staatsräson“ unter: Jakob Schäfer/Michael Weis: *Wider die deutsche Staatsräson*, <https://inprekorr.de/632-pal-sr.htm>

<sup>3</sup> Mehr Details unter: <https://euromedrights.org/fr/?s=gaza&lang=fr>

<sup>4</sup> <https://mearsheimer.substack.com/p/the-moral-bankruptcy-of-the-west>

<sup>5</sup> The Western world has already dug its own grave in Gaza war, [https://www.scmp.com/opinion/article/3309917/western-world-has-already-dug-its-own-grave-gaza-war?module=top\\_story&pgtype=section](https://www.scmp.com/opinion/article/3309917/western-world-has-already-dug-its-own-grave-gaza-war?module=top_story&pgtype=section)

<sup>6</sup> Agenda item Human Rights situation in Palestine and other occupied Arab territories: *Anatomy of a Genocide* <https://www.un.org/unispal/document/anatomy-of-a-genocide-report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territory-occupied-since-1967-to-human-rights-council-advance-unedited-version-a-hrc-55/>

# AUSZÜGE AUS REDEN VOR DEM INTERNATIONALEN GERICHTSHOF

Auszüge aus der *Öffentlichen Anhörung des Internationalen Gerichtshofs (Den Haag) vom 28. April 2025* über die Verpflichtungen Israels in Bezug auf die Präsenz und die Aktivitäten der Vereinten Nationen, anderer internationaler Organisationen und von Drittstaaten in dem besetzten palästinensischen Gebiet.

**Ammar Hijazi** (Botschafter Palästinas bei internationalen Organisationen in den Niederlanden):

Der UN-Generalsekretär hat Gaza als „Todesfeld, in dem Zivilisten in einer endlosen Todesspirale gefangen sind“<sup>1</sup> beschrieben. [...]

Am 21. November 2024 stellte der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle für den israelischen Premierminister und nun seinen ehemaligen Kriegsminister aus, unter anderem, weil sie der Zivilbevölkerung in Gaza vorsätzlich Nahrungsmittel, Wasser, Medizin und andere Lebensgrundlagen vorenthalten haben<sup>2</sup>. [...]

Zusammenfassend lässt sich sagen: Israel ist eine unrechtmäßige Besatzungsmacht, die wegen Völkermordes vor Gericht steht; sein Premierminister wird vom IStGH gesucht.<sup>3</sup>

[Israel] versucht, das palästinensische Volk zu vernichten und Palästina auszulöschen, unter anderem durch die Behinderung und Blockade humanitärer Organisationen, und verstößt damit auch gegen seine Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen und anderen völkerrechtlichen Instrumenten. [...]

Herr Präsident, Mitglieder des Gerichtshofs, laut UNICEF hat der israelische Angriff seit dem 18. März 2025<sup>4</sup> täglich 100 palästinensische Kinder in Gaza getötet und verletzt. Dies ist zusätzlich zu den mehr als 15 000 Kindern, die Israel seit dem Beginn des Völkermordes getötet hat, und den Tausenden, die noch unter Tonnen von

Schutt von dem, was einst ihre Schulen und Häuser waren, vermisst werden.

Israels Völkermordkampagne hat Gaza in die Heimat der größten Gruppe von amputierten Kindern pro Kopf in der Welt verwandelt. Ihre Gliedmaßen werden ohne angemessene Medizin oder Pflege amputiert – manchmal sogar ohne Betäubungsmittel. Viele überleben nicht, wie das Baby Sham Muhareb, dessen Arm nach einem Bombenschlag auf ihr Haus 18 Tage zuvor amputiert wurde.

Die Völkermordkampagne Israels richtet sich auch gegen Mitarbeiter und Organisationen der Vereinten Nationen und anderer humanitärer Organisationen in Gaza. Dabei wurden über 408 UN-Mitarbeiter getötet, darunter fast 300 Mitarbeiter des UNRWA. [Israel hat] auch 27 palästinensische Sanitäter des Roten Halbmonds in Gaza und 113 zivile Notfallhelfer getötet. Diese Tötungen sind vorsätzlich und nicht zufällig.

**Ní Ghrálaigh**<sup>5</sup> führte ebenfalls am 28.4.2025 aus:

Die Entscheidung [des Generalsekretärs der Vereinten Nationen am 24. März 2025, die Präsenz der UNRWA im Gazastreifen zu verringern] erinnert an frühere Völkermorde in Ruanda und Bosnien. Sie folgte auf Israels Bruch des Waffenstillstandsabkommens am 18. März 2025 und die Wiederaufnahme der Belagerung und auf den Großangriff auf Gaza. Wie vom israelischen Verteidigungsminister Israel Katz angedroht, „schlossen sich die Tore von Gaza ... und die Tore der Hölle ... öffneten sich wieder“. Israel tötete fast 500 Menschen, darunter mehr als 180 Kinder, in den tödlichsten 24 Stunden in Gaza seit Oktober 2023. [...]

Die letzten 18 Monate waren die schlimmsten in der Geschichte der Vereinten Nationen.<sup>6</sup> Von den über 418 in Gaza getöteten Hilfskräften waren 295 Mitarbeiter der Vereinten Nationen. Die meisten von ihnen – Lehrer, Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure, Betriebspersonal – waren Palästinenser:innen. Die meisten palästinensischen

Mitarbeiter:innen *bleiben* in Gaza. Ihre *eigene* Präsenz verringert sich ebenfalls jeden Tag, da sie verletzt und getötet werden. Wie *Ärzte ohne Grenzen* feststellten, „wurde Gaza in ein Massengrab für Palästinenser und für diejenigen, die ihnen zu Hilfe kommen, verwandelt“. [...]

Wie kürzlich von dem israelischen Finanzminister Smotrich bestätigt: „Für 75 % der Bevölkerung Gazas ist es nicht ihre Heimat. Wissen Sie, was ihre Heimat ist? Haifa, Tiberias, Akko, Jaffa .... Dies ist eine Flüchtlingsbevölkerung, die seit 1948 [in Gaza] lebt.“<sup>7</sup> [...]

Auch im Westjordanland – einschließlich Ostjerusalem – unterwirft Israel dieselbe Flüchtlingsbevölkerung zusammen mit anderen Palästinenser:innen, darunter auch diejenigen, die seit Beginn der israelischen Besatzung im Jahr 1967 gewaltsam vertrieben wurden, anhaltenden und sich verschärfenden Angriffen. Israels anhaltende Massenvertreibungen, die Zerstörung von Häusern, ganzen Flüchtlingslagern und notwendiger Infrastruktur sowie die immer wiederkehrenden Tötungen palästinensischer Männer, Frauen und Kinder drohen, in den Worten des UN-Generalsekretärs, die Westbank in „ein weiteres Gaza“ zu verwandeln.

Nachdem Israel 77 Jahre lang das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr und das unabänderliche Recht der Palästinenser:innen auf Selbstbestimmung in Verletzung des Völkerrechts und der UN-Resolutionen<sup>8</sup> verweigert hat, strebt es nun danach, die Palästinenser:innen als Gruppe zu zerstören, einschließlich indem es ihnen Lebensbedingungen auferlegt, die auf ihre Zerstörung ausgerichtet sind, indem es immer mehr palästinensisches Territorium beansprucht<sup>9</sup> und indem es Gaza in ein unbewohnbares Ödland verwandelt, das nicht in der Lage ist, menschliches Leben aufrechtzuerhalten.

Nachdem Israel die Fähigkeit des palästinensischen Volkes, sich selbst zu versorgen, vorsätzlich zerstört hat, verstärkt es nun die „Instrumentalisierung“ der „Nahrungsmittel- und Hilfsgüterlieferungen“, auf die so viele Palästinenser seit langem für ihr Überleben angewiesen sind. Außerdem versucht es, die UNRWA zu zerstören. Die UNRWA ist die von den Vereinten Nationen beauftragte Organisation, die den Menschen lebensnotwendige Hilfe und Unterstützung leisten muss, darunter auch „die Verhinderung von Hunger und Not“, bis eine gerechte und dauerhafte Lösung ihrer Notlage im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der Resolution 194 (III) der Generalversammlung von 1948, gefunden ist. [...]

In Verletzung der Anordnung des Gerichtshofs zur „Erhaltung von Grenzübergängen im offenen Gelände“ hat

Israel alle Grenzübergänge geschlossen, insbesondere den „Grenzübergang Rafah“, den zuvor der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen als „die symbolische Lebensader für 2,3 Millionen Menschen in Gaza“ beschrieben hat. Und es verwandelte Rafah selbst – einst ein Zufluchtsort für fast 1,5 Millionen vertriebene Palästinenser:innen – in ein postapokalyptisches Ödland.

Bereits am 11.1.2024 hatte **Blinne Ní Ghrálaigh** vor dem IGH die Sache der Palästinenser:innen vertreten, indem sie für den Antrag der Republik Südafrika sprach.<sup>10</sup>

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Gerichts,

es besteht dringender Handlungsbedarf für sofortige Maßnahmen, um Palästinenser:innen in Gaza vor den nicht wiedergutzumachenden Schäden zu schützen, die Israel unter Verletzung der Völkermordkonvention begeht.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Mitglieder des Sekretariats der UN beschreiben die Lage in Gaza [...] als eine Krise der Menschheit, eine Hölle auf Erden, ein Blutbad, eine Situation extremen und sich ständig vertiefenden, beispiellosen Horrors, in der eine ganze Bevölkerung belagert und angegriffen wird und keinen Zugang zu lebensnotwendigen Gütern hat.

Wie der Generalsekretär für humanitäre Angelegenheiten letzten Freitag erklärte: „Der Gazastreifen ist zu einem Ort des Todes und der Verzweiflung geworden. Familien schlafen im Freien, während die Temperaturen sinken, und Gebiete, in die Zivilist:innen zu ihrer Sicherheit umgesiedelt werden sollten, werden unerbittlich bombardiert.“ [...]

Es handelt sich um eine Bevölkerung, die Israel bereits durch 16 Jahre Militärblockade und lähmende Entwicklung verwundbar gemacht hatte. [...]

Insbesondere in Bezug auf die Völkermordkonvention erinnerte der Gerichtshof in der Rechtssache Gambia-Myanmar daran, dass „die Vertragsstaaten ausdrücklich ihre Bereitschaft bekräftigt haben, Völkermord als ein Verbrechen nach dem Völkerrecht zu betrachten, das sie unabhängig vom Friedens- oder Kriegskontext, in dem es stattfindet, verhindern und bestrafen müssen.“

Manch einer mag sagen, dass der Ruf des Völkerrechts selbst, seine Fähigkeit und Bereitschaft, alle Völker gleichermaßen zu binden und zu schützen, auf dem Spiel steht, aber bei der Völkermordkonvention geht es um viel mehr als um einen juristischen Präzedenzfall. Der Gerichtshof erinnerte an die Resolution der Generalversammlung von 1946 zum Verbrechen des Völkermords, in der es heißt:

„Völkermord ist die Verweigerung des Existenzrechts ganzer menschlicher Gruppen, so wie Mord die Verweigerung des Lebensrechts einzelner Menschen ist. Eine solche Verweigerung des Existenzrechts erschüttert das Gewissen der Menschheit und führt zu großen Verlusten für die Menschheit in Form von kulturellen und anderen Beiträgen, die diese menschlichen Gruppen darstellen, und steht im Widerspruch zum Sittengesetz sowie zum Geist und zu den Zielen der Vereinten Nationen.“

Obwohl in der Völkermordkonvention die Notwendigkeit anerkannt wird, die Welt von der abscheulichen Geißel des Völkermords zu befreien, hat die internationale Gemeinschaft wiederholt versagt. Sie hat das Volk von Ruanda im Stich gelassen, sie hat das bosnische Volk im Stich gelassen und sie hat die Rohingya im Stich gelassen, was dieses Gericht dazu veranlasst hat, Maßnahmen zu ergreifen, und sie hat erneut versagt, indem sie die frühzeitigen Warnungen internationaler Experten vor der ernststen Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk seit dem 19. Oktober letzten Jahres ignoriert hat. Die internationale Gemeinschaft lässt das palästinensische Volk weiterhin im Stich, trotz der offenkundig entmenslichenden völkermörderischen Rhetorik israelischer Regierungs- und Militärbeamter, die mit den Aktionen der israelischen Armee vor Ort einhergehen. Trotz des Schreckens des Völkermords am palästinensischen Volk, der live aus Gaza auf unsere Mobiltelefone, Computer und Fernschirme übertragen wird, ist dies der erste Völkermord in der Geschichte, bei dem die Opfer ihre eigene Zerstörung in Echtzeit übertragen, in der verzweifelten und bislang vergeblichen Hoffnung, dass die Welt etwas unternehmen könnte.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bezeichnet den Gazastreifen als ein moralisches Versagen. Wie der Chef der Vereinten Nationen betonte, hat dieses Versagen „Auswirkungen nicht nur auf die Menschen in Gaza, sondern auch auf die kommenden Generationen, die diese mehr als 90 Tage der Hölle und die Angriffe auf die grundlegendsten Gebote der Menschlichkeit nie vergessen werden“. Es gibt keinen sicheren Raum in Gaza und die Welt sollte sich schämen. [...]

*Übersetzungen: J: S:*

**1** United Nations, Secretary-General's Press Encounter, 8. April 2025 [www.un.org/sg/en/content/sg/press-encounter/2025-04-08/secretary-generals-press-encounter-gaza-scroll-down-for-arabic](https://www.un.org/sg/en/content/sg/press-encounter/2025-04-08/secretary-generals-press-encounter-gaza-scroll-down-for-arabic)

**2** International Criminal Court, “Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I rejects the State of Israel’s challenges to jurisdiction and issues warrants of arrest for Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant”, Press Release, 21. November 2024 [www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges](https://www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges).

**3** International Criminal Court, “Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I rejects the State of Israel’s challenges to jurisdiction and issues warrants of arrest for Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant”, Press Release, 21. November 2024 [www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges](https://www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges).

**4** Post of the Commissioner-General of UNRWA, Philippe Lazzarini, @UNLazzarini, 3:42 pm, 4 April 2025 (<https://x.com/unlazzarini/status/1908153313054294261>).

**5** Die irische Anwältin Blinne Ní Ghrálaigh, – die in Irland und England praktiziert – hat bereits für die südafrikanische Delegation für deren Klage gegen Israel vor dem IGH Stellung genommen und jetzt als Mitglied der palästinensischen Delegation zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels.

**6** UN Secretary-General, António Guterres, @antonioguterres (10.20 p.m., 15 January 2024), <https://x.com/antonioguterres/status/1747020836778004915>; UN OCHA, *Humanitarian Situation Update #278 | Gaza Strip* (8 April 2025), <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-278-gaza-strip>.

**7** Israelischer Finanzminister Bezalel Smotrich in einem Interview mit Israeli KAN 11 TV, verfügbar bei Middle East Monitor, @MiddleEastMnt (12.40 p.m., 2. März 2025), <https://x.com/MiddleEastMnt/status/1896178864067334173>

**8** Siehe im Besonderen die Resolutionen der UN-Vollversammlung 194 (1948) und 302 (1949) sowie 3236 (1974) und die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats 237 (1967) und 608 (1988).

**9** *Prime Minister Netanyahu's statement* (2. April 2025), <https://www.gov.il/en/pages/spoke-army020425>.

**10** <https://www.youtube.com/watch?v=ZS6IYp0BERg> eigene Übersetzung.



# JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

## Sechsunfünfzig Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nehmen Stellung

Als besorgte Wissenschaftler unterstützen wir die Entscheidung der Partei Die Linke auf ihrem jüngsten Parteitag, die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA)<sup>1</sup> anzunehmen. Dieser Schritt unterstreicht das feste Engagement der Partei Die Linke, Antisemitismus zu bekämpfen und gleichzeitig die Grundfreiheiten zu schützen.

Die JDA wurde von renommierten Wissenschaftlern der entsprechenden universitären Fachrichtungen entwickelt, die über den Anstieg des Antisemitismus genauso tief besorgt sind wie über die Aushöhlung der Redefreiheit und anderer demokratischer Freiheiten.

Mittlerweile wird die JDA von rund 375 Wissenschaftlern, die meisten davon jüdisch und/oder israelisch, unterstützt, die auf Antisemitismus, jüdische Geschichte, Rassismus, Geschichte des Nahen Ostens und andere relevante Bereiche spezialisiert sind. Dementsprechend verfügt die JDA über die Autorität einer echten Expertenmeinung.

Die JDA ist eine direkte Antwort auf die Mängel der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Weltweit besteht breiter wissenschaftlicher Konsens darüber, dass es der IHRA-Definition an Klarheit mangelt und sie eher als politisches Instrument eingesetzt wird, statt als pädagogisches Hilfsmittel und als präzise Definition von Antisemitismus zu dienen.

Dass die IHRA-Definition von Regierungen angenommen wurde, ist weitgehend Ergebnis politischer Kampagnen von Akteuren im Einklang mit der israelischen Regierung. Es gibt keinerlei Beweise dafür, dass antisemitische Äußerungen oder Gewalttaten seither und deshalb zurückgegangen sind. Es gibt jedoch ausreichend Belege dafür, dass die IHRA-Definition von illiberalen Kräften instrumentalisiert wird, um bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte zu untergraben.

## Definitionen sollen Orientierung bieten

Während die IHRA-Definition Kritik an Israel und Antisemitismus vermischt, unterscheidet die JDA prinzipiell zwischen diesen Phänomenen und zeigt gleichzeitig auf, wo sie sich potenziell überschneiden.

Wir sind daher der Meinung, dass die JDA einen besseren Rahmen bietet, um strittige Fragen zu erörtern. Denn sie stellt ein sorgfältiges Gleichgewicht zwischen dem Kampf gegen Antisemitismus einerseits und der Wahrung der Redefreiheit und anderer demokratischer Freiheiten andererseits her. Dieses Gleichgewicht ist für eine glaubwürdige und wirksame Bekämpfung des Antisemitismus unerlässlich.

Wir sind nicht der Meinung, dass Definitionen als Regulierungs- und Disziplinierungsinstrumente dienen sollten – diese Rolle sollte ausschließlich Recht und Gesetz zukommen. Der Zweck von Definitionen besteht vielmehr darin, Orientierung zu bieten und als pädagogisches Hilfsmittel zu dienen, da die Realität immer viel komplexer ist als Definitionen es sein können.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Annahme der JDA durch die Partei Die Linke voll und ganz, da sie genau die Orientierung bietet, die jetzt nötig ist. Wir ermutigen Die Linke, selbstbewusst zu dieser Entscheidung zu stehen, die ein tieferes und breiteres Nachdenken in Deutschland darüber anregen sollte, wie Antisemitismus am besten bekämpft werden kann.

Unterzeichner:innen

Omer Bartov (Dean's Professor of Holocaust and Genocide Studies, Department of History, Brown University), Doris Bergen (Chancellor Rose and Ray Wolfe Professor of Holocaust Studies, University of Toronto), Louise Bethlehem (Associate Professor, The Hebrew University of Jerusalem), Avraham Burg (former chairman of the Jewish Agency for Israel and former speaker of the Israeli parliament Knesset), Naomi Chazan (Professor Emerita of Political Science, Hebrew University of Jerusalem; former Member of Knesset for Meretz), Deborah Dwork (Professor, Director, Center for the Study of the Holocaust, Genocide and Crimes Against Humanity, City University of New York)

16. Mai 2025

Die vollständige Liste der Unterzeichnenden unter [https://statement.zone/stellungnahme\\_wissenschaftler\\_jda\\_annahme\\_die\\_linke.pdf](https://statement.zone/stellungnahme_wissenschaftler_jda_annahme_die_linke.pdf)

<sup>1</sup> <https://jerusalemdeclaration.org/>

# SOLIDARITÄT IN MAROKKO

Als Aktivist:innen können wir die anhaltende breite Solidaritätsbewegung des marokkanischen Volkes mit der palästinensischen Bevölkerung inmitten der ethnischen Säuberung nur begrüßen. Seit über einem Jahr ist diese Bewegung in verschiedenen Formen aktiv.

## ■ Al-Mounadil-a

In vielen marokkanischen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt, auf denen die zionistische Aggression gegen die trotz schwierigster Bedingungen entschlossen widerstehende Bevölkerung im Gazastreifen verurteilt wurde.

Allerdings muss man einräumen, dass die Solidaritätsbewegung weitaus verhaltener als noch vor Jahrzehnten ist. Damals sind viele Studenten und Schüler spontan und aufopferungsvoll auf die Straßen gegangen für die Solidarität mit dem palästinensischen Volk und zwangen die Regierung, ihre Beziehungen zum zionistischen Regime noch zu kaschieren. Gegenwärtig liegen die „normalen“ Beziehungen zu Israel offen auf der Hand, sowohl auf offizieller Ebene als auch von Teilen der „Zivilgesellschaft“ und von unabhängigen Persönlichkeiten aus dem kulturellen und künstlerischen Leben.

Dem herrschenden Regime ist es gelungen, die Kämpfe im Allgemeinen und die Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk im Besonderen zurückzudrängen. Alle Kräfte, die für das Regime unbequem waren, wurden unterdrückt oder zerschlagen. Die historische liberale Opposition und auch manche religiösen Strömungen passten sich dem Regime an und verhielten sich ruhig, um eine Konfrontation mit dem Regime zu vermeiden.

Marokko unterstützt offiziell die „Zwei-Staaten-Lösung“ und verurteilt verbal die von Israel ausgehende Gewalt, doch es unterhält Beziehungen zu Israel, die seit dem Normalisierungsabkommen auch ganz offen stattfinden. Das Bayt Mal Al-Quds-Komitee führt Hilfsprojekte in Jerusalem und im Westjordanland durch, wie den Bau von Schulen und den Wiederaufbau von Häusern. Die Devise des Regimes lautet „Unsere Herzen sind mit Ali und

unsere Schwerter sind mit Muawiyah“: d. h. die offizielle Unterstützung Palästinas soll über die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Normalisierung mit Israel laufen.

Häufig entstehen lokale Solidaritätsnetzwerke wie die Komitees zur Unterstützung des palästinensischen Volkes, aus denen sich manchmal „Solidaritätsfronten“ entwickeln. An diesen sind Islamisten, linke oder unabhängige Aktivisten beteiligt, insbesondere bei größeren Krisen (wie den Gazakriegen 2021 und 2023).

Die Solidarität mit dem palästinensischen Volk geht heute von Bündnissen aus, an denen politische Kräfte, Gewerkschaften, Vereinigungen und unabhängige Persönlichkeiten unterschiedlicher Couleur beteiligt sind, die zumeist islamischen Bewegungen nahestehen, die unter der Bevölkerung aktiv sind. Diese dominieren die Solidaritätsinitiativen mit dem palästinensischen Volk aufgrund ihres politischen, ideologischen und organisatorischen Einflusses und ihrer Verankerung in der Bevölkerung. Sie nutzen ihre sozialen und propagandistischen Netzwerke, um die öffentliche Meinung zu mobilisieren, indem sie auf die religiöse Schiene setzen und die Solidarität der Bevölkerung mit einem berechtigten emanzipatorischen Anliegen zu einer Religionsfrage stilisieren, die die politischen und sozialen Dimensionen des aktuellen Konflikts in Palästina ignoriert.

Die wichtigste islamistische Bewegung „Justice et Spiritualité“ organisiert Märsche und Mahnwachen in Großstädten unter Parolen wie „Befreiung Palästinas“ und „Widerstand gegen die Normalisierung [der Beziehungen zu Israel]“. Sie führt mit ihren eigenen Methoden Aufklärungskampagnen in Moscheen und Arbeitervierteln durch und sammelt Spenden für die Unterstützung der Palästinenser:innen. Dabei verwendet sie einen Diskurs, der religiöse (Schutz der heiligen Stätten) und politische (Antizionismus oder gar Antisemitismus) Aspekte miteinander vermengt. Seit sie an der Spitze der Regierung steht, hat sich die Partei sichtbar gemäßig.

Die Linke ist zu schwach, um in der Solidaritätsbewegung eine führende Rolle einzunehmen, und ein Teil von ihr hat sich bereits daraus zurückgezogen. Während sie in der Vergangenheit federführend im Kampf gegen Kolonialismus und Tyrannei war, hat sie an Einfluss und den Kontakt zu den Massen verloren und ist organisatorisch

geschwächt und zersplittert. Ein Teil ringt um ihre organisatorische und intellektuelle Identität, während der andere aufgehört hat, links zu sein und sich stattdessen loyal zur herrschenden Macht verhält.

Die organisatorisch starken und mobilisierungsfähigen marokkanischen Gewerkschaften, für die der Konflikt in Palästina als „nationale Frage“ gilt, veröffentlichen zwar symbolische Solidaritätserklärungen, bleiben vor Ort aber weitgehend inaktiv und übernehmen keine zentrale Rolle. Die Gründe liegen darin, dass ihre Führung nicht in der Basis verankert ist und die Konfrontation mit dem Regime scheut. Ihre Hauptsorge ist, ja keinen Volksaufstand auszulösen.

Die Marokkanische Progressive Bewegung veröffentlicht Solidaritätserklärungen und nimmt an den Märschen teil, allerdings mit einer im Vergleich zu den islamistischen Kräften geringen Präsenz. Vorrangig ist für sie, die palästinensische Sache mit dem Kampf gegen den Imperialismus, die lokale Reaktion und den Zionismus zu verbinden. Menschenrechtsgruppen (wie die Association Marocaine des Droits de l'Homme) dokumentieren die von der israelischen Besatzung begangenen Verstöße, organisieren intellektuelle Seminare, kritisieren die Normalisierung zwischen Marokko und Israel und fordern den Abbruch der Beziehungen. Die historische Studentengewerkschaft Union nationale des Étudiants du Maroc hat erheblich an Einfluss verloren und auch die spontanen Solidaritätsaktionen an den Gymnasien und Universitäten gibt es nicht mehr.

Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden: Die progressiven und säkularen Kräfte müssen wieder an führender Stelle in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv werden. Es müssen breite Koalitionen aufgebaut werden, und die militante Linke und die Gewerkschaften müssen entschlossener Position beziehen.

Unsere Aufgaben in diesem Kampf sind:

- Die Zersplitterung der kämpferischen Linken und ihre intellektuellen Verirrungen beenden; progressive und säkulare Kräfte in einem breiten Bündnis vereinen, das die palästinensische Sache mit dem Kampf gegen den Imperialismus und die kapitalistische Ausbeutung auf lokaler und globaler Ebene verbindet; dauerhafte Kampagnen vor Ort (Märsche, Streiks, Sit-ins) führen, statt nur symbolische Erklärungen abzugeben und dabei die Jugend und die Arbeiterklasse einbeziehen; die palästinensische Frage als einen Kampf für nationale Befreiung und soziale Gerechtigkeit und nicht nur als einen religiösen oder ethnischen

Konflikt darstellen, um dem Einfluss der Islamisten entgegenzuwirken.

- Solidarität zu einer gewerkschaftlichen Aufgabe machen und die palästinensische Sache in den gewerkschaftlichen Forderungskatalog aufnehmen; beispielsweise muss der Zusammenhang zwischen der Ausbeutung durch Unternehmen, die in die israelische Besatzung verwickelt sind, und der Verletzung von Arbeiterrechten auf lokaler Ebene aufgezeigt werden; Boykottkampagnen wie die Kampagne Boykott Desinvestitionen Sanktionen (BDS) organisieren und in Zusammenarbeit mit internationalen Gewerkschaften durchführen; marokkanische Unternehmen, die mit dem zionistischen Regime kooperieren, anprangern und Druck auf den Staat ausüben: die taktischen Fähigkeiten der Gewerkschaften nutzen, um die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Normalisierung mit Israel zu bekämpfen.

- Überparteiliche Basisinitiativen unterstützen wie medizinische Hilfskomitees für Palästina oder kulturelle Kampagnen, die die Verbrechen der Besatzung anprangern, sowie die Kampagne zum Boykott des zionistischen Regimes (BDS) etc.

- Die Versuche islamischer Gruppen kritisieren, die palästinensische Sache auf einen „islamischen Krieg gegen die Juden“ zu reduzieren, und stattdessen öffentlich an die Geschichte der jüdisch-arabischen Solidarität mit Palästina erinnern.

- Die Widersprüche in der Position des Staates aufdecken, indem die Kluft zwischen der offiziellen Rhetorik zugunsten Palästinas und der realen Zusammenarbeit mit Israel in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft aufgezeigt wird.

- Zum Abbruch der Beziehungen aufrufen, indem der Staat aufgefordert wird, das Normalisierungsabkommen von 2020 aufzuheben und jede Form der Koordination mit dem zionistischen Regime einzustellen, was die Voraussetzung für jede echte Solidarität ist.

- Aus den „temporären Solidaritätssparolen“ während der Kriege eine dauerhafte Bewegung zur Unterstützung der Befreiung Palästinas machen, die mit sozialer Gerechtigkeit auf lokaler und globaler Ebene verbunden ist.

5. April 2025

aus: *Al-Mounadil* (<https://inprecor.fr/node/4693>; arabisch: <https://www.almounadila.info/archives/25448>)

Übersetzung aus dem Französischen: MiWe

# GESCHICHTE ALS FEIGENBLATT

Deutschlands Versklavung durch seine Vergangenheit hat es viel zu lange zum Thema Gaza schweigen lassen-

## ■ Gideon Levy

Deutschland hat die Erinnerung an den Holocaust und seine Lehren verraten. Ein Land, das es als seine höchste Aufgabe ansah, nicht zu vergessen, hat vergessen. Ein Land, das sich selbst sagte, dass es niemals schweigen würde, hat geschwiegen. Ein Land, das einst sagte: „Nie wieder“, und jetzt: „Wieder“, mit Waffen, mit Geld, mit Schweigen. Es gibt kein Land, das besser als Deutschland darin sein sollte, „ekelhafte Vorgänge zu erkennen“. Jeder Deutsche weiß viel mehr über sie als Jair Golan. Hier in Israel sind sie in vollem Gange, doch Deutschland hat sie noch nicht als das erkannt, was sie sind. Es ist erst vor kurzem aufgewacht, zu spät und zu wenig wirksam.

Wenn Deutschland den Fahnenmarsch in Jerusalem<sup>1</sup> sieht, muss es die Kristallnacht sehen. Wenn es die Ähnlichkeiten nicht sieht, verrät es die Erinnerung an den Holocaust. Wenn es auf Gaza schaut, muss es die Konzentrationslager und Ghettos sehen, die es gebaut hat. Wenn sie die hungernden Menschen im Gazastreifen sieht, muss sie die elenden Überlebenden der Lager sehen. Wenn sie das faschistische Gerede israelischer Minister und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über das Töten und den Bevölkerungstransfer, darüber, dass es „keine Unschuldigen“ gibt, und über das Töten von Babys hört, muss sie die abschreckenden Stimmen aus ihrer Vergangenheit hören, die das Gleiche auf Deutsch sagten.

Es hat kein Recht zu schweigen. Es muss die Fahne des europäischen Widerstands gegen das, was im Gazastreifen geschieht, hochhalten. Dennoch hinkt es weiterhin hinter dem Rest Europas her, wenn auch auf unangenehme Weise, nicht nur wegen seiner Vergangenheit, sondern auch wegen seiner indirekten Verantwortung für die Nakba, die ohne den Holocaust wahrscheinlich nicht stattgefunden

wäre.<sup>2</sup> Deutschland schuldet auch dem palästinensischen Volk eine moralische Teilschuld.

Die israelische Besetzung wäre ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Deutschlands nicht möglich gewesen. Während dieser Zeit galt Deutschland als Israels zweitbesten Freund. Die Unterstützung war umfassend und bedingungslos.<sup>3</sup> Jetzt wird Deutschland für die langen Jahre der strengen Selbstzensur bezahlen, in denen es verboten war, Israel, das heilige Opfer, zu kritisieren.

Jegliche Kritik an Israel wurde als Antisemitismus abgestempelt.<sup>4</sup> Der gerechte Kampf für die Rechte der Palästinenser wurde kriminalisiert. Ein Land, in dem ein großes Medienimperium von seinen Journalisten immer noch den Schwur verlangt, als Bedingung für eine Anstellung niemals das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen, kann nicht behaupten, die Meinungsfreiheit zu ehren. Und wenn Israels aktuelle Politik seine Existenz gefährdet, sollten sie dann nicht das Recht haben, sie zu kritisieren?

In Deutschland ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, Israel zu kritisieren, egal was es tut. Das ist keine Freundschaft, das ist Versklavung an eine Vergangenheit, und das muss angesichts der Ereignisse in Gaza<sup>5</sup> aufhören. Die „besondere Beziehung“ kann nicht ein Gütesiegel für Kriegsverbrechen beinhalten. Deutschland hat kein Recht, den Internationalen Strafgerichtshof, der als Reaktion auf seine Verbrechen eingerichtet wurde, zu ignorieren, indem es darüber debattiert, wann es einen israelischen Premierminister einlädt, der wegen Kriegsverbrechen gesucht wird. Es hat kein Recht, die Klischees der Vergangenheit zu wiederholen und Blumen in Yad Vashem niederzulegen, das 90 Autominuten von Khan Yunis entfernt liegt.

Deutschland steht nun vor seiner größten moralischen Prüfung seit dem Holocaust. Wenige Wochen nach dem Einmarsch von Wladimir Putin in die Ukraine war es Deutschland, das die Sanktionen gegen Russland anführte. Zwanzig Monate nach dem Einmarsch in den Gazastreifen hat Deutschland immer noch keine Schritte gegen Israel

unternommen, abgesehen von den gleichen Lippenbekenntnissen wie andere europäische Länder.

Deutschland muss sich ändern, nicht trotz seiner Vergangenheit, sondern wegen ihr. Es reicht nicht aus, dass Bundeskanzler Friedrich Merz sagt, die Bombardierung des Gazastreifens sei nicht mehr zu rechtfertigen. Er muss Maßnahmen ergreifen, die helfen, sie zu beenden.<sup>6</sup> Es reicht nicht, dass Außenminister Johann Wadepful sagt, Deutschland werde sich nicht „in eine Situation bringen lassen, in der wir erzwungene Solidarität zeigen müssen.“

Es ist an der Zeit, dass Deutschland sich mit den Opfern solidarisiert, dass es sich von den Fesseln der Vergangenheit befreit, die es von den Lehren des Holocaust entfremden. Deutschland kann nicht länger untätig bleiben und sich mit lauwarmen Verurteilungen begnügen. Angesichts der schrecklichen Situation in Gaza ist dies Schweigen, ein schändliches Schweigen Deutschlands.

aus: *Haaretz* vom 29.05.2025 (<https://www.haaretz.com/ty-WRITER/0000017f-da24-d249-ab7f-fbe4caac0000>)

Englisches Original: <https://www.haaretz.com/opinion/2025-05-29/ty-article-opinion/premium/germanys-enclavement-to-its-past-kept-it-silent-on-gaza-for-far-too-long/00000197-1830-d0e9-abd7-3db0ec550000?gift=48a288470f43418eaa8e551278ceb2bc>

Übersetzung: J. S.

1 <https://www.haaretz.com/opinion/editorial/2025-05-28/ty-article-opinion/at-this-years-festivities-jerusalem-day-normalized-calls-for-genocide/00000197-134a-d97f-afb7-57ce45650000>

2 <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-05-26/ty-article/germanys-chancellor-israels-gaza-offensive-no-longer-justified-by-fight-against-hamas/00000197-0c89-df85-a197-0ee9a6db0000>

3 <https://www.haaretz.com/magazine/2025-05-23/ty-article-magazine/premium/the-zionist-fascist-wing-that-adopted-the-nazi-salute/00000196-f8e1-dbf1-a7b6-fae158ee0000>

4 <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-05-28/ty-article-opinion/premium/the-world-is-against-us-how-israels-media-is-censoring-the-horrors-of-gaza/00000197-16aa-d0e9-abd7-3faa7f490000>

5 <https://www.haaretz.com/opinion/2025-05-28/ty-article-opinion/premium/what-would-the-israeli-occupation-of-75-percent-of-gaza-look-like/00000197-12ba-d263-abb7-13fac2890000>

6 <https://www.haaretz.com/israel-news/haaretz-to-day/2025-05-28/ty-article/highlight/600-days-into-netanyahu-political-war-in-gaza-a-crucial-question-remains-unanswered/00000197-1775-d0e9-abd7-3ff5c1350000>



## Neuerscheinung

Jakob Schäfer: **Konkurrenz – Grundprinzip einer vernünftigen Gesellschaftsordnung?**

Wettbewerb beherrscht unser Leben. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen agieren unter der Peitsche der Konkurrenz, auch in vielen anderen Bereichen – Schule, Sport usw. – bestimmt Konkurrenz die Art unseres Zusammenlebens. Begründet wird dies gemeinhin mit dem angeblich naturgegebenen Kampf aller gegen alle und dem „angeborenen Egoismus des Menschen“. Doch stimmen diese vermeintlichen Wahrheiten überhaupt?

Und vor allem: Was ist die Alternative?

Diesen Fragen geht das Buch in fünf Abschnitten nach:  
 ISBN: 978-3-7003-2323-5 – *Die besondere Bedeutung der Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*  
 – *Kooperation statt Konkurrenz*  
 – *Neuere Forschungsergebnisse zur Kooperation in Natur und Gesellschaft*  
 – *Die Kooperation nach der Überwindung des Kapitalismus*

Erschienen bei *new academic press* (Wien), Oktober 2024, 150 S., 12,90 €

ISBN: 978-3-7003-2323-5

# „FASCHISIERUNG“?

Häufig wird von Linken bei der Beschreibung bzw. Analyse von aktuellen Entwicklungen der bürgerlichen Demokratien der Begriff „Faschisierung“ benutzt – und er liegt ja auch nahe.

■ **Johann-Friedrich Anders**

Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Entwicklungen zitiere ich aus der Potsdamer ISO-Broschüre von 2025 (gelegentlich stilistisch leicht verändert) „Warum ist die AfD gefährlich?“<sup>1</sup>:

„Auf die anhaltende Krise und die Verunsicherung der Bevölkerung antwortet die bürgerliche Politik mit Scheinlösungen. Alle bürgerlichen Parteien (einschließlich der SPD) bieten für die Lösung der aktuellen Probleme Sündenböcke an, die von den eigentlichen Ursachen ablenken. Hier treffen sie sich mit Trump, Orban, Meloni, Wilders usw.“

Und:

„Es gelingt der AfD, das allgemeine Unbehagen großer Teile der Bevölkerung auf die ihrer Ansicht nach zentrale Frage zuzuspitzen und den Eindruck zu erzeugen, die Änderung der Flüchtlingspolitik (und allgemeiner: der Einwanderungspolitik) könne den größten Teil aller Probleme lösen.“

Die AfD ist auf dem Vormarsch, und sie treibt die offizielle Regierungspolitik in der Flüchtlingsfrage vor sich her. Dies kann sie deswegen, weil die anderen Parteien (ausgenommen DIE LINKE) selbst rassistische Positionen vertreten, wenn auch weniger offen. Auf diese Weise finden offen rassistische und faschistische Positionen immer breitere Zustimmung in der Gesamtgesellschaft und sind längst in der „bürgerlichen Mitte“ angekommen ...

Ein weiteres Kernelement der Politik der AfD ist die Praktizierung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. Besonders in den östlichen Bundesländern versucht die AfD mit Erfolg – zusammen mit neonazistischen Gangs –, andersdenkende Menschen einzuschüchtern und zu terrorisieren.“

Und schließlich das Programm der AfD und dessen Nähe zur NS-Ideologie: Zentrales Ziel der AfD ist die Wiederherstellung einer Volksgemeinschaft, die rassistisch homogen ist – eine faschistische Vorstellung.

„Diese völkisch-nationalistische Sicht führt zur Gleichschaltung der Gesellschaft, zur Abschaffung der sozialen Kämpfe, zur Unterordnung der arbeitenden Menschen unter die Interessen des Kapitals ... Die ‚Remigrations‘-Projekte der AfD würden für Millionen Menschen die Zwangsvertreibung bedeuten ...

Offiziell reden die AfD-Anhänger\*innen nicht von rassistischer Reinheit; sie verwenden heute die Begriffe ‚ethnokulturelle Identität‘ und ‚Leitkultur‘. Aber ihr populistischer Politikstil kann nicht darüber hinwegtäuschen, was sie damit meinen. Sie wollen den angeblichen ‚kulturellen Zerfall der Nation‘ verhindern, sie konstruieren den Popanz des ‚demographischen Niedergangs des deutschen Volkes‘.“ Die Frage ist: Ist diese Situation bzw. Entwicklung mit dem Begriff „Faschisierung“ zutreffend charakterisiert?

## Zur Kritik

Wer heute von „Faschisierung“ spricht, spricht vor allem eine Warnung vor schlimmen, an den Faschismus erinnernden Ereignissen bzw. Entwicklungen aus. Zugrunde liegt diesem Wortgebrauch eine Theorie, die eine nur wenig zutreffende Faschismus-Theorie ist, die politisch in die Irre führt.

## Was die Faschisierungs-Behauptung nahelegt bzw. suggeriert

**1** Es sei eine evolutionäre (eine schleichende, allmähliche, organische) Entwicklung möglich, die ohne explosive Ereignisse, ohne Bruch, zum Faschismus führen könne.

2 Es bestehe kein qualitativer Unterschied zwischen einem bürgerlich-parlamentarischen System und einem faschistischen System.

3 Es gebe keinen qualitativen Unterschied zwischen einem autoritären „starken Staat“ und einem faschistischen System.

### Was falsch ist an der „Faschisierungs“-Behauptung

zu 1. Tatsächlich ist der Übergang zum Faschismus **keine** schleichende Entwicklung, **kein** schleichender Übergang, sondern ein Bruch. Das ist durchaus keine neue Erkenntnis, sondern nur eine offenbar weitgehend in Vergessenheit geratene.

Unter linken Faschismus-Forschern dürfte bei allen Differenzen Einigkeit darüber bestehen, dass Ernest Mandel Recht hat mit dem, was er 1971 in seiner Einleitung zu Trotzki's „Schriften über Deutschland“ schrieb:

„Der Faschismus ist nicht bloß eine neue Etappe der Stärkung und Verselbstständigung der Exekutive des bürgerlichen Staates. Er ist nicht bloß die ‚offene Diktatur des Monopolkapitals‘. Er ist eine besondere Form der ‚starken Exekutive‘ und der ‚offenen Diktatur‘, die sich durch völlige Zerschlagung sämtlicher Arbeiterorganisationen – auch der gemäßigten, sicher der sozialdemokratischen – kennzeichnet. Es ist der Versuch, durch völlige Atomisierung der Werktätigen jegliche Form des organisierten Klassenkampfes, der organisierten Selbstverteidigung und der Lohnabhängigen, gewaltsam zu verhindern.“ (Mandel: „Trotzkis Faschismustheorie“, in Leo Trotzki: „Schriften über Deutschland“, Frankfurt am Main, 1971, S. 32) Um das durchsetzen zu können, braucht der Faschismus eine aggressive, gewalttätige Massenbewegung.

zu 2. Es besteht ein qualitativer Unterschied zwischen einem bürgerlich-parlamentarischen System und einem faschistischen System. Dazu führte 1932 Trotzki aus (in: „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“):

„Zwischen Demokratie und Faschismus besteht ein Gegensatz. Er ist durchaus nicht ‚absolut‘ oder, um in der Sprache des Marxismus zu reden, bezeichnet durchaus nicht die Herrschaft zweier unversöhnlicher Klassen. Aber er kennzeichnet verschiedene Herrschaftssysteme ein und derselben Klasse.“ (Trotzki, S. 193) Trotzki schreibt zusammenfassend:

„Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarische und faschistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar: sie nimmt zu diesem oder jenem Zuflucht in Abhängigkeit von den historischen

Bedingungen ... Die Reihe ist an das faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen‘ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen.“ (Trotzki, S. 194)

zu 3. Es besteht ein qualitativer Unterschied zwischen einem autoritären „starken Staat“ und einem faschistischen System.

Der „starke Staat“ kann zwar – und er tut es – „Gewalt und Repression einsetzen und der Arbeiterbewegung oder radikalen Gruppen schwere Schläge versetzen“, aber er ist nicht fähig zu dem, was der Faschismus leistet: „die Arbeiterorganisationen zu vernichten und die Arbeiterklasse zu atomisieren“ (Mandel: „Trotzkis Faschismustheorie“, S. 47).

Faschismus ist kein „starker Staat“, sondern „ein radikal autoritärer, terroristischer imperialistischer Staat, der die systematische Anwendung von Gewalt gegen seine – tatsächlichen, vermeintlichen oder angeblichen – Feinde im Innern wie im Ausland sozusagen institutionalisiert, ideologisch rationalisiert und zur Staatsdoktrin erhebt.“ (Mandel: „Der Zweite Weltkrieg“, Frankfurt am Main 1991, S. 239)

### Was droht heute?

#### Aktuell keine Zerschlagung der Arbeiterbewegung erforderlich und in Sicht

Die bürgerliche Gesellschaft braucht zwar Autoritarismus, aber keine faschistische Massenbewegung, und die ist auch nicht in Sicht. Zur Begründung nochmal ein paar Zitate aus der Potsdamer ISO-Broschüre „Warum ist die AfD gefährlich?“:

„In der aktuellen Situation gibt es vor allem zwei Gründe, warum das deutsche Bürgertum auf mittlere Sicht nicht auf die Karte einer faschistischen Machtergreifung setzt:

Zum einen sprechen gegen einen solchen Weg heute ökonomische Faktoren: die Verflechtung der Weltwirtschaft, vor allem aber die Bedeutung der deutschen Exportindustrie. Diese würde durch einen Prozess faschistischer Machtergreifung massiv behindert.

Zum anderen hat es die herrschende Klasse in Deutschland nach wie vor nicht mit einer starken, klassenkämpferischen Arbeiter\*innenbewegung zu tun, die (für die Bourgeoisie eine Gefährdung ihrer Macht darstellte und) durch ein faschistisches Regime zerschlagen werden müsste. Deshalb hat die herrschende Klasse aktuell keinen „Bedarf“ an einer faschistischen Machtergreifung ... Und so ist die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung in

Deutschland nicht akut. (Dies ist keine Entwarnung vor den heutigen Folgen und Zielen der AfD.)“

### **Das zentrale Problem heute**

„Das Problem heute ist die Gewöhnung an die Präsenz einer faschistoiden Partei, die sich stark im Aufwind befindet. Die aktuelle hauptsächliche Bedrohung durch die AfD liegt in der zunehmenden Enttabuisierung und der Verbreitung von tief reaktionären Ideologien, die es den bürgerlich demokratischen Parteien leichter macht, reakti-onäre Maßnahmen ohne großen Widerstand zu propagie-ren und umzusetzen.

Die unmittelbare Gefahr, die die AfD darstellt, liegt hauptsächlich in der zunehmenden Änderung der Regie-rungspolitik (auch wenn die AfD nicht an der Regierung ist) in Richtung Autoritarismus (Beschneidung gewerk-schaftlicher Rechte im Betrieb und außerhalb), Militarisie-rung, Abbau sozialer Sicherungssysteme. Die bürgerlichen Parteien werden sich nicht scheuen, weiterhin Teile des AfD-Programms selbst umzusetzen.

Eine weitere aktuell reale Gefahr, die von der AfD ausgeht, liegt darin, dass sie die faschistischen Gruppen unterstützt, die mit ihren terroristischen Aktivitäten (etwa mit ihren Anschlägen auf Sammelunterkünfte, aber auch mit ihren Angriffen auf Linke und auf andere Alternative) Menschen mit Gefahr für Leib und Leben bedrohen ... Dadurch wird der Ruf nach dem „starken Staat“ lauter, was es der Regierung erleichtert, Bürgerrechte zu beschneiden.“

### **Welche weitere Entwicklung ist möglich?**

„Die Herrschenden könnten eine Verschärfung ihrer Klas-senpolitik – nicht zuletzt aufgrund der politischen Schwä-che der Gewerkschaften – ohne einen Regimewechsel in Richtung Faschismus erreichen. Eine verschärfte „Si-cherheitspolitik“ (schärfere Polizeigesetze usw.) und mehr Autoritarismus und Militarismus ließen sich ohne faschis-tische Massenbewegung und sogar besser (und leichter?) umsetzen. Die Rechtsentwicklung mit dem Abbau sozialer Sicherungssysteme und der Beschneidung von Bürger-rechten (wie das heute etwa in der Türkei und zunehmend in Ungarn, in Italien, den USA usw. zu erleben ist) könnte weitergehen und stünde sicherlich auf dem Programm der Herrschenden. Auch eine Beschneidung des Streikrechts dürfte unter den Herrschenden weiter diskutiert werden und könnte sich durchaus umsetzen lassen, wenn der Wi-derstand schwach bleibt.“

Diese – mögliche – Entwicklung wäre keine zuneh-mende „Faschisierung“ – ihr Ergebnis wäre kein faschisti-

scher Staat, sondern eine autoritäre bürgerliche Demokra-tie, ein „starker Staat“.

### **Fazit**

Wer heutzutage von „Faschisierung“ spricht, warnt zwar davor, dass die Gesellschaft der BRD sich zu einer faschisti-schen Gesellschaft entwickle. Doch mit dieser Begrifflich-keit werden die qualitativen und politisch wichtigen Unter-schiede zwischen parlamentarischen Demokratien, einem „starken Staat“ und einem faschistischen Herrschaftssystem ignoriert bzw. verwischt.

Auch ist es keineswegs erhellend, eine Vielzahl von Ereignissen als zunehmende „Faschisierung“ moralisch zu verurteilen, dabei aber im Dunklen zu lassen, wer denn da konkret „faschisiert“.

### **Worauf kommt es an?**

Erstens müssen die Analysen der gesellschaftlichen Prozesse, der Interessen der verschiedenen Klassen und der Kräfte-verhältnisse vorangetrieben werden. Dabei muss deutlich gemacht werden, wer die Opfer und wer die Täter dieser Prozesse und vor allem der staatlichen Politik sind. Diese Analysen müssen in eine Form gebracht werden, die auch für politisch nicht aktive Menschen gut nachvollziehbar sind.

Zweitens muss verdeutlicht werden, dass gegen Rechts nur linke Politik hilft, also eine aktive, klassenkämpferi-sche Politik, die sich an den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung und aller unterdrückten Schichten ausrichtet. Hier sind in erster Linie die Gewerkschaften gefordert. Sie müssen mit diesen Aufgaben konfrontiert werden. Aber es darf nicht darauf gewartet werden, bis die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Der Widerstand muss praktisch angegangen werden: auf der Straße, am Stammtisch, in der Schule, am Arbeitsplatz. Überall dort, wo rechtes Gedankengut (auch und gerade in der Migrationsfrage) auftaucht, müssen wir dagegenhalten und die Zusammenhänge und die Folgen einer Stärkung der autoritären Politik aufzeigen.

Letztlich entscheidend wird sein, dass mit klassenkämp-ferischer Politik eine reale, machbare und attraktive Alterna-tive sichtbar wird, eine, für die zu kämpfen sich lohnt. Nur damit kann den Rechtsradikalen die Anziehungskraft und das Rekrutierungspotential entzogen werden.

1 Bestellbar per e-Mail über die ISO-Ortsgruppe  
Potsdam@intersoz.org



# DIE AFD VERBIETEN?

## KEIN VERTRAUEN IN VERFASSUNGSSCHUTZ UND BÜRGERLICHE JUSTIZ

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) erlebt gerade ein Allzeithoch in den Umfragen zu Parlamentswahlen, bei kommunalen Wahlen zu exekutiven Ämtern und auch bei der Mitgliederrekrutierung.

■ **Thies Gleiss**

In einigen Wahl-Umfragen erreicht die AfD mittlerweile den Spitzenplatz. Zusammen mit denen, die CDU/CSU wählen, erreichen die Wählerinnen und Wähler der AfD mehr als die Hälfte aller Stimmen.

In einem Beschluss der „Internationalen Sozialistischen Organisation“ (ISO), der Organisation der Vierten Internationale in Deutschland vom Sommer 2023 heißt es:

„Der Aufschwung der Rechten geht einher mit einer Zunahme an rassistischen Übergriffen und Anschlägen gegen Migrant:innen und Einrichtungen für Migrant:innen, sowie mit Attacken gegen Linke und Menschenrechtsinitiativen ebenso wie gegen queere Menschen und Personen mit Behinderungen. Er stellt eine große Bedrohung und Herausforderung für die gesamte Linke dar. Wir sind mit allen Opfern dieser rechten Politik solidarisch und setzen uns für gemeinsame Schutzabkommen unter linken und gewerkschaftlichen Kräften ein.

Der gesellschaftliche politische Diskurs wird insgesamt nach rechts verschoben.“

Das wurde in allen Parlamentswahlen seitdem bestätigt, einschließlich der Bundestagswahl vom Februar 2025. In der konkreten Politik versuchen die bürgerlichen Parlamentsparteien CDU, CSU, SPD, GRÜNE, FDP und als jüngste Parteigründung die Rechtsabspaltung von der LINKEN das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ der AfD dadurch Stimmen wegzunehmen, dass sie deren politischen Forderungen und Ziele zu ihren eigenen machen. Das trifft vor allem auf die Vertreibungs- und Begrenzungs-

politik gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie geflüchteten Menschen zu. In den – auch von der Europäischen Union verfolgten – migrationspolitischen Maßnahmen gibt es die ganz große Koalition in Deutschland, allein die LINKE steht gegen diese Politik.

Die AfD ist mit ihrer Zielsetzung, die alten bürgerlichen Parteien vor sich herzutreiben, sehr erfolgreich, was ihr immer neuen Zustrom an Wählerinnen, Wählern und auch Mitgliedern verschafft.

Im Beschluss der ISO heißt es weiter: „Die Debatte über Integration der AfD in das Regierungsgeschäft wird beständig zunehmen. Die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit der AfD auf kommunaler und bald auch Landesebene wird von der heutigen Ausnahme immer mehr zu einer Regel werden. Das muss von der ISO regelmäßig entlarvt und bekämpft werden.“

Auch das ist bis heute Realität. Es gibt höchstens noch eine taktische „Brandmauer“ zur AfD, die bei weiter wachsenden Problemen, arbeitsfähige Regierungen auf Landes- und Bundesebene zustande zu bringen, immer wieder in Frage gestellt wird.

Und schließlich fasst die ISO ihre Taktik so zusammen: „Es gibt keine Gemeinsamkeiten zwischen der AfD und der Linken. Die ISO lehnt jedes Zusammengehen mit der AfD in gemeinsamer Propaganda gegen die Regierungspolitik ab. Wir unterschreiben keine gemeinsamen Appelle, wir unterstützen nicht parlamentarische Initiativen und Anträge. Wir lehnen ebenso eine Taktik ab, gemeinsame

linke Aufrufe und Initiativen so zusammenzustreichen und zu entpolitisieren, dass angeblich auch rechte Kräfte mitmachen können. Auch mit Organisationen, die zu Propagandablöcken mit AfD bereit sind, arbeitet die ISO nicht zusammen.

Wir treten für breite Aktionseinheiten ein, die unzweideutig keinen Widerspruch zu unseren Positionen erzeugen. Wir rufen dazu in der Regel mit eigenen Aufrufen der ISO oder uns sehr nahe verbundener Partner:innen auf.

Kommen zu diesen Aktionen auch Unterstützer:innen der AfD, so werden wir verhindern, dass sie AfD-Banner und -Materialien verteilen. Das muss über Ordnerdienste und ähnliche Absprachen im Vorfeld geklärt werden.

Ohne solche Erkennungsmerkmale werden wir keine Ausschlussmaßnahmen oder Gesinnungsprüfungen bei Teilnehmer:innen an von uns mitorganisierten Aktionen durchführen.“

### **Eine Großpartei mit Masseneinfluss verbieten?**

Als zusätzliche Maßnahme gegen die AfD wird verstärkt über ein Verbot der Partei diskutiert. Die Regierungsparteien verlassen sich dabei auf konspirativ zusammengetragene Informationen, ob die AfD „rechtsextrem“ ist. Eine durch das sogenannte Parteienprivileg geschützte Organisation kann in Deutschland nicht per Order des Innenministers, sondern nur durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden. In der Vergangenheit hat dieses Gericht wiederholt entschieden, dass geheimdienstliche Erkenntnisse, insbesondere dann, wenn sie durch V-Leute des Verfassungsschutzes in den Reihen der betreffenden Partei gesammelt wurden, nicht ausreichen, um ein Verbot zu erlassen. Dennoch setzten die Regierungsparteien überwiegend nur auf solche Vorermittlungen des Verfassungsschutzes.

Der hat jetzt in einem 1200 Seiten umfassenden Bericht, der mittlerweile auf illegalen Wegen veröffentlicht wurde, aber eigentlich als Verschlusssache gilt, festgestellt, dass die AfD „gesichert rechtsextrem“ ist. Hauptelement dieses „Rechtsextremismus“ ist laut Verfassungsschutz-Dossier ein „völkischer Begriff von Nation“, der grundgesetzwidrig sei. Es würde dadurch eine dauerhafte Bedrohung gegenüber nicht-deutschen Bürgern geschaffen.

Grundlage dieser Erkenntnis des Verfassungsschutzes sind detaillierte Auswertungen von Artikeln, Flugblättern und Reden aus den Reihen der AfD – also alles öffentlich zugängliches Material.

Auf diesem Wege wurden bisher schon einzelne Gruppen innerhalb der AfD (vor allem ihr Jugendverband, der

inzwischen aufgelöst und neugegründet wurde) und Landesverbände als „rechtsextrem“ eingestuft. Diese Einstufung ist noch nicht ausreichend für ein Verbot, wohl aber für Maßnahmen unterhalb des Verbotes wie Beschneidung von öffentlichen Geldern, Räumen, Werbezeit usw.

Nach dem Scheitern des zweiten Verbotsverfahrens gegen die NPD (was vorrangig wegen der mittlerweile gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit der NPD verworfen wurde) wurde das Grundgesetz dahingehend geändert, dass die staatliche Parteienfinanzierung für als „verfassungswidrig“ eingestufte und entsprechend gerichtlich eingeordnete Parteien zeitweilig begrenzt werden darf.

Einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht können Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat einreichen. Es gibt eine Initiative für einen entsprechenden Antrag an den Bundestag, der von genügend Abgeordneten aus SPD, CDU, GRÜNEN und LINKEN unterstützt wird, dass er behandelt werden muss. Offiziell sind die Parteiführungen von SPD und CDU/CSU gegen einen solchen Verbotsantrag.

### **Eine Massenpartei verbieten?**

Eine Partei mit 15–20 Millionen Wähler:innen und 52 000 Mitgliedern lässt sich nicht per Verbot bekämpfen. Nur eine breite Kampagne, die den rechten Inhalten und Praktiken eine linke Gegenkultur und -politik entgegenstellt, wird die rechte Gesinnung aus den Köpfen und Herzen der Menschen vertreiben können.

Wenn es eine glaubwürdige und politisch nützliche Referenzinstanz zur Bewertung der „Alternative für Deutschland“ gibt, dann ist es ganz sicher nicht der bundesdeutsche Verfassungsschutz. Dessen bis in jüngste Tage dokumentierte Geschichte zeigt deutlich: Dieser Inlandsgeheimdienst ist nicht die Lösung zur Bekämpfung der AfD und des Aufschwungs der Rechten, sondern ein gravierender Teil des Problems.

Es ist kaum zu glauben, aber in den digitalen Foren gibt es tatsächlich Leute, die meinen, der Verfassungsschutz sei eine demokratisch legitimierte Institution, ja sogar solche, die vermuten, der VS wäre eine Unterabteilung des Verfassungsgerichtes in Karlsruhe.

Der Verfassungsschutz ist ein schnöder Geheimdienst, der im Verborgenen schnüffelt, um die gesellschaftliche Herrschaft der Herrschenden abzusichern. Er hat ein strukturelles Problem mit Rassismus, er ist gewerkschaftsfeindlich und Gegner der sozialistischen und Arbeiter:innenbewegung. Er ist auf dem rechten Auge blind und sieht auf dem linken wahlweise doppelt

oder nur sein Spiegelbild. Er lebt von seiner Unkontrollierbarkeit, man kann ihm nicht – so wie es einige Regierungssozialist:innen der LINKEN mal versprochen – das Geheime nehmen. Man kann ihn nur auflösen, und tut der Gesellschaft in jeder Hinsicht damit einen Gefallen.

Um den politischen Charakter der AfD und anderer rechter Formationen einzuschätzen, zu beobachten und zu bekämpfen, braucht es den Verfassungsschutz nicht. Er stört dabei nur. Es braucht eine breite aufgeklärte Zivilgesellschaft, wachsame demokratische Selbstorganisationen und auch Selbstschutzeinrichtungen für die Linke und Arbeiter:innenbewegung. Es braucht ein lebendiges Geschichtsbewusstsein und eine Wissenschaft, die ihm dient.

In diesem Sinne ist das 1200 Seiten dicke „Gutachten“ des Verfassungsschutzes, das die AfD als „gesichert rechtsextrem“ einschätzt, weniger wert als die „Kundenreferenzen“ am Ende der Produktdarstellung bei Amazon oder Zalando im Internet.

Im schlechten Fall wird dieses „Gutachten“, zu dem „Schlechtachten“, das sich die AfD wünscht, um ihre Märtyrerrolle und Prozesshanserei zu zelebrieren, und das die „Gemeinschaft der Demokrat:innen“, die heute nichts anderes kennt, als die von der AfD geforderte Politik vorseilend schon mal umzusetzen, als Gewissensberuhigung ebenfalls gut gebrauchen kann.

Die AfD ist in ihrer Kernabsicht der parlamentarische Arm einer breiten gesellschaftlichen neofaschistischen Bewegung. Da, wo es schon geht, wird die außerparlamentarische Praxis, die Politik gegen Linke, Gewerkschafter:innen, Feministinnen, queere Leute, verschärft und mit dem parlamentarischen Auftreten verzahnt. Da, wo das noch nicht geht, oder wo taktische Zurückhaltung erforderlich ist, ist die gesamte Partei – nicht nur ein „Höcke-“ oder anderer „Flügel“ – in einer präfaschistischen Wartestellung.

Die AfD – und zwar gleichermaßen Mitgliedschaft und Wähler:innen – ist schon lange keine Gemeinschaft von Enttäuschten, Protestierenden, Wutbürger:innen, verlorenen Schafen usw. mehr. Sie ist mittlerweile die strategisch und organisatorisch wahrscheinlich meist gefestigste Partei in Deutschland. Sie ist nicht Abfallprodukt des Rechtrucks, sondern sie ist der gesellschaftliche Rechtsruck.

Gegen Rechts hilft nur Links! – der Aufbau einer politischen Einheitsfront gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck, eine wirklich alternative Politik der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität. Eine Politik, die dem Klassenkampf von oben und seiner Unterstützung

durch ihre Deklassierung fürchtende Mittelschichten einen konsequenten Klassenkampf von unten entgegenstellt.

Eine Verbotskampagne gegen die AfD bindet viele Kräfte und lenkt die Auseinandersetzung immer auf juristische Expertenkreise und in geschlossene Zirkel. Jahrelang wird auf Abwarten und Hin-und-her-Abwägen orientiert.

Aber es gibt viele Institutionen und Personen, die sich eine andere Ebene der Auseinandersetzung mit der AfD nicht vorstellen können. Dann soll eine solche Verbotskampagne halt geschehen, ein Verkämpfen lohnt sich an dieser Frage nicht. Aber die gesellschaftliche Linke sollte sie immer mit ihrer eignen Kampagne „Gegen Rechts hilft nur Links“ unterstützen. Das gilt vor allem für die Gewerkschaften, in denen eine breite und intensive Debatte über die AfD geführt werden muss, damit die erschreckende Tatsache, dass überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder die AfD wählen, ein Ende findet.

07.06.2025



# KRISE UND EMPIRE

Die Politik der US-Administration unter Trump ist nicht das Produkt eines abgedrehten Wirrkopfs, sondern eine spezifische Form imperialistischer Politik, um auf den drohenden Machtverlust der USA zu reagieren.

■ Jakob Schäfer

Ohne jeden Zweifel hat sich die allgemeine Weltlage innerhalb weniger Monate deutlich verändert. Zwar konnten sich die anderen Regierungen schon monatelang auf Trumps neue Amtszeit einstellen (er hat aus seinem Kurs nie einen Hehl gemacht), dennoch sind Politiker, Medien und auch viele Linke ratlos und können die neuen Verhältnisse nicht schlüssig einordnen. Ein typisches Beispiel ist der Erklärungsversuch für Trumps Russlandpolitik, wenn dabei mit der Wesensähnlichkeit der Charaktere dieser Autokraten argumentiert wird. Die Politik der neuen US-Regierung ist jedoch kein gedankenloser Wirrwarr, sondern wird von strategischen und taktischen Überlegungen beherrscht, in dem Fall also von der Frage, wie die USA es erreichen können, dass Russland nicht noch enger an China (den Hauptfeind der USA) heranrückt. Das Zweckbündnis der USA mit Russland (keine Zusatzzölle für Russland und das Bestreben, eine Waffenruhe in der Ukraine hinzubekommen) kann sich gegebenenfalls sehr schnell auflösen, wenn es der US-Regierung opportun erscheint. Am 21. Februar d. J. bezeichnete die US-Administration Russland als einen „foreign adversary“<sup>41</sup> (einen ausländischen Gegner).

Das taktische Zugehen auf Moskau erklärt sich neben der strategischen Frage (s. o.) vor allem aus Folgendem: Zum einen ist seit mindestens anderthalb Jahren klar, dass die Ukraine ohne eine unübersehbare Eskalation des US-Engagements den Krieg nicht gewinnen kann und deshalb das Verhältnis von Input und Output zunehmend ein Minusgeschäft wird. Zum anderen können die USA sich den Zugriff auf die ukrainischen Rohstoffe (vor allem Seltene Erden) nur sichern, wenn die Waffen schweigen. Für den dafür erforderlichen Deal, den die US-Regierung der ukrainischen Regierung aufzwingen will, ist dem Autokraten Trump jedes Arran-

gement mit Putin recht. Es ist jetzt eine Frage der Taktik, wie die Verhandlungen mit dem Kreml vorankommen. Ein Scheitern liegt nicht im Sinne der US-Strategie. Dies weiß Putin und deshalb spielt er auf Zeit, um das Ausmaß der Zugeständnisse (vor allem in der Frage ausländischer Truppen in der Ukraine) zu erhöhen. Ein längerer Waffenstillstand oder gar ein Ende des Kriegs ist ohne eine vertragliche Festlegung, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wird, nicht vorstellbar.

## Relativer Abstieg der USA

China und Indien hatten in den 1970er Jahren gemeinsam einen Anteil von 5 Prozent am Welthandel. Bei den Warenexporten ist der Anteil der USA seit den 1970er Jahren von 12,2 Prozent auf 9,4 Prozent (2024), der Anteil Europas (also mehr als nur der EU) von 51 auf 37 Prozent gefallen.<sup>2</sup>

Noch aussagekräftiger als der Welthandel sind die Zahlen des kaufkraftbereinigten BIP. Die BRICS-Staaten ohne ihre Erweiterungen<sup>3</sup> haben heute einen Anteil am kaufkraftbereinigten Welt-BIP von 35,8 % und werden nach Schätzung des IWF 2029 einen Anteil von 38,2 % haben. Der Anteil der G 7 wird im gleichen Zeitraum von 29 % auf 27 % sinken. Chinas Anteil wird nach der gleichen Schätzung von 18,75 auf 19,64 % steigen, der Anteil der USA von 15,05 % auf 14,26 % sinken.

Und mindestens genauso wichtig ist, dass selbst in der Hochtechnologie die USA an Boden verlieren, wenn man von wenigen Bereichen der Cybertechnologie und verwandter Sektoren absieht. Der US-Anteil an den weltweiten Ausfuhren von Gütern der Hochtechnologie hat sich von fast 18 Prozent Ende der 1990er Jahre auf heute rund 9 Prozent halbiert. (Japans Exporte brachen im gleichen Zeitraum von

12 auf 4 Prozent ein, während sich Europa bei einem Weltmarktanteil von etwa 13 Prozent halten konnte.) Chinas Anteil in diesem Sektor stieg innerhalb von 20 Jahren von 2 auf 17 Prozent. In den 1980er Jahren machten die Investitionen in den USA noch 5 Prozent der Weltwirtschaftsleistung (Welt-BIP) aus, heute sind es nur noch 3 Prozent.

Seit über einem Jahrzehnt sind die USA vor allem mit der rasant wachsenden Wirtschaftsmacht China konfrontiert, aber auch mit einer hohen Staatsverschuldung, die die Handlungsfähigkeit des US-Imperialismus mittel- bis langfristig gefährdet.

### Kein isolierter Narr

Trumps Politik stützt sich auf eine inzwischen weitgehend homogenisierte Republikanische Partei und die dahinterstehenden Thinktanks. Diese Strömungen (nicht zuletzt die Tea Party) haben im Verlauf der letzten 20 Jahre zunehmend an Einfluss gewonnen, auch wenn sie nicht alle Teile des US-Kapitals repräsentieren. Wichtige Teile favorisieren eine andere Strategie vor allem im Verhältnis zum Ausland, aber sie haben eben nicht die politische Macht, die die Republikaner sich mit einer populistischen Strategie bei den Wahlen sichern konnten.

Die Republikaner in den USA, allen voran Stephen Miran, der inzwischen zum Vorsitzenden des Council of Economic Advisors ernannt wurde und Trumps wichtigster Berater ist, sehen in der seit mehr als 20 Jahren laufende Deindustrialisierung des Landes eine Schwächung der nationalen Sicherheit. (Die USA haben 2024 für 1 Billion Dollar mehr Waren importiert als exportiert.) Schließlich werde damit die finanzielle, aber auch die technische Kapazität der USA beeinträchtigt und darunter leide längerfristig auch ihre militärische Macht. Diese sei aber letztendlich der Garant für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Macht.

Miran vertritt in diesen Kreisen keine isolierte Position, sondern die Mehrheitsmeinung der Republikaner, vor allem bei der Frage, wie es am besten zu schaffen ist, die seit der Wirtschaftskrise 2007/2008 deutlich hervortretende Schwächung der US-Dominanz aufzuhalten und den Aufstieg der BRICS-Staaten, vor allem Chinas, zu bremsen. Oberstes Ziel der US-Regierung ist es deshalb, mit aller Macht eine Reindustrialisierung des Landes voranzutreiben. Die Importzölle zu erhöhen ist deshalb ein wichtiges Standbein der neuen US-Politik. Ganz unmittelbar wird dies zwar nicht die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie steigern, aber es schafft Verhandlungsmasse, um auf anderen Gebieten Zugeständnisse zu erzwingen. Die anderen Länder sollen ihre Zölle abbauen, oder – was noch wichtiger ist – ihre Währungen aufwerten.

Bereits vor der Wahl hatte Trump angekündigt, die Zölle kräftig anzuheben, und zwar für China auf 60 %, alle anderen um mindestens 10 %.

Effektiv lagen die US-Importzölle bis Anfang 2025 bei 3 %, in Europa bei 5 % und in China bei 10 % (dies alles sind Durchschnittswerte). Schon 2018–2019 unter Trump waren die Zölle erhöht worden, gefolgt allerdings von einer weiteren Aufwertung des Dollars (was zwar zu beträchtlichen Einnahmen des Finanzsektors führte, aber die US-Exportindustrie behinderte). Schließlich hatte die Abwertung der chinesischen Währung gegenüber dem Dollar zur Folge, dass chinesische Konsumenten weniger US-Waren kauften. Mit solcherlei Maßnahmen (mäßige Erhöhung der Importzölle) war das Problem also nicht zu meistern.

Das Grundproblem für die US-Wirtschaft liegt allerdings auf einer anderen Ebene und ist auch mit einer protektionistischen Wirtschaftspolitik nicht zu lösen. In der Tat nämlich ist der Dollar seit langem überbewertet, was den Verkauf amerikanischer Waren drastisch erschwert. Die Überbewertung ist aber eine Folge der Tatsache, dass der Dollar für weite Teile der Weltwirtschaft die Leitwährung und gleichzeitig die mit Abstand wichtigste Reservewährung ist. Anleger (andere Staaten und ihre Zentralbanken, institutionelle Anleger und Privatpersonen) kaufen ständig Dollar (zur eigenen Absicherung, zur Absicherung von Warenkäufen, zur allgemeinen Reserve) und zwar in einem Maß, dem keine Gütertransaktionen gegenüberstehen. Der Dollar wird also quasi unbeschränkt nachgefragt und unterliegt deswegen nicht dem normalen Abwertungsmechanismus, der sich bei der Währung eines Landes ergibt, das ein Handelsbilanzdefizit aufweist. (Die USA haben – mit der Ausnahme von zwei Quartalen 1991 – seit 1982 permanent ein Handelsdefizit.)

Hinzu kommt: Die USA sind heute mit 36 Billionen Dollar verschuldet (das entspricht 126 % des BIP, das Haushaltsdefizit liegt heute bei 7 % des BIP). Staatsanleihen im Wert von 9 Billionen USD liegen in den Händen ausländischer Anleger (zurzeit werden zehnjährigen US-Staatsanleihen mit 4,25 % verzinst). Der Dollarkurs wird zum einen von der Zinspolitik der Fed (der US-Zentralbank) bestimmt, zum anderen aber (und zwar hauptsächlich) durch die Position des Dollars als Leit- und Reservewährung, nicht unerheblich auch dadurch gestützt, dass der US-Imperialismus immer noch dominant ist und das Land als sicherer Hafen gilt. Der Status der Reservewährung führt also ständig zu einem zweifachen Defizit, nämlich im Staatshaushalt und im Außenhandel. Unabhängig von den privaten Anlegern sind die ausländischen staatlichen Dollarreserven heute ganz beträchtlich: Eurozone 280 Mrd.; Schweiz 800 Mrd.; China 3 Billionen; Japan 1,2 Billionen,

Indien 600 Mrd.; Taiwan 560 Mrd.; Saudi-Arabien 450 Mrd., Korea 420 Mrd. usw.

Die USA sind also strukturell in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite sind sie darauf angewiesen, dass das ständig steigende Defizit im Staatshaushalt mit dem Geld ausländischer Anleger ausgeglichen wird. Auf der anderen Seite wollen die USA nicht die damit zwangsläufig einhergehende Aufwertung des Dollars haben, was die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Wirtschaft auf den internationalen Märkten gravierend schwächt. Hier kommt der Widerspruch in der US-Wirtschaft zum Ausdruck, auf der einen Seite die Interessen der Reichen und des Finanzsektors (denen eine Aufwertung des Dollars sehr wohl passt), auf der anderen Seite die des Industriesektors.

Dieses Dilemma ist nicht neu und wurde 1985 mit dem Plaza-Abkommen (zwischen den Ländern F, D, GB, Japan und den USA) für ein paar Jahre aufgefangen. Die beteiligten Länder, vor allem Deutschland und Japan, übten einen kontrollierten Einfluss auf die Währungsmärkte aus, um den Dollar vor allem gegenüber der DM und dem Yen abzuwerten. Eine Folge davon war übrigens, dass die japanische Wirtschaft für zwei Jahrzehnte in eine tiefe Krise geriet, weil die in der vorangegangenen Phase mächtig aufgebauten industriellen Kapazitäten plötzlich nicht mehr hinreichend ausgelastet werden konnten und viel Kapital vernichtet wurde. Eine Abwertung des Dollars würde allerdings auch die Inflation in den USA in die Höhe treiben.<sup>4</sup>

Eine vergleichbare Abwertung des Dollars wie in den 1980ern strebt die neue Regierung jetzt wieder an (nach Mirans Idee wird es inzwischen allgemein als das von der US-Regierung angestrebte Mar-a-Lago-Abkommen bezeichnet). Miran skizzierte sein Konzept schon letztes Jahr, darunter den Vorschlag, US-Staatsanleihen in sehr langfristige Anleihen (am besten über hundert Jahre) umzuwandeln, ohne dabei allerdings die Zinssätze flexibel zu halten. In aller Regel würden damit die Gläubiger nur verlieren. Das zweite Element eines solchen Projekts soll die Goldaufwertung sein, ein drittes ein NATO-Schuldentausch und – allem voran – die Einführung hoher Zölle.

Das größte Hindernis bei diesem Plan liegt an der größeren Komplexität des heutigen Welthandels, der nicht mit den 1980er Jahren zu vergleichen ist. Heute gibt es mehr große Akteure als damals, die Geldwirtschaft ist durch die allgemeine Deregulierung viel schwerer zu beeinflussen und vor allem: Politisch ist die Welt heute viel widersprüchlicher. Die anderen Akteure müssen für eine Dollarabwertung bis zu einem gewissen Grad mitspielen. In Zeiten geringerer

ökonomischer Spielräume kann man davon aber gerade nicht bzw. nur in den wenigsten Fällen ausgehen.

### Zwangsmittel

Aus all diesen Gründen kommt den Zwangsmitteln größere Bedeutung zu. Dazu setzt die Trump-Regierung auf zwei „Schirme“: Um das (befreundete) Ausland zur Sicherung der US-Reserven zu bewegen, verknüpfen die USA die Währungssicherheit mit dem Zurverfügungstellen von militärischer Sicherheit. In beiden Bereichen soll eine „Lastenteilung“ durchgesetzt werden. Wer also bei der Währungspolitik die USA unterstützt, darf damit rechnen, militärisch geschützt zu werden.

Um die Länder zur Mitwirkung zu bewegen, setzt die US-Regierung auf Zucker und Peitsche. Der „Zucker“ liegt im Hinweis auf die Stärke der USA: ein großer Markt, der sichere Hafen für Geldanlagen, die Stärke der (militärischen) Supermacht usw. Wer sich am Währungsschirm (Schirm zur Abwertung des US-Dollars) beteiligt, wird am militärischen Schutzschirm beteiligt, den die USA aufspannen. Das wichtigste Druckmittel der USA (die Peitsche) sind nun die Zölle. Ihre Höhe ist Verhandlungsmasse, wobei allerdings eines der Kennzeichen der neuen Regierung ist, dass sie keine auf längere Sicht verlässliche Abkommen schließt. Die Unzuverlässigkeit und die plötzlichen Wendungen lassen die anderen Regierungen zögern und erschweren den Abschluss von Vereinbarungen.

Hinzu kommt, dass der Hauptfeind der USA, nämlich China, zwar von den verringerten Importen der USA am stärksten betroffen ist, aber dieses Land verfügt ebenfalls über Druckmittel und hat viele andere Handelspartner. Diese anderen Länder müssen nun wählen, was ihnen wichtiger ist (bzw. weniger schlimm ist): Hohe Importzölle der USA oder hohe Importzölle Chinas. Allerdings: Auf kürzere und mittlere Sicht sind die USA besser in der Lage, einen Handelskrieg zu überstehen, als der Hauptfeind China.

Außerdem hat die US-Regierung noch andere Pfeile im Köcher. Sie erhöht den Druck, um ungehinderten Zugriff auf Grönland (von wegen der Bodenschätze) und auf die ausschließliche Kontrolle der Nordwestroute zu bekommen (mit dem Klimawandel wird diese Schifffahrtsroute immer wichtiger). Die Einnahmen des Panamakanals zu kassieren, kann ebenfalls dazu beitragen, das US-Haushaltsdefizit zu bändigen. Diese Vorhaben sind wichtige strategische Ziele und mehr als eine nebensächliche Vergrößerung des Hinterhofs der USA.

Warum ist die Bändigung des Haushaltsdefizits so wichtig? Das „Steuersenkungs- und Jobsgesetz“<sup>45</sup> läuft 2026 aus. Soll es fortgeführt werden, ohne das eh schon gewaltige Defi-

zit zu erhöhen, dann müssen in 10 Jahren 5 Billionen Dollar irgendwo herkommen. Hier können zwar die Zolleinnahmen helfen, aber nur zum Teil, zumal man nicht weiß, wie sich der Handelskrieg entwickeln wird und wie stark er auf die USA zurückschlägt (also bevor mit diesem Krieg China als Konkurrent niedergedrungen ist, was ja mehr als ungewiss ist).

Es gibt auch noch andere Zwangsmittel der USA: Aufgrund der nach wie vor dominanten Rolle der USA können sie nicht nur Individuen, sondern auch anderen Staaten Einschränkungen im Zahlungsverkehr auferlegen (SWIFT) oder etwa Guthaben einfrieren, um diese Länder zumindest in einem gewissen Umfang zu zwingen, sich der US-Politik zu fügen. Gleichzeitig steigt damit allerdings auch der Druck, alternative Zahlungssysteme einzuführen und andere Reservewährungen zu stärken (etwa CIPS in China).<sup>6</sup>

### **Verschiebung der Gewichte in der US-Politik**

Die neue Regierung hat zwar nur bedingt einen Kurswechsel im Vergleich zur Vorgängerregierung unter Biden vollzogen, aber die Verschärfung der protektionistischen Maßnahmen stellt doch einen qualitativen Sprung dar und kann – erst recht, wenn die Unberechenbarkeit anhält – zu einer deutlichen Vertiefung der Weltwirtschaftskrise beitragen. Selbst wenn es in absehbarer Zeit einige Korrekturen oder mehr Berechenbarkeit geben wird, so wird sich der grundlegende Kurs mit Sicherheit nicht ändern: Unter Trump 2.0. stehen im Gegensatz zur Biden-Ära mehr die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund, weniger die sogenannte Sicherheitspolitik mit all ihren unübersehbaren finanziellen Belastungen. Die anderen NATO-Staaten zu mehr „Verteidigungsausgaben“ zu bewegen, hat für die US-Regierung vor allem einen wirtschaftlichen Grund, denn auch weiterhin wird das Gros der militärischen Ausrüstung der EU in den USA zu bestellen sein (zurzeit sind es 63 %), auch wenn die EU dies mittelfristig ändern will. Die dadurch erzielten Profite in der US-Rüstungsindustrie sollen natürlich auch dazu dienen, in der Entwicklung von Militärtechnologie die Spitzenstellung zu bewahren.

Die Trump-Regierung setzt auf jeden Fall darauf, den Dollar als Leitwährung zu behalten. Nur so ist der Zufluss ausländischer Gelder zum ausreichenden Ankauf von US-Staatsanleihen zu gewährleisten, von der daraus abgeleiteten politischen Macht noch ganz abgesehen.

Die US-Konzerne – vor allem die digitalen Tech-Unternehmen – erfahren unter Trump eine besondere Förderung. Sie sollen die Speerspitze für die Durchdringung und Teilbeherrschung anderer Volkswirtschaften bilden, bzw.

bleiben. Dazu gehört auch die gezielte Förderung von KI, um die Hochtechnologien besser nutzen zu können.

Um all dies zu befeuern und den Dollarkurs zu senken, hat Trump den Zollkrieg eröffnet. Ob es damit zu einer wirklichen Reindustrialisierung der USA kommt, ist sehr zu bezweifeln, nicht zuletzt, weil die Globalisierung nur vergleichsweise minimal zurückgedreht werden kann und der Aufstieg der BRICS-plus auf diese Weise nicht aufzuhalten ist. Eine durchgängige militärische Beherrschung der gesamten Welt (um ihr den US-Willen aufzuzwingen) ist unrealistisch, was allerdings nicht heißt, dass damit die Kriegsgefahr nicht weiter steigt. Im Gegenteil: Wenn alle Staaten mächtig aufrüsten, dann will früher oder später die eine oder andere Macht, diese Mittel auch einsetzen. Das liegt in der Natur des dadurch gestärkten Militärs in diesen Ländern, aber auch an der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus. Wir wissen zum Beispiel nicht, welche Konflikte aus der expansiven Politik Chinas und den infrastrukturellen Abhängigkeiten, die sich aus der neuen Seidenstraße ergeben, noch erwachsen werden.

Der neue US-Weg hat durchaus einige Erfolgsaussicht für das US-Kapital, aber nur dann, wenn tatsächlich andere Staaten mindestens unter einen der beiden angebotenen „Schirme“ flüchten. Dennoch bleibt die Entwicklung und vor allem die Reaktion der BRICS-plus – unvorhersehbar. Eine tiefe Rezession der Weltwirtschaft für die Dauer von zwei bis drei Jahren ist durchaus ein realistisches Szenario.

Sicher sind auf absehbare Zeit die folgenden Leitplanken der Trump-Regierung 2.0:

- Es kommt zu einer schärferen Trennung zwischen Freund, Feind und „Neutralen“ in der Handelspolitik der USA. Danach entscheidet sich, wer unter welchen „Schirm“ kommt.
- Nicht nur die konkreten Positionen der US-Regierung im Zollkrieg (welche Sätze werden ab wann gelten) wechseln heute sehr schnell, sondern auch das konkrete Verhältnis zu diesem oder jenem Staat. Auch das lässt andere Regierungen heute zögern und macht multilaterale Abkommen extrem schwierig.
- Aggressive Staaten könnten sich ermutigt sehen, gegen Länder vorzugehen, die nicht unter dem US-Sicherheits-schirm sind. Damit steigt die Gefahr regionaler Konflikte. Und wer sagt, dass sie sich nicht ausdehnen können?
- Insgesamt werden die internationalen Märkte (nicht nur die Währungsmärkte) volatil. Auch deshalb werden die Bestrebungen zunehmen, andere Reservewährungen zu schaffen und andere Leitwährung zu stärken, die bisher nur regionale Bedeutung haben (sicher werden zumindest Gold und Kryptowährungen an Gewicht gewinnen).

Es kann sein, dass der Dollar in der ersten Phase sogar noch zulegt, bevor er wirklich wunschgemäß schwächer wird. Erst dann jedenfalls kann die US-Regierung ihrem Ziel näherkommen, den internationalen Handel neu zu strukturieren.

Nicht alle Teile des US-Kapitals unterstützen den Kurs der neuen Regierung, vor allem deswegen, weil heute aufgrund der komplizierten internationalen Lieferketten ein Zoll- und Handelskrieg keine sicheren Gewinner erwarten lässt.

### **Mangelnde Kapitalverwertung**

Ganz gleich, wie mit der US-Politik die Karten im internationalen Waren-, Geld- und Kapitalverkehr neu gemischt werden, ein Ausweg aus der kapitalistischen Krise wird damit nicht eröffnet. Es wird lediglich zu einer Umverteilung kommen, im günstigsten Fall ohne einen Gesamtverlust im Vergleich zu den Kapitalrenditen der letzten Jahre. Denn der innere Drang des Kapitals geht – aufgrund des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate – grundsätzlich in Richtung Marktausdehnung, deren fortgeschrittenste Form schließlich die Globalisierung ist. Der Protektionismus ist eine Verteidigungshaltung gegenüber stärker gewordenen Konkurrenten, aber keine Perspektive für die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Das Wirtschaftswachstum der EU lag 2023 bei 0,4 %, 2024 bei 0,9 % (Deutschland 2023: -0,3 %; 2024: -0,2 %). Auch in den BRICS-Staaten flacht sich inzwischen die Wachstumskurve ab, vor allem in China, das der größte Globalisierungsgewinner war und das von der neuen US-Politik am schärfsten getroffen werden soll.

Das Kapital hat aufgrund der international gestiegenen Konkurrenz große Probleme. Seit Jahren sinken die Profitraten, und zwar ganz im Einklang mit der Logik, die sich aus der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals ergibt.<sup>7</sup> Der Nachkriegsboom (Golden Age of Capitalism, in Deutschland wurde er als Wirtschaftswunder titulierte) war im Grunde eine Ausnahme für die Entwicklung des Kapitalismus. Aufgrund einer beispiellosen Kapitalvernichtung durch den II. WK und den Auswirkungen der dritten technologischen Revolution (Automation und Kybernetik) konnten damals für den Spätkapitalismus außergewöhnliche Profitraten erzielt werden. Laut Weltbank wuchs die Weltwirtschaft in den 1960er Jahren jährlich um 6,2 %. Heute sind es 3 bis 4 %. In Deutschland etwa wuchs die Wirtschaft in den 1950er Jahren jährlich im Schnitt um 8,2 %, in den 1960er Jahren um 4,4 %. Danach ging das Wachstum von Zyklus zu Zyklus weiter zurück.

Mit der Durchsetzung der neoliberalen Politik (v. a. mit dem Abbau von sozialen Sicherungssystemen) ab den 1980er Jahren konnte stellenweise eine leichte Profitsanierung erzielt werden, aber ab Mitte der 2000er Jahre verallgemeinerte sich die Krise (eine erste große Delle kam mit der Platze der Dotcom-Blase 2000 – 2002). Auch danach ließen die Effekte der neoliberalen Politik zunehmend nach und die Auswirkungen der mangelnden Kapitalverwertung schlugen zunehmend durch. Spätestens seit der Weltwirtschaftskrise von 2008/2009 können wir von einer langanhaltenden Krise des Kapitalismus sprechen. Sie wurde nur deswegen einige Jahre lang gedämpft, weil China mit aller Wucht in den Weltmarkt eintrat und für viele Konzerne zur verlängerten Werkbank wurde. Doch das konnte nur solange wirken, wie China technologisch noch nicht ausreichend aufgeholt hatte und den eigenen Markt noch nicht voll bedienen konnte.

All diese zeitweiligen Sondereffekte mit ihren begrenzten Wirkungen sind inzwischen verpufft. Neue große Märkte, die plötzlich den Weltmarkt vergrößern, gibt es nicht mehr. Der Kapitalismus ist somit auf lange Sicht am Ende seiner Möglichkeiten zur Steigerung der Profitraten angekommen. Angesichts der gewaltigen Produktionskapazitäten (Überakkumulation) werden die Schwierigkeiten zunehmen.

Auch eine Erhöhung der Mehrwertrate mittels erhöhter Auspressung der Lohnabhängigen (Kürzung der Löhne oder der Renten usw.) kann die Krise nicht lösen, denn dann fehlt die Kaufkraft, um die Waren in ausreichendem Maß zu kaufen. Es sind auch keine nachhaltigen technischen Umbrüche zu erwarten. Seit den 2000er Jahren steigt die Produktivität kaum noch oder gar nicht. Der Anteil des kapitalistischen Dienstleistungssektors ist in den Metropolen so hoch, dass der dort in der Industrie erzeugte Mehrwert auf zu viele Sektoren verteilt werden muss. Die Krise der Kapitalverwertung bedeutet natürlich nicht, dass das Kapital keine Profite mehr erzielt. Es hat nur eben zunehmend Schwierigkeiten, die erzielten Profite im bis dahin üblichen Maß gewinnbringend neu zu investieren.

Aus all diesen Gründen gewinnen die Propagandisten des Militärkeynesianismus an Boden und tragen zum Hochschrauben der Rüstungsaufträge bei. Somit haben wir zwei Ursachen für die wachsende Kriegsgefahr: So manche Mächte werden bestrebt sein, sich durch einen Krieg beispielsweise Bodenschätze unter den Nagel zu reißen oder für sie günstige Wirtschaftsabkommen durchzudrücken. Ein weiteres Moment steigender Kriegsgefahr ergibt sich aus den rasant wachsenden Waffenbeständen. Das zurzeit in der Rüstungsindustrie investierte Kapital wirft nur dann

gute und dauerhafte Profite ab, wenn diese Waffen und die Munitionsbestände periodisch ersetzt werden müssen.

### Welche Schlussfolgerungen für uns?

Ganz zweifellos ist die Politik der neuen US-Regierung im Kampf gegen den Klimawandel (verstärkte Förderung von Öl und Gas) oder bei der Unterstützung autoritärer Staaten und speziell der völkermörderischen Regierung in Israel ein größeres Hindernis als es die Vorgängerregierung war. In der Sozial- und der Kulturpolitik ist noch längst nicht das Ende der autoritären Maßnahmen erreicht.

Was bedeutet all dies für uns? Es wäre politisch höchst irreführend, in den Chor derjenigen einzustimmen, die eine Lösung der hiesigen wirtschaftlichen Probleme in einer Stärkung der EU sehen und meinen, mit entsprechenden protektionistischen Maßnahmen (etwa hohen Zöllen auf US-Waren) oder gar mit dem Aufbau einer „europäischen Verteidigungsindustrie“ sich des Drucks der US-Regierung erwehren zu können. Gerade in den Gewerkschaften ist diese falsche Position sehr verbreitet. Das wirkliche Übel ist nicht ein „durchgeknallter US-Präsident“, sondern die tiefe Systemkrise des Kapitalismus. Um dies breiteren Kreisen zu erläutern, müssen noch dicke Bretter gebohrt werden, zumal es darauf ankommt, an den jeweils vorhandenen Kenntnissen (und Bewusstseinsständen) anzuknüpfen, um in geeigneter Form die Funktionsweise des Kapitalismus und seine Krise zu erklären. Hier wirkt nicht zuletzt, dass es in den Gewerkschaften seit Jahren kaum noch Grundlagenseminare zur Vermittlung des Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital gibt. Ohne diese Grundkenntnisse wird es schwer, beispielsweise für eine Konversion der Rüstungsindustrie zu argumentieren. Zurzeit läuft die Konversion eher in die entgegengesetzte Richtung (von Autowerken zu Rüstungswerken).

Die wachsende Militarisierung in Deutschland und der EU wird zwar mit dem Ukrainekrieg befördert, ihre Ursachen liegt aber in der kapitalistischen Krise. Überhaupt müssen wir immer wieder neu eine zentrale Erkenntnis der Arbeiter:innenbewegung vermitteln und mit aktuellen Beispielen untermauern: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès). Es gilt also, in den Gewerkschaften und weit darüber hinaus, den Kapitalismus zu erklären und nicht zu meinen, wir könnten die Welt friedlicher machen, ohne die zentrale Aufgabe des Bruchs mit diesem System anzugehen.

### Nachtrag

Der Angriff Israels auf den Iran folgt zwar in erster Linie den Interessen der israelischen Regierung (und im Besonderen

denen Netanjahus), aber ganz ohne Zweifel war dies mit den USA abgestimmt. Die damit erzeugte militärische Schwächung Irans nutzte die US-Regierung mit ihrem Angriff vom 21. Juni, um der ganzen Welt zu zeigen, wer die unbezwingbare Supermacht auf der Welt ist und wem man sich besser fügen sollte, will man nicht selbst in Gefahr geraten. Das ändert noch nichts an dem Vorrang wirtschaftliche Überlegungen der US-Regierung gegenüber einer Strategie, die auf vielseitige militärische Interventionen in anderen Ländern setzt, aber es unterstreicht den Willen der US-Regierung, die schwächer gewordene wirtschaftliche Stellung der USA auch weiterhin mit militärischen Mitteln (auch „Schutzschilde“ genannt) zu verteidigen.

Zum Zeitpunkt, da diese Zeitschrift in den Druck geht, ist noch nicht absehbar, ob es nicht sogar noch zu einer Eskalation des Kriegs zwischen den USA bzw. dem Kampfbund USA-Israel und dem Iran kommt.

22.6.2025

**1** [https://en.wikipedia.org/wiki/United\\_States\\_foreign\\_adversaries](https://en.wikipedia.org/wiki/United_States_foreign_adversaries). Letzte Aktualisierung am 8.4.2025. Die Auflistung stammt vom 18.7.2024 und wurde in Bezug auf Russland am 21.2.2025 erneuert. Mögliche Strafmaßnahmen lassen sich also jederzeit daraus ableiten.

**2** <https://unctadstat.unctad.org/datacentre/dataviewer/US.GoodsAndServicesBpm6>; weitere Details unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/aussenhandel/welthandel.html>

**3** Dieses lockere Bündnis der Staaten Brasilien, Russland, Indien und China wurde 2006 gegründet und 2010 durch Südafrika erweitert. 2024 kamen Iran, Ägypten, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate und 2025 Indonesien hinzu. Deshalb spricht man heute von BRICS-plus.

**4** Siehe dazu die Ausführungen von Michael Roberts: <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/04/25/there-will-be-blood/>

**5** [https://en.wikipedia.org/wiki/Tax\\_Cuts\\_and\\_Jobs\\_Act](https://en.wikipedia.org/wiki/Tax_Cuts_and_Jobs_Act). Dieses Gesetz gilt seit 2018. Es führte zu beachtlichen Einsparungen der Firmen und hoher Einkommen, hatte aber kaum Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

**6** Der Euro kann den Dollar nicht ersetzen, vor allem weil der Anleihen-Markt in Europa zu zersplittert ist und der Anteil der Euroländer am Warenexport auf dem Weltmarkt noch mehr gesunken ist als der der USA, nämlich zwischen 2006 und 2023 von 32,6 % auf 29,05 %.

**7** Der vermehrte Ersatz lebendiger Arbeit durch tote Arbeit (also Maschinen) lässt die Mehrwertrate und darüber die Profitrate sinken. Mehr dazu in Karl Marx, *Das Kapital*, speziell im dritten Abschnitt von Bd. III.

# GEGEN AUFRÜSTUNG, KRIEG UND IMPERIALISMUS!

---

Angesichts der neuen Szenarien einer immer weiter verschärften europäischen Aufrüstung ist es dringender denn je, eine gemeinsame europäische Bewegung gegen die Militarisierung in Gang zu bringen.

■ **Gippò Mukendi Ngandu**

---

Wir stehen am Beginn einer neuen Ära. Trumps folgenreiche Rückkehr ins Weiße Haus stürzt die transatlantischen Beziehungen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben, in eine historische Krise. Die reaktionäre, republikanische Regierung versucht das neu geschaffene „geopolitische Chaos“ zu nutzen, um die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika durch einen autoritären Kurswechsel neu zu bestimmen. Sie setzt dabei auf ein Bündnis mit großen Hightech-Kapitalisten wie Elon Musk und auf eine Außenpolitik, in der das imperialistische Staatsinteresse im Vordergrund steht.

Angesichts dieser neuen Lage beschleunigen die Führungen der europäischen Staaten ihr Wettrüsten. Ursula von der Leyen hat der EU 800 Milliarden versprochen, Deutschland hat einen gigantischen Etat von 900 Milliarden Euro angekündigt, in Frankreich wird eine massive Erhöhung des Militärhaushalts auf mindestens 90 Milliarden pro Jahr erwartet und auch in unserem Land, in Italien, werden die geplanten Ausgaben von 32 Milliarden exponentiell ansteigen.

Der zunehmende Militarismus wird mithilfe der Kriegspropaganda über die „russische Bedrohung“ und mit Phrasen über die „europäischen Werte“ und die „Demokratie“ gerechtfertigt. Doch die Realität sieht ganz anders aus. Die europäischen Mächte, die den Völkermord in Gaza unterstützen, kritisieren Trumps brutales Vorgehen, handeln aber nach der gleichen imperialistischen Logik wie der amerikanische Präsident: Sie bereiten sich darauf vor, ihre Interessen und jene ihrer Unternehmen mit Gewehren und Kanonen zu verteidigen.

## **Militarismus, Nationalismus und Aufstieg der reaktionären Rechtsextremen**

Das unaufhörliche Wettrüsten ebnet den Weg zu einer Katastrophe für das gemeine Volk, die Jugend und die Umwelt. Zur Finanzierung der Wiederaufrüstung und zur Durchsetzung ihrer militaristischen Agenda machen sich die EU-Regierungen daran, die Lebensbedingungen der ausgebeuteten Klassen noch schärfer anzugreifen, die Umweltpolitik zurückzufahren und die demokratischen Rechte infrage zu stellen.

Das ist genau der Kontext, in dem die reaktionäre extreme Rechte an Boden gewinnen kann. Und dort, wo ihr das nicht gelingt, setzt sie die herrschenden bürgerlichen Klassen zunehmend unter Druck – in den USA wie in Italien, in Israel wie in Argentinien, in Russland wie in der Türkei, in Ungarn wie in Indien, in Frankreich wie in Deutschland. Die extreme Rechte macht aus ihrem „Willen zur Macht“ keinen Hehl. Sie verhöhnt sogar die typischen Formen der „bürgerlichen“ liberalen Demokratien und macht den Autoritarismus und die zentrale Stellung des Führers zum Kern ihrer Politik. Von großen Teilen der Bourgeoisie wird die extreme Rechte zunehmend hofiert. Denn wenn es darum geht, harte Sparmaßnahmen und Anpassungen durchzusetzen, um Profite zu erzielen, dient die extreme Rechte der Bourgeoisie als praktikable politisch-ideologische Lösung, um die Massenbewegungen mit eiserner Hand zu kontrollieren.

Trumps aggressives imperialistisches Gehabe über die Eroberung Grönlands, die Übernahme des Panamakanals und die Annektierung Kanadas muss im Rahmen dieser

Neuausrichtung verstanden werden, auch wenn es sich auf bestimmte historische Merkmale des klassischen US-Imperialismus bezieht; etwa auf die Monroe-Doktrin oder frühere republikanische Präsidenten wie William McKinley, der sich durch Protektionismus und territoriale Expansion der USA (Puerto Rico, Philippinen ...) auszeichnete. Der große Unterschied besteht darin, dass McKinleys imperialistische Expansion in der Aufstiegsphase der USA erfolgte, während Trumps Drohungen gewissermaßen eine Anerkennung der Grenzen der amerikanischen Macht sind und in einem Kontext des Niedergangs stattfinden. Trumps Aufstieg ist in Wirklichkeit ein Symptom einer neuen internationalen Situation, mit dem Aufkommen Chinas als konkurrierender Macht, die sich immer mehr auf ein Bündnis mit Russland einstellt. Gleichzeitig sehen wir den Aufstieg von Mittelmächten wie der Türkei und anderen Ländern des „globalen Südens“, die die regionale Dynamik nach ihren eigenen Interessen beeinflussen wollen und keinesfalls eine echte politische und soziale Alternative darstellen, wie es einige Teile der radikalen Linken in Italien und Europa leichtfertig behaupten. Der Kampf gegen die extreme Rechte muss internationalistisch, antimilitaristisch und solidarisch sein.

### **Historischer Aufschwung des europäischen Militarismus**

Die imperialistischen Regierungen Europas reagieren auf diese Krise, indem sie sich mit voller Kraft in den Militarismus stürzen – eine Wende, die bereits vor dem Ukraine-Krieg begonnen hat, sich nun aber weiter verstärkt. Mit Argumenten wie der „souveränen Unabhängigkeit“, der „Verteidigung der Ukraine“ und dem Schreckbild einer Invasion durch den „russischen Imperialismus“ und „Putins Nazismus“ bereiten die europäischen Mächte ein neues Wettrüsten vor, das von Konservativen, Sozialdemokrat\*innen, Grünen, Atlantiker:innen und Rechtsextremen enthusiastisch unterstützt wird.

Regierungen, Unternehmen, Journalist\*innen und Medien wiederholen unisono kriegstreiberische Parolen, die an die stürmischen Anfänge des 20. Jahrhunderts erinnern. Europa und seine Werte sollen verteidigt, die Rüstungsindustrie angekurbelt und die Schulen zur „Vaterlandsliebe“ angehalten werden. Außerdem will man neue Rekruten ausbilden, um die Armeen zu vergrößern. Sogar eine Wiedereinführung der Wehrpflicht wird gefordert. In Italien schreien Leute wie Scurati und Serra gemeinsam mit der Demokratischen Partei als größter Oppositionskraft, Europa sei in Gefahr, es stehe allein in einer feindlichen Welt und müsse aufrüsten. Alles sei die Schuld

von Trump und Putin: die USA hätten Europa im Stich gelassen und Russland habe Expansionsgelüste.

### **Der Militarismus der EU bestand aber schon vor dem Krieg in der Ukraine.**

In den 1970er-Jahren betonte Ernest Mandel in seinem wegweisenden Buch *Der Spätkapitalismus* die Notwendigkeit, die „permanente Rüstungswirtschaft“ in den Blick zu nehmen: „Seit dem Ende der Dreißigerjahre spielt die Produktion von Waffen eine gewichtige Rolle in der imperialistischen Wirtschaft. [...] Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, dass diese Tendenz zur permanenten Rüstungswirtschaft in absehbarer Zeit abgebaut werden wird. Somit haben wir es mit einem der Kennzeichen des Spätkapitalismus zu tun, das aus dem gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsprozess dieser Produktionsweise selbst erklärt werden muss.“ (Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus: Versuch einer marxistischen Erklärung*, Suhrkamp 1974)

Die permanente Rüstungswirtschaft ist nicht vorbei, auch in Europa nicht. Der Plan „ReArm Europe“ ist keineswegs wie ein Pilz im Wald aus dem Nichts aufgetaucht. Als der Plan entstand, ließ das Fehlen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik die EU zunächst wie einen friedliebenden Raum ohne militaristische Tendenzen aussehen. Solche Bestrebungen wurden eher den Nationalstaaten zugeschrieben. Die Militarisierung der EU-Länder begann aber schon ab 2010, also lange vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022. Innerhalb der NATO-Länder, stiegen die Militärausgaben, vor allem in Europa, von 162 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 214 Milliarden Euro im Jahr 2022, was einer schwindelerregenden Steigerung um 32 % entspricht.

Der Anstieg der Militärausgaben erfolgte sehr schnell, insbesondere in den baltischen Staaten und in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Slowakei, Ungarn, Rumänien, Polen). Der Großteil der Militärausgaben der EU konzentriert sich dabei auf wenige Staaten: Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und die Niederlande. Zusammengefasst sind diese Länder für 70 % der Militärausgaben der EU verantwortlich (Deutschland: 23,4, Frankreich: 20,9, Italien: 12,1, Polen: 6,6, Niederlande: 6,2). Bei den hochentwickelten Waffen führt Frankreich mit 71 % der europäischen Produktion, gefolgt von Deutschland mit 22 %.

### **Der Plan „ReArm Europe“**

Die Europäische Kommission hat mit Ausnahme des ungarischen Präsidenten und „Trumpisten“ Viktor Or-

bán dem 800 Milliarden Euro schweren Plan „ReArm Europe“ zugestimmt. Dieser Plan befreit die staatlichen Militärausgaben von der Defizitgrenze von 3 % des BIP (Sparverpflichtung des Stabilitäts- und Wachstumspakts) und beinhaltet neben anderen Maßnahmen auch kollektive Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro für die Rüstungsinvestitionen der Mitgliedstaaten, wodurch die Finanzierung des Militärs für private Investitionen geöffnet wird.

In Deutschland hat die künftige Koalitionsregierung aus Konservativen (CDU) und Sozialdemokraten (SPD) unter Friedrich Merz einen monumentalen, von Bundestag und Bundesrat genehmigten Aufrüstungsplan angekündigt – „Verteidigung um jeden Preis“. Der Plan beinhaltet Verfassungsänderungen zur Lockerung der Schuldenobergrenze sowie die Bereitstellung von Milliarden Euros zur Finanzierung der Verteidigung. Im Bundesrat wurde der Plan auch von einer Mehrheit der Abgeordneten der Partei Die Linke angenommen, was eine heftige Kontroverse auslöste.

In Italien gibt sich die Regierung Meloni, die zwischen Trump und von der Leyen schwankt, vorsichtig. Allerdings propagiert die italienische extreme Rechte in der Debatte über den Aufrüstungsplan einen eigenen spezifischen Vorschlag: die Schaffung öffentlicher europäischer Fonds, um private Investitionen in Verteidigung und technologische Innovation zu garantieren. Dieser neue Vorschlag würde den Instrumenten, die bereits in Ursula von der Leyens Plan „ReArm Europe“ vorgesehen sind, ein weiteres hinzufügen. Das Ziel besteht darin, den europäischen Unternehmen Anreize zu geben, damit sie stärker in den militärischen Sektor investieren.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass sich Italien bereits in einem Wettrüsten befindet: 2025 werden sich die Militärausgaben auf 32 Milliarden Euro belaufen, wobei 13 Milliarden allein für Waffen vorgesehen sind!

### **Neue Runde in der Sparpolitik und Wiederbelebung des europäischen Imperialismus**

Die Aufrüstung und der Ausbau der Waffenindustrie und des Waffenhandels in der EU zielen darauf ab, das BIP der Mitgliedstaaten zu steigern und wieder für hohe Profitraten von Unternehmen und Investor\*innen zu sorgen. Und wie zu erwarten war, geht die Aufrüstung mit einer verstärkten Verschuldungspolitik einher. Diese leitet mittelfristig eine neue Sparrunde ein und erzeugt die kollektive Vorstellung von einem bedrohten Europa, das nach den alten Mustern der „patriotischen Einheit“ reagieren muss.

Die EU – und mit ihr unsere „fortschrittliche“ Regierung, die sich dem rechten, durch von der Leyen, Macron, Merz oder Mark Rutte repräsentierten Flügel anschließt – reagiert auf die Probleme mit der gleichen imperialistischen Logik wie die USA, China oder Russland. Der Wirtschaftswissenschaftler Emiliano Brancaccio schreibt: „In einer Zeit, in der die Schuldenkrise das amerikanische Imperium dazu zwingt, seinen Einflussbereich zu verringern und seinen Vasallen Zölle aufzuerlegen, stellt sich für die europäische Diplomatie das Problem, einen eigenständigen Imperialismus zu entwickeln, der in der Lage ist, die Ausbreitung des europäischen Kapitalismus nach außen mit einer eigenständigen Militärmacht zu begleiten.“ (*II Manifesto*, 13. März 2025)

Die in ein paar wenigen Mitgliedstaaten konzentrierten Rüstungsindustrien haben immer mehr Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der Kommission.

Diese Firmen befinden sich in Frankreich, Deutschland und Italien und ihr Umsatz ist alles andere als unbedeutend. Laut den Quellen des Sipri (Stockholm International Peace Research Institute) entfallen 50 % des Gesamtumsatzes der 100 größten Rüstungsunternehmen der Welt auf US-amerikanische Konzerne, 14 % auf europäische und 7 % auf britische. Unter den europäischen Unternehmen ist Leonardo das umsatzstärkste, an zweiter Stelle steht das deutsch-französische Unternehmen Airbus. Diese wenigen europäischen Großkonzerne dominieren die Produktion und die öffentlichen Aufträge in den Mitgliedstaaten und beeinflussen die Strategie der Kommission. Claude Serfati erinnert daran, dass „die europäischen Großkonzerne dank der Unterstützung durch die nationalen Regierungen mächtige Einflusskanäle auf EU-Ebene (Kommission, Europäisches Parlament usw.) schaffen konnten. Seit den 2000er-Jahren sind die Führungskräfte der größten europäischen Rüstungskonzerne in den von der Kommission eingesetzten Arbeitsgruppen vertreten. Im Zuge der Militarisierung der EU hat die Lobbyarbeit bei Kommission und Parlament in den letzten Jahren erheblich zugenommen, auch wenn es den europäischen Rüstungskonzernen noch nicht gelungen ist, direkten Einfluss auf die Kommission zu nehmen.“ (Claude Serfati, *Un monde en guerres*, Textuel, S. 180)

Obwohl es also nach wie vor starke Gegensätze und Widersprüche zwischen den verschiedenen europäischen Ländern gibt, drängen Krieg und Krisen die EU unter dem Einfluss von Rüstungsbetrieben zu einem stärkeren militärischen Zusammenschluss.

Aufgrund der neuen Politik von Donald Trump ist die Aufrüstung also unvermeidlich und muss uns beun-

ruhigen, denn historisch gesehen ist noch jedes Wett-rüsten in Europa in Tragödien und Massakern geendet. Finanziert wird das Wett-rüsten durch den Abbau sozialer Errungenschaften und durch die Auflösung der Reste des Wohlfahrtsstaates. Außerdem wird die Aufrüstung einen Demokratieabbau und kostspielige Zugeständnisse an die extreme Rechte mit sich bringen, etwa die Wiedereinführung der Wehrpflicht in einigen Ländern. Insgesamt könnten diese Entwicklungen die Antikriegsbewegung und den Widerstand gegen die Kürzungen und den Abbau der Lebensstandards wieder aktivieren.

### **Die Festung Europa als integraler Bestandteil des Militarisierungsprozesses**

Die repressiven Maßnahmen gegen Migrant\*innen sind ein wichtiger Bestandteil im laufenden Militarisierungsprozess. Es ist kein Zufall, dass sie in den letzten Jahren exponentiell zugenommen haben. Die finanziellen Beiträge, welche die EU an die Länder auf der anderen Seite des Mittelmeers für die Auslagerung der Kontrolle und Steuerung der Migrationsströme leistet, sind innerhalb von zwei Jahrzehnten auf über 130 Milliarden Euro gestiegen. 2021 erhielt Frontex, die Agentur, die für die Kontrolle der Migrationsbewegungen im Mittelmeerraum zuständig ist, für den Zeitraum 2021 bis 2027 eine beispiellose Finanzierung von 5,6 Milliarden Euro, was einer Steigerung um 194 % im Vergleich zur vorherigen Budgetperiode entspricht. Diese Finanzierung beinhaltet auch den Kauf neuer „tödlicher und nichttödlicher“ Waffen. Es wird schwierig sein, zwischen ersteren und letzteren zu unterscheiden.

Somit liefert die Migrationspolitik ein viel realistischeres Bild vom Verhalten der europäischen Länder als die Aussagen ihrer Führer\*innen über die „demokratischen Werte“, auf denen die europäische Integration beruhe.

### **Das wahre Gesicht der Europäischen Union: das neokoloniale und rassistische Europa des Kapitals**

Wie glaubwürdig ist die Europäische Union als Hort der Demokratie, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, den Waffenhandel mit Israel zu beenden, während dieser Staat einen Völkermord am palästinensischen Volk begeht? Wie glaubwürdig kann Frankreich sein, das die meisten seiner ehemaligen Kolonien wirtschaftlich ausgebeutet und kontrolliert hat? Wie glaubwürdig kann Italien sein, wenn es die üblen Folterer, die die Migrant\*innen am Erreichen der italienischen Küsten hindern, mit Zähnen und Klauen verteidigt?

Während der klassische Imperialismus seine Interventionen mit der Notwendigkeit rechtfertigte, andere Völker durch den Export westlicher Kulturwerte zu zivilisieren, spricht der heutige Imperialismus seit dem Irak-Krieg 1990 von der humanitären Verpflichtung und rechtfertigt seine Militäroperationen mit dem Ziel, diktatorische Regierungen zu stürzen.

Im Zuge des wachsenden geopolitischen Chaos und der Verschärfung der innerimperialistischen Auseinandersetzungen sind diese Ziele nicht verschwunden. Heute bezieht sich die EU in ihrer kriegerischen Rhetorik auf den Frieden und die Demokratie. Das ist nicht nur widerlich, sondern steht auch ganz klar im Dienste eines Projekts, das das koloniale und rassistische Europa des Kapitals stärken will und der extremen Rechten Auftrieb gibt. Wie auch immer die Finanzierung läuft, die Aufrüstungspläne der EU werden nur dem Großkapital nützen, also jenen, die mit dem Tod handeln und sich angesichts ihrer gestiegenen Aktien schon die Hände reiben. Und wie auch immer die Finanzierung läuft, die Aufrüstungspläne werden mit einer Beschneidung der politischen Rechte in den einzelnen Ländern einhergehen.

### **Trumps falschen Frieden entlarven**

Gegen Krieg, Militarismus und Imperialismus zu kämpfen, bedeutet auch, den von Trump propagierten Scheinfrieden zu entlarven. Der erneut gewählte US-Präsident hat die Haltung seines Landes gegenüber dem Krieg in der Ukraine radikal geändert. Die USA sind von der Aufrüstung der Ukraine und der wichtigsten NATO-Verbündeten dazu übergegangen, direkte bilaterale Waffenstillstandsverhandlungen mit Putin aufzunehmen und dabei ihre früheren Verbündeten – die europäischen Mächte und selbst Selenskyj – von den Gesprächen auszuschließen.

Trumps Botschaft ist unmissverständlich und gleicht eher einer Erpressung: Entweder Selenskyj (und seine europäischen Verbündeten) akzeptieren die von Putin ausgehandelten Bedingungen für einen Waffenstillstand, oder die USA ziehen sich zurück. Die Verhandlungen laufen noch oder beginnen gerade erst. Obwohl die Einzelheiten des ersten Treffens zwischen Russland und den USA in Riad nicht bekannt sind, setzt jede Vereinbarung zwischen den beiden voraus, dass die Ukraine ihre Niederlage anerkennt. Dies würde mindestens bedeuten, dass die Ukraine den Verlust von 20 % des von den Russen besetzten Territoriums (die vier autonomen Regionen des Donbass und die Krim) akzeptiert und sich für neutral erklärt, indem sie auf ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO (und in

der EU) verzichtet. Putin hat die Bedingung gestellt, dass in der Ukraine Wahlen ohne Selenskyj abgehalten werden. Er plädiert dafür, Selenskyj durch eine kremlfreundliche Regierung zu ersetzen.

Trump verlangt zudem, dass Selenskyj ein Abkommen über die Ausbeutung von Mineralien und seltenen Erden unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht vor, dass die USA als Ausgleich für die von ihnen geleistete Militärhilfe die Hälfte dieser Ressourcen erhalten. Hier ist zu erwähnen, dass es Selenskyj selbst war, der Trump dieses quasi koloniale Geschäft vorschlug, in der Hoffnung, im Gegenzug eine Sicherheitsgarantie von den USA zu erhalten, was aber offensichtlich nicht geschehen wird.

Die Zeit scheint für Putin zu arbeiten. Bevor er einem Waffenstillstand zustimmt, wird er bestimmt versuchen, seine Fortschritte auf dem Schlachtfeld zu festigen, vielleicht auch auszuweiten und einige „rote Linien“ für den Kreml zu sichern, insbesondere die Neutralität der Ukraine. Sie beinhaltet die Entmilitarisierung des ukrainischen Staates, eine Pufferzone und die Zusicherung, dass es in diesem Land keine NATO-Truppen geben wird.

Das Schicksal der von einem dreijährigen Krieg gezeichneten Ukraine wird somit zu einer Beute, um die sich die USA und Russland streiten – wobei auch die europäischen Mächte ihren Anteil beanspruchen, vorerst aber noch ohne Erfolg. Die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes kann durch den Pseudo-Friedensplan von Trump und Putin nicht erreicht werden, sondern nur durch einen echten Waffenstillstand, der zur Aufnahme echter Gespräche führt. An diesen müssen alle Betroffenen des Gebiets beteiligt sein, angefangen bei den Ukrainer\*innen.

### **Für eine gemeinsame europaweite Bewegung gegen die laufende Militarisierung – „Stop ReArm Europe!“**

Angesichts der neuen Szenarien, die immer düsterer werden, ist es dringender denn je, eine gemeinsame europäische Bewegung gegen die Militarisierung in Gang zu bringen. Deshalb schließen wir uns mit voller Überzeugung dem Aufruf „Stop ReArm Europe – welfare, not warfare“ (<https://stoprearm.org/>) an. Er wurde von Transform Europe, dem Transnational Institute, von Arci, Attac Italia und anderen lanciert.

Wir unterstützen diesen Aufruf als Internationalist\*innen und Ökosozialist\*innen und wir kämpfen dabei gegen das neokoloniale und imperialistische Europa des Kapitals. Wir setzen uns für ein anderes Europa ein: das notwendige und unverzichtbare Europa, das wir wollen – ein Europa

der Arbeiterinnen und Arbeiter, das solidarisch, friedlich und antirassistisch ist und die Selbstbestimmung der Völker in den Mittelpunkt stellt.

Genau das ist der Grund, warum wir den Aufruf unterstützen. Und wir vergessen dabei nie die antikoloniale Solidarität mit Kämpfen wie jenem der Palästinenser\*innen gegen den zionistischen Völkermord oder jenem der Kurd\*innen und der Bevölkerung von Rojava für die Anerkennung ihrer Selbstbestimmung. Offensichtlich hat die herrschende Klasse keinen anderen Plan, als die aktuellen Krisen noch zu beschleunigen: Sie hat einen Plan, der auf Investitionen in „Vernichtungsmittel“ gegen das Leben und den Planeten setzt, um die Interessen der Bourgeoisie zu verteidigen. Deshalb halten wir es für notwendig, die Gegenwehr im Rahmen eines ökosozialistischen Programms zu organisieren, das sich gegen die Aufrüstungspläne stellt und auf allen Ebenen gegen das Europa des Kapitals kämpft, und zwar mit der Perspektive auf ökosozialistische Vereinigte Staaten von Europa als Alternative zur gegenwärtigen Barbarei.

Wir unterstützen den Aufruf, weil wir gegen alle Imperialismen sind, gegen die NATO der USA in der Version von Biden und Trump, gegen die militaristischen und kriegstreiberischen Bourgeoisien Europas sowie gegen Putin und sein imperialistisches, zaristisches Regime – sie alle setzen ihre Unterdrückungswerkzeuge ein, um ihre Machtbereiche zu sichern. Auch den anderen aufstrebenden kapitalistischen Mächten vertrauen wir nicht.

Aus: Sinistra Anticapitalista, 1.4.2025

**Gippo Mukendi Ngandu** ist aktiv in der antirassistischen Arbeit und Mitglied der Leitung von Sinistra Anticapitalista und der Vierten Internationale.

Übersetzung: A. W.



# DIE PTB ZWISCHEN BRUCH UND BETEILIGUNG

Die folgende Analyse der Wahlniederlage der Belgischen Arbeiterpartei (PTB) im Jahr 2024 hat ihre Aktualität für die Diskussionen über Charakter und Aufgaben von Parteien mit revolutionärem Anspruch - gerade auch in Deutschland - nicht eingebüßt.

■ **Freddy Mathieu und Daniel Tanuro**

Bei den Wahlen 2024 rief die Gauche anticapitaliste (Antikapitalistische Linke, IV. Internationale) auf Regions- und Bundesebene dazu auf, die PTB zu wählen, insbesondere Kandidat:innen, die aus sozialen Kämpfen hervorgegangen sind. Sie betonte, dass abgesehen von Meinungsverschiedenheiten das Wichtigste ist, dass „hier und jetzt nur die PTB in der Lage ist, der Rechten und der extremen Rechten eine möglichst kräftige Ohrfeige zu verpassen und gleichzeitig die angebliche Linke (PS und Ecolo) zu bestrafen, die ihnen den roten Teppich ausrollt.“<sup>41</sup>

Je stärker die PTB wird, desto dringender stellt sich die Frage, ob und wie sie mit ihrem Stimmenergebnis auf die Regierungsbildung Einfluss nehmen will. Eine Frage, die auch heute noch von hoher Brisanz ist.

Die Politische Klasse und etablierte Medien drängen die PTB zu sagen, dass sie bereit sei, sich an der Macht zu beteiligen. Gleichzeitig wünschen sich viele in den Gewerkschaften und Initiativen, dass sich PS, Ecolo und PTB zusammenschließen, um die Rechte abzuwehren. Komplexe Situation. Zwischen die Fronten geraten, reagiert die PTB, indem sie „Punkte des Bruchs“ als Voraussetzung zur Machtbeteiligung formuliert. Problem: die genannten Punkte reichen bei weitem nicht aus, um einen echten Bruch zu realisieren. Warum wählt die PTB eine so niedrige Schwelle? Was hat das mit der Geschichte dieser Organisation und ihren Grenzen zu tun? Und wie können wir im heutigen reaktionären Kontext vorankommen und

eine antikapitalistische Alternative im politischen Raum schaffen, die den Herausforderungen gewachsen ist?

Die PTB ist auf dem Vormarsch. Sie destabilisiert die traditionelle Politik sehr stark, insbesondere die Sozialdemokratie und die Grünen. Da die Bilanz dieser Parteien von Verzicht und Verrat geprägt ist, ist es erfreulich, dass sie in Bedrängnis geraten: es ist wie eine Rache. Sie spiegelt die Sehnsucht nach einer Alternative wider. Die PTB behauptet, sowohl Rache als auch eine Alternative zu verkörpern. Sozial, ökologisch, ethisch, demokratisch, glaubwürdig und radikal. Sie wendet sich vom „Extremismus“ ab und profiliert sich als „authentische Linke“. Eine Linke, die ihre Werte nicht verleugnet, Kompromisse ablehnt, ihr Handeln mit ihren Worten in Einklang bringt und konkrete Veränderungen vorschlägt. Das ist ein wichtiger Grund für ihren Erfolg.

Doch dieser enorme Erfolg hat einen Schwachpunkt: Je stärker sie bei den Wahlen zulegt, desto weniger kann sich die PTB der Frage der Machtbeteiligung entziehen. Die SP und Ecolo warten auf eine Wende. Sie hoffen ihrerseits, sich an dieser Partei zu rächen, die sie entlarvt und ihnen Stimmen abnimmt. Die Rechnung ist einfach: die Menschen werden verstehen, dass es keinen Sinn hat, für eine Partei von „Idioten“ (PS-Chef Magnette) zu stimmen, die sich weigern, „ihre Verantwortung zu übernehmen“. Auch in den Gewerkschaften wächst der Druck. Der [Gewerkschaftsbund] FGTB sagt es offen: auf französischsprachiger

Seite hofft sie auf eine geeinte Linke, um ihre Forderungen besser an die Regierungen heranzutragen.

### Ein Wendepunkt

Also an der Macht teilhaben? Bisher sind die Sprecher:innen der PTB ausgewichen. Den Journalisten antworteten sie sinngemäß: „Wir werden später sehen“, „Wir sind noch nicht stark genug“, „Wir müssen zuerst auf die kommunale Ebene gehen“, „Seht euch Zelzate an, das ist der Beweis, dass wir bereit sind, wenn es einen echten Bruch gibt“... Diese Linie ist jedoch unhaltbar geworden. Wenn man zu einer großen Partei geworden ist, die angesichts der wachsenden Bedrohung durch die extreme Rechte für die Dringlichkeit einer linken Alternative plädiert, kann man der Machtfrage nicht auf diese Weise ausweichen. Die Macht ist per Definition das Ziel jeder Politik. In der gegenwärtigen Phase ihrer Wahlentwicklung würde eine PTB, die der Machtfrage ausweicht, wahrscheinlich ihren Niedergang einleiten. Deshalb stellen Hedebouw und seine Genoss:innen heute die Bedingungen für ihre mögliche Teilnahme öffentlich zur Diskussion. Dies ist ein Wendepunkt.

### Er nimmt eine doppelte Form an.

Einerseits unterbreitet die PTB einer Reihe von linken Persönlichkeiten einen Text mit dem Titel „PTB wählen: für eine echte linke Alternative“<sup>2</sup>. In diesem Text wird „ein räuberischer und ausbeuterischer Kapitalismus verurteilt, der seine Gesetze diktiert und grenzenlose Profite anhäuft“. Die Unterzeichnenden stellen fest, dass „das Bild düster ist“. Sie wollen sich nicht mehr „mit einer Politik der Kompromisse begnügen, die letztlich immer im Sande verläuft. Das ‚Ohne uns wäre es noch schlimmer‘ ist nicht mehr angebracht, sagen sie: die Zeit ist reif für einen Bruch, für die Durchsetzung einer wirklich alternativen Politik und für den Aufbau neuer Kräfteverhältnisse“. Sie stellen fest, dass „die gewählten Vertreter der PTB ihre Fähigkeit demonstrieren, in den Institutionen zu agieren und gleichzeitig in den Kämpfen vor Ort aktiv zu sein“. Daher „teilen sie die Hoffnung und den Willen des FGTB-Vorsitzenden Thierry Bodson, dass am Tag nach den Wahlen ernsthafte Verhandlungen zwischen der PS, Ecolo und der PTB geführt werden, die arithmetisch gesehen in Wallonien und Brüssel die Mehrheit stellen können“. Trotz der Doppelzüngigkeit der SP und der Weigerung von Ecolo, sich klar auf einer Links-Rechts-Achse zu positionieren, sagen sie abschließend, ist es uns auf jeden Fall wichtig, dass die PTB, ohne sich selbst zu verleugnen, bei diesen Verhandlungen das Mögliche erreicht.“

Auf der anderen Seite benennt die PTB wie in einem Echo auf diesen Aufruf „Punkte des Bruchs“ auf allen Ebenen der Macht (Bund, Wallonien und Brüssel). In ihrem Programm wird dieses Vorgehen wie folgt begründet: „Wir wollen einen Bruch mit der neoliberalen Politik der letzten dreißig Jahre. Dieser Bruch ist nötig, um auf die sozialen Notlagen in Bezug auf Kaufkraft, Steuergerechtigkeit, ein Ende der politischen Privilegien und das Klima zu reagieren“.

Es gibt also einerseits eine allgemeine Absicht – mit dem Neoliberalismus eines „räuberischen und ausbeuterischen Kapitalismus“ zu brechen; auf der anderen Seite eine Reihe konkreter „Punkte des Bruchs“, die die PTB als notwendige Bedingungen für ihre mögliche Teilnahme stellt.

### Eine gefährliche Phase

Für Antikapitalist:innen ist dieser Schritt an sich gerechtfertigt. Wir können uns in einer solchen Situation, wie wir sie kennen, nicht damit zufriedengeben, für die Revolution, die Zerstörung des bürgerlichen Staates und die Macht der Sowjets zu agitieren. Wir können uns auch nicht mit der Hoffnung auf die Konvergenz der Basiskämpfe zufriedengeben und der Frage nach ihrer politischen Perspektive ausweichen. Diese ist unerlässlich. Eine Politik des Bruchs muss daher mehr als ein Programm von Forderungen und Kampfformen beinhalten: Um glaubwürdig zu sein, muss sie die Perspektive einer Regierung des Bruchs aufzeigen und den Weg ebnen, um sie gegen die herrschende Klasse durchzusetzen.

Das ist keine leichte Aufgabe. Es ist sogar eine äußerst gefährliche Aufgabe, denn die PTB muss sagen, ob sie bereit ist, mit PS und Ecolo zu regieren. Hier liegt die Falle. Denn eines ist glasklar: Zusammen mit PS und Ecolo ist kein Bruch möglich, der seinen Namen verdient. Keiner. Bei solchen Parteien wäre es sogar vergeblich, auch nur auf den Beginn eines Bruchs zu hoffen. Das zeigen die Lehren aus der Geschichte und den jüngsten Ereignissen. Vor allem für die Sozialdemokratie. Sie hat sich vor mehr als einem Jahrhundert für den Kapitalismus entschieden. Sie ist strukturell unfähig, dahinter zurückzugehen. Die letzten Illusionen sind seit der „sozial-neoliberalen“ Wende der SP in den achtziger Jahren verfliegen. Seitdem haben sich diejenigen, die mit der Sozialdemokratie (und mit den Grünen) einen „anti-neoliberalen“ Weg gehen wollten, ohne „antikapitalistisch“ zu sein, die Zähne ausgebissen. Warum das? Weil der Neoliberalismus die einzige Regierungsform ist, die mit den Erwartungen des Kapitals in der gegenwärtigen Phase seiner Entwicklung vereinbar ist. Etwas anderes gibt es einfach nicht.

Daher besteht für die Antikapitalist:innen der einzige Weg, die Falle der Regierungsverhandlungen zu vermeiden, darin, „Punkte des Bruchs“ zu formulieren, die gleichzeitig drei Kriterien erfüllen: Schlüsselforderungen der ausgebeuteten und unterdrückten Schichten entsprechen; ein begrenztes, aber kohärentes Maßnahmenpaket bilden, das mit der neoliberalen Politik der Mitverwaltung des Systems unvereinbar ist; sich klar in eine antikapitalistische Emanzipationsdynamik einfügen.

### Niveaulos

Betrachten wir die „Punkte des Bruchs“ der PTB anhand dieses Ansatzes.

Erste Feststellung: Sie beschränken sich auf vier Bereiche – „Kaufkraft, Steuergerechtigkeit, Ende der politischen Privilegien und Klima“. Es gibt keinen „Punkt des Bruchs“ bei Fragen wie Rassismus, Islamophobie, Gewalt gegen Frauen, LGBT-Phobie, chemische Verschmutzung, neokoloniale Ausplünderung von Ressourcen und Remilitarisierung. Da die Abschaffung der geschlossenen Zentren für Ausländer nicht im Programm der PTB enthalten ist, ist es nicht verwunderlich (aber mehr als bedauerlich!), dass auch sie kein „Punkt des Bruchs“ ist ... Aber warum sind Forderungen aus dem Programm wie Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 % des BIP oder der Erlass illegitimer Schulden keine „roten Linien“?

Zweite Feststellung: die „Punkte des Bruchs“ der PTB in den vier oben genannten Bereichen ermöglichen keinen „Bruch mit der neoliberalen Politik der letzten dreißig Jahre“. Sehen wir uns das genauer an:

■ „Steuergerechtigkeit“. Die „Millionärssteuer“ von 2 % auf Vermögen über 5 Mio. Euro und 3 % auf Vermögen über 10 Mio. Euro ist für die PTB eine „rote Linie“. Eine Vermögenssteuer ist sicherlich eine sehr wichtige Forderung, aber 1.) ist die Steuerschwelle (5 Millionen!) deutlich zu hoch; 2.) „Das Geld nehmen, wo es ist“ erfordert auch eine Erhöhung des Körperschaftssteuersatzes (ISOC). Er lag bei etwa 33 %, bis die Regierung 2019 beschloss, ihn auf 25 % zu senken. Die Rückkehr zu den 33 % zu fordern, ist nicht „extremistischer“ als die Rückkehr zur Rente mit 65 Jahren zu fordern. Das Programm der PTB tut dies nicht. Er fordert die tatsächliche Anwendung der 25 % auf Großunternehmen und die Abschaffung von Steuerschlupflöchern im Namen der Gleichheit zwischen kleinen und mittleren (KMU) und Großunternehmen, aber dies ist kein „Punkt des Bruchs“.

■ Um „die Kaufkraft zu schützen“<sup>3</sup>, nennt die PTB zwei „Punkte des Bruchs“: 1.) das Gesetz über die Wett-

bewerbefähigkeit zu „überarbeiten“; 2.) „die europäische Sparpolitik ablehnen“, diese „europäischen Regeln, die Einsparungen bei den Renten, im Gesundheitswesen und bei den öffentlichen Dienstleistungen fordern“. Das ist wirklich zu begrenzt. Warum das Wettbewerbsgesetz nur „überarbeiten“? Es muss abgeschafft werden! Und warum sich nur verpflichten, weitere europäische Sparmaßnahmen zu verhindern? Europäisch oder nicht, wir müssen damit beginnen, die Maßnahmen abzuschaffen, die bereits 15 % der Menschen in Wallonien und 28 % in Brüssel, insbesondere Frauen, unter die Armutsgrenze getrieben haben. Zum Beispiel die Rücknahme der Beschränkung der Sozialversicherungsansprüche für Lebensgemeinschaften (die 1981 ohne europäisches Diktat vom „Sozialisten“ Dewulf durchgesetzt wurde). Sie steht im Programm der PTB, ist aber kein „Punkt des Bruchs“.

■ „Klima“. Das Programm der PTB sagt dazu eine ganze Menge: „öffentliche und demokratische Kontrolle des Energiesektors“, „öffentliche Verwaltung der Wasserstoffnetze“, „ökologische Planung“, „Ausstieg aus dem CO<sub>2</sub>-Markt“, „ehrgeiziger öffentlicher Investitionsplan für erneuerbare Energien, Wohnungsmodernisierung und öffentliche Verkehrsmittel“ usw. Raoul Hedebouw und seine Genossen sind keine Antiproduktivist:innen, das wissen wir. Sie fordern nicht das Verbot unnötiger oder schädlicher Produktion. Aber trotzdem: Können wir uns, während der Planet brennt, mit der Unentgeltlichkeit der Verkehrsverbände TEC und STIB als einzigen „Punkten des Bruchs“ zufrieden geben? Warum nicht zum Beispiel den Ausbau des Luftverkehrs oder den Bau neuer Autobahnen ablehnen? Oder die Kündigung des neokolonialen Abkommens (ausgeheckt von Groen-Ministerin Tinne Van der Straeten), das es Belgien ermöglicht, das erneuerbare Potenzial Omans zu nutzen, um in diesem Land – ohne Steuern zu zahlen und mit der Komplizenschaft des lokalen Despoten – den grünen Wasserstoff zu produzieren, der für die Antwerpener Petrochemie benötigt wird?

■ „Politische Privilegien“. In diesem Punkt kann man der PTB nicht vorwerfen, dass sie einen großen Unterschied zwischen ihrem Programm und ihren „Punkten des Bruchs“ macht: die Kernforderung ihres Programms – die Gehälter der Politiker zu halbieren – ist für sie ein großer Punkt des Bruchs. Diese Forderung ist aus antikapitalistischer Sicht voll und ganz gerechtfertigt. Das Problem ist der absolut zentrale Platz, den die PTB ihr in ihrer Massenpropaganda einräumt, die Akzente, die sie setzt, und die Gefahr der Verwechslung mit dem „tous pourris“ (alles Faulpelze) der extremen Rechten. Dieser Gefahr würde

entgegengewirkt, wenn die PTB eine höhere Körperschaftssteuer und eine Obergrenze für die Vergütung der Chefs fordern würde. Leider fehlen diese Forderungen in ihrem Wahlprogramm.

Dritte Feststellung: Dort, wo die PTB keine Chance hat, an der Macht teilzuhaben (auf Bundesebene), sind ihre „Punkte des Bruchs“ zwar unzureichend, aber präzise. Die PTB wird nicht in die Bundesregierung eintreten ohne „Ende des Lohnstopps“, „eine echte Millionärssteuer“, „die Rückkehr zur Rente mit 65 Jahren“, „die Ablehnung der europäischen Sparpolitik“ und „das Ende der Privilegien in der Politik – insbesondere die Halbierung der Gehälter der Politiker“. Auf den anderen Machtebenen ist sie unschärfer. Für Wallonien fordert die PTB neben dem kostenlosen Verkehrsverbund TEC „unter anderem“ „die Einrichtung eines öffentlichen wallonischen Abfalldienstes ohne Abfallsteuer oder kostenpflichtige Müllsäcke“. Für Brüssel geht es neben dem kostenlosen STIB „unter anderem“ um eine föderale Refinanzierung der Region, das Ende der Unterwerfung unter die großen Immobilienentwickler und den Bau von 100 % öffentlichem Wohnungsbau. Was umfasst die Formel „unter anderem“? Der Text sagt es nicht ...

Zusammenfassend sind die „Punkte des Bruchs“ der PTB: 1.) allzu niveaulos bei den sozio-ökonomischen Forderungen; 2.) völlig stumm bei feministischen, antirasistischen, antimilitaristischen, antikolonialen und Forderungen gegen Ausgrenzung; 3.) deutlich unter dem, was erforderlich wäre, um mit der ernsthaften Bewältigung der ökologischen Notlage im Allgemeinen und der Klimakrise im Besonderen zu beginnen.

### **Gradualismus und Linkspopulismus**

Es gibt zwei mögliche Interpretationen dieser Schlussfolgerung, die sich nicht unbedingt widersprechen.

Die erste ist, dass die PTB nicht an die Macht gehen will, sondern sich für ein sehr niedriges Profil entscheidet, weil sie vor allem fürchtet, als jemand zu erscheinen, der die Bildung von Regierungen weiter links verhindert hat, was den Kommunen schaden könnte. Es ist wahrscheinlich, dass sie vor allem Angst hat, die Gewerkschaften, insbesondere den FGFB, zu enttäuschen. Deshalb betonen ihre Punkte des Bruchs besonders das Ende des Lohnstopps, Steuergerechtigkeit und die Rückkehr zur Rente mit 65 Jahren.

Die zweite ist, dass die PTB bereit ist, „Verantwortung zu übernehmen“, wenn die Ergebnisse dies zulassen und sich die Gelegenheit ergibt. Die Unschärfe der Punkte des

Bruchs auf wallonischer und Brüsseler Ebene scheint ein Hinweis in diese Richtung zu sein: besser die Hände nicht fesseln, man weiß ja nie?

In ein paar Wochen werden wir klarer sehen, man muss nicht spekulieren. Wie auch immer, diese Kampagne bringt die PTB in der langen Entwicklung, die sie 2007/2008 begonnen hat, einer qualitativen Schwelle näher. Damals beschloss sie, ihr Image als stalinistische, „extremistische“, pro-chinesische Partei (ursprünglich gewerkschaftsfeindlich und kubafeindlich!) loszuwerden, die die Verbrechen der Roten Khmer rechtfertigte, die Zerschlagung vom Tian'anmen, die Tyrannei in Nordkorea usw. Der Erfolg war gelinde gesagt enorm – er ist sogar spektakulär! Doch trotz ihres neuen Images und realer Veränderungen behält die PTB etwas von ihrer Vergangenheit: das Dogma der „führenden Rolle der Partei“ („Die Partei führt die Front“) und im weitesten Sinne die Bilanz des Stalinismus („insgesamt positiv“, wie Georges Marchais sagte).

Paradoxerweise ist es dieser Rest, der sich heute durch alle „Punkte des Bruchs“ ausdrückt. Der Übergang vom Maximalismus zum Minimalismus ist ein großer Klassiker der Parteien der stalinistischen Bewegung. Wie ihr früherer Rivale, die Pro-Moskau-PC, vor ihr und aus den gleichen Gründen engagiert sich die Partei von Raoul Heebouw und Peter Mertens für eine gradualistische Logik der „kleinen Schritte“. Wie die PC vor ihr begleitet sie dies mit einer Strategie der „soft power“ durch den Aufbau eigener Gruppen (Intal usw.) und durch die Übernahme von Fraktionen der Gewerkschaftsapparate, so wie sie sind.

Diese Logik der kleinen Schritte hat einen Namen: Reformismus. Was die PTB heute macht, sieht ihm immer ähnlicher. Wir freuen uns nicht darüber, denn das ist keine gute Nachricht für die Linke! Aber man muss der Wahrheit ins Auge sehen. Angesichts der aktuellen Kampagne ist es legitim, sich zu fragen, was die PTB noch von der klassischen Sozialdemokratie unterscheidet – die Sozialdemokratie, wie sie war, bevor sie sich der neoliberalen Wende anschloss.

Natürlich hat sich die PTB nicht die Hände an der Macht schmutzig gemacht, sie beteiligt sich an den meisten Kämpfen. Natürlich ist die Sozialdemokratie auf Seiten der NATO, während die PTB sich für die BRICS einsetzt (aber sie fordert nicht mehr, dass Belgien aus dem Atlantischen Bündnis austritt ...). Die Unterschiede sind also offensichtlich. Dennoch unterscheidet sich das Programm der PTB bei diesen Wahlen nicht wesentlich von dem der Sozialdemokratie. Typisches Beispiel: die Verstaatli-

chung der Banken. Die PTB war hier einmal führend. In ihrem Wahlkampf wird er durch die Forderung nach einer „sinnvollen öffentlichen Kontrolle des Finanzsektors“ mit „Gründung staatlicher Banken“ und „Trennung von Investment- und Depotbanken“ ersetzt. Das ist ein anti-neoliberaleres Regulierungsprogramm à la Joseph Stiglitz, kein antikapitalistisches Programm à la Karl Marx. Die Unterzeichner des Aufrufs zur Wahl der PTB haben also völlig Recht: „Es gibt programmatische Annäherungen“ mit der PS und Ecolo. Laut dem [unabhängigen] Planbüro (Bureau du Plan) ist der Vorschlag der SP zur Vermögensbesteuerung in mancher Hinsicht radikaler als der der PTB.

Könnte es sein, dass die PTB, um diese Annäherungen zu verschleiern, voll auf das setzt, was sie in den Augen der normalen Wähler am deutlichsten unterscheidet – „den Kampf gegen Privilegien in der Politik“? Oder um Wähler aus den unteren Schichten anzuziehen, denen ihre anderen „Punkte des Bruchs“ zu wenig eingängig erscheinen könnten? Wahrscheinlich beides gleichzeitig ... Der „Linkspopulismus“ unterscheidet die PTB tatsächlich am deutlichsten von der PS (und von Ecolo!). Allerdings gibt es auch in strategischer Hinsicht Ähnlichkeiten zwischen PTB und PS. Insbesondere bei der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Partei und sozialen Bewegungen.

„Politik ist das Monopol der Partei“ – das ist das Markenzeichen der Sozialdemokratie. Sie stellt sich als politische Fortsetzung der sozialen Bewegungen dar. Insbesondere die Gewerkschaften müssen sich daher den Wahlzielen der Partei unterordnen und die Grenzen ihrer gradualistischen [schrittweisen] Strategie akzeptieren. Als der FGFB Ende der fünfziger Jahre, der SP im Namen der Arbeitswelt sein Strukturreformprogramm aufzwingen wollte (ein Programm, das maßgeblich zum Erstarken bis zum Streik von 1960/61 beitrug), widersetzte sich diese mit aller Kraft. „Die Befreiung der Arbeiter:innen wird das Werk der Arbeiter:innen selbst sein“, ist keine Losung der Sozialdemokratie. Dies ist jedoch auch kein Motto der PTB. Das sieht man heute an der Art und Weise, wie sie ihre „Punkte des Bruchs“ bestimmt: nach eigenen politischen Berechnungen in einer vorgegebenen „Reihenfolge“ nach ihrer eigenen Vorstellung.

Für die PTB wird die „Reihenfolge“ heute von dem wenig sichtbaren, aber sehr realen Kampf dominiert, den sie um Einfluss innerhalb des FGFB-Apparats führt. Daher die sehr sozioökonomische Betonung (im engeren Sinne) der „Punkte des Bruchs“. Aber der Ansatz der PTB besteht nicht wirklich darin, die gewerkschaftliche Alternative politisch zu vermitteln, wie es die sozialisti-

sche Linke zur Zeit der Strukturreformen tat. Das Beispiel der Steuerfrage ist deutlich: der FGFB ist offensichtlich für die Vermögensbesteuerung, aber er formuliert diese Forderung neben anderen. Die PTB ihrerseits konzentriert ihre „Punkte des Bruchs“ allein auf die „Millionärssteuer“. Parallel dazu umfasst ihr Programm „Vorschläge zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)“ (nicht nur kleine Selbstständige: die KMU). „Die Partei führt die Front“. In der aktuellen „Reihenfolge“ ist die Partei der Ansicht, dass die von ihr geführte Front auf KMU ausgeweitet werden muss.

### Welche Alternative?

Die Kritik ist einfach, wird man sagen, aber was ist eure Alternative, ihr, die ihr nichts – oder so wenig – repräsentiert?

Das stimmt. Die Stärke unserer politischen Strömung ist mehr als bescheiden. Sie konkurrierte lange Jahre mit jener der PC und später mit jener der PTB. Und die PTB hat gewonnen. Sie ist zu einer mächtigen Partei geworden. Ihre Hegemonie in der Linken ist unbestritten, und sie strahlt nach Europa aus. Man muss diese Tatsache ohne Bitterkeit oder Groll zur Kenntnis nehmen können. Aber man kann klein sein und trotzdem eine korrekte Warnung aussprechen. Dies tun wir mit diesem Artikel. Es geht übrigens nicht darum, unsere Meinungsverschiedenheiten mit der PTB auszubreiten. Wir haben daher keine Kritik an der „campistischen“ Positionierung der PTB zur Unterstützung der BRICS-Staaten geübt, obwohl diese Positionierung unserer Meinung nach im Widerspruch zur „Zärtlichkeit der Völker“ (wie Che Guevara sagte), d. h. zum Internationalismus, steht. In einer Zeit, in der eine Stimme für die PTB die Hoffnungen vieler bündelt, wollten wir auf die Gefahr hinweisen, die ein Abgleiten in den Gradualismus für die gesamte Linke in unserem Land, einschließlich der PTB selbst, bedeuten kann.

Es versteht sich von selbst, dass unsere Kritik eine Alternative erfordert. Vor nicht allzu ferner Zeit hat sich die Gewerkschaftslinken diese Frage gestellt: Wie kommt man aus der Unterordnung unter die Sozialdemokratie und ihren Gradualismus heraus? Wie kann eine antikapitalistische politische Alternative entstehen, ohne die gewerkschaftliche Unabhängigkeit zu gefährden? Die Antwort bestand aus einigen kühnen Ideen. Sie ging von der Leitung des FGFB in Charleroi aus, die sie damals zu einer Broschüre gemacht hatte<sup>4</sup>: eine „kämpferischere und demokratischere Gewerkschaftsbewegung“ zum Leben zu erwecken; „Ausarbeitung eines antikapitalistischen Programms, das

## WAHLERGEBNISSE 2024

### Wahlergebnisse 2024 (auszugsweise) in Prozent

		Bund			Regionen	
			Brüssel	Wallonien		
<b>Antikap.</b>	PTB/PVDA	9,9 (+1,3)	18,5 (+6,5)	12,1 (-1,6)		
<b>Sozialdem.</b>	Vooruit	8,1 (+1,4)	1,7 (-0,8)			
	PS	8,0 (-1,5)	18,3 (-0,4)	23,2 (-2,9)		
<b>Grüne</b>	Groen	4,7 (-1,4)	3,9 (+0,8)			
	Ecolo	2,9 (-3,2)	8,2 (-8,0)	7,0 (-7,5)		

Auf Bundesebene wurde nach 7 Monaten Verhandlungen eine Mitte-Rechts-Regierung unter Einschluss der flämischen Sozialdemokratie (Vooruit) gebildet. In der Region Wallonien bildeten zwei liberale Parteien eine Regierung, während in der Region Brüssel bis heute keine Regierung zustande gekommen ist; dort hätten Sozialdemokratie, Grüne und PTB rechnerisch zusammen eine Mehrheit von einem Sitz. Eine detaillierte Wiedergabe des Wahlergebnisses würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. (Zahlen nach Wikipedia)

wir als Gewerkschafter auf politischem Gebiet weiterverbreitet sehen wollen“; auf dieser Grundlage die treibende Kraft bei der „Sammlung aller, die eine antikapitalistische Alternative anstreben“ zu spielen.

Das Grundprinzip war einfach, es bestand darin, das Verhältnis zwischen sozialer und politischer Bewegung umzukehren: „Wir werden unser Programm ausarbeiten und unsere Kämpfe nach einem einzigen Anliegen führen: den Bedürfnissen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir werden sie ermutigen, sich aktiv und demokratisch zu engagieren, damit dieses Programm und diese Kämpfe ihnen gehören. Damit werden wir die Situation umkehren. Damit werden wir unsere Kräfte wieder stärken. Anstatt dass die Parteien uns ihre Politik diktieren, sind wir es, die von den Parteien verlangen, dass sie sich verpflichten, mit uns für dieses Programm zu kämpfen.“

### „Die Kraft zurückgewinnen“

Der Text fordert, die „Kraft zurückzugewinnen“. Dieser Punkt ist entscheidend. Nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für andere soziale Bewegungen. Seit zehn Jahren ist klar, dass der Wahlerfolg einer neuen Partei, selbst einer „authentischen Linken“, an sich nicht ausreicht, um die Verschlechterung der Kräfteverhältnisse an der

Basis, in Unternehmen, Schulen, Stadtvierteln aufzuhalten. „Es rettet uns kein höh'eres Wesen“, sagt das Lied, „kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun“. Fügen wir hinzu: „keine Partei“. Die Verschlechterung kann tatsächlich nur gestoppt werden, wenn die Kräfte, die vor Ort kämpfen, zusammenkommen, denken, schaffen, Widerstand leisten und den Ton für eine Rückeroberung der Politik von unten aus einer eindeutig antikapitalistischen und demokratischen Perspektive angeben.

2012–2014 erlebten wir einen Anfang davon, insbesondere als sich die CNE dem Aufruf der FGTB von Charleroi anschloss. Die Versammlung, an der 500 Gewerkschafter:innen aller Couleur, zahlreiche Aktivist:innen der Verbände und die gesamte radikale Linke teilnahmen (Géode de Charleroi, 2014), war eine erste Konkretisierung der in der Broschüre „Acht Fragen“ zum Ausdruck gebrachten Absicht: „Wir wollen die Dinge nicht einfrieren. Ganz im Gegenteil. es geht darum, einen Raum zu öffnen und eine Dynamik auszulösen. Der Prozess der politischen Sammlung muss auf linke Mitglieder der PS und von Ecolo, linke Intellektuelle und Aktive von sozialen Organisationen ausgeweitet werden. (...) In gewissem Maße orientieren wir uns an den kämpferischen Arbeiter:innen des 19. Jahrhunderts, die auf die Gründung der POB (Vorläufer der SP) hingearbeitet haben, weil sie die Notwendigkeit eines politischen Instruments zur Stärkung ihres Kampfes erkannt hatten. Aber man muss natürlich Lehren daraus ziehen, wie ihnen dieses politische Instrument schließlich entglitten ist“.

Unsere politische Strömung hat sich mit Begeisterung an dieser brodelnden, Hoffnung und Emanzipation versprechenden Bewegung beteiligt. Das Gleiche gilt für die PTB. Für sie war dies jedoch nur ein „Schritt“ ihres eigenen Aufbaus. Bereits am Wahlabend 2014, nachdem sie dank der Listen der PTB-Gauche d'Ouverture (PTB-Linke der Öffnung) ihren ersten Einzug ins Parlament geschafft hatte, war das Spiel für die Partei auch schon wieder zuende. Keine Notwendigkeit für eine Sammlung, es gibt ja die PTB. Keine Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und Politik umzukehren, die PTB schafft ja die Verbindung. Keine Notwendigkeit, erst einen Raum zu schaffen, um eine Dynamik zu erzeugen, werdet Mitglied der PTB. Der kleine Embryo eines politischen Instruments, das die Gewerkschafts- und Bewegungslinien begonnen hatten, sich zu schaffen, indem sie die linken politischen Organisationen zwangen, sich loyal daran zu beteiligen, ist „erstarrt“. „Das politische Werkzeug ist ihnen aus der Hand entglitten“.

Zehn Jahre später kann man die Zweideutigkeit des Ergebnisses ermesen. Einerseits fliegt die PTB einem Wahlsieg entgegen. Umso besser für die gesamte Linke! Andererseits liegen die „Punkte des Bruchs“, die sie ganz allein bestimmt hat, weit unter dem gewerkschaftlichen Programm, noch weiter unter dem Programm, das der FGTB von Charleroi 2012 in ihrer anderen Broschüre verabschiedete,<sup>5</sup> und ignorieren andere Fronten des Kampfs ...

Unsere Alternative, fragt Ihr? Gemeinsam den Fäden dessen wieder aufnehmen, was 2012–2014 versucht worden war, und dabei alle Lehren aus den Erfahrungen ziehen. Die gleiche Methode wieder anwenden unter Berücksichtigung des neuen Kontexts (geostrategisch, ideologisch, ökologisch, politisch und sozial). Es gibt keinen anderen Weg. Wir wollen auf jeden Fall unsere eigene politische Strömung aufbauen, um diese Perspektive mit mehr Kraft zu tragen, zusammen mit allen, die ihre Bedeutung verstehen werden. Zwischen Bruch und Beteiligung wird die Verantwortung der PTB ihrem Wahlerfolg entsprechen.

Quelle : <https://www.gaucheanticapitaliste.org/le-ptb-entre-rupture-et-participation/>

Übersetzung: Björn Mertens

**1** Siehe „Et si on réinventait l'espoir? Déclaration de la Gauche anticapitaliste en vue des élections de 2024“ (Und wenn wir die Hoffnung neu erfinden würden? Erklärung der Antikapitalistischen Linken zu den Wahlen 2024).

**2** <https://pour-une-vraie-alternative-de-gauche.net/>

**3** Die Linke sollte diesen neoliberalen Ausdruck nicht benutzen, denn in Wirklichkeit drückt die Abhängigkeit der Arbeiter:innen von Einkäufen auf dem Markt ihr Fehlen jeglicher Entscheidungsbefugnis über die Wirtschaft aus. Marx hat dies sehr deutlich gezeigt.

**4** „Politique et indépendance syndicale. Huit questions en relation avec l'appel du premier mai 2012 de la FGTB Charleroi-Sud Hainaut (Politik und gewerkschaftliche Unabhängigkeit. Acht Fragen im Zusammenhang mit dem Aufruf des FGTB Charleroi-Süd Hainaut vom 1. Mai 2012)“. Siehe dazu auch: Die LCR, die PTB, die Gewerkschaftslinken und die Perspektiven, *Inprekorr* Nr. 1/2015.

**5** „10 objectifs d'un programme anticapitaliste d'urgence élaboré par la FGTB Charleroi-Sud Hainaut (10 Ziele eines antikapitalistischen Sofortprogramms, ausgearbeitet von der FGTB Charleroi-Süd Hainaut)“. Siehe dazu auch: Die FGTB braucht einen neuen politischen Ansprechpartner, *Inprekorr* Nr. 4/2013.



## Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# „ARBEITSUNRECHT STOPPEN!“

Bereits zum zwölften Mal findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. Die Tagung gegen „Bossing, Mobbing & Co.“ beginnt am 11. Oktober 2025 um 13:00 Uhr.

■ **Heinrich Neuhaus**

Hauptthemen des jährlichen Zusammentreffens von aktiven Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern sind die erfolgreiche Vorbereitung der 2026 anstehenden Betriebsratswahlen, die Stärkung betrieblicher Gegenmacht und die Bekämpfung der unhaltbaren Zustände in Musks Tesla-Imperium.

Das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisiert das Zusammentreffen mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim, Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand, DGB Baden-Württemberg, IGBCE OG Weinheim, Kirchlichem Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

In der Einladung zur Veranstaltung heißt es: „Wer im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nach dem Thema Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung sucht, findet – weiße Flecken. Die Ampel-Koalition hatte noch beschlossen, den § 119 Betriebsverfassungsgesetz von einem Antrags- in ein Officialdelikt umzuwandeln. Passiert ist – nichts. Auch das skandalöse Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts unter anderem durch die Verdachtskündigungen ist bis heute nicht beendet.“

Obwohl also diese Themen in der Bundespolitik platziert worden sind, droht weiterhin nichts zu passieren. Dies ist umso skandalöser, als Betriebsrats-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung in immer mehr Unternehmen und Einrichtungen als „normal“ angesehen werden.

## **Klassenkampf von oben**

Wie sehr mittlerweile der verschärfte Klassenkampf von oben – selbst ohne personenbezogene Angriffe – und die

meist fehlende konsequente Gegenwehr von unten Betriebsräte und Gewerkschaften schwächen, zeigen aktuelle Zahlen.

Anfang 2000 waren noch knapp 7,8 Millionen Menschen in den DGB-Gewerkschaften organisiert, Ende 2024 nur noch 5,6 Millionen. Zudem sind etwa 25 % aller Mitglieder der DGB-Gewerkschaften erwerbslos oder in Rente.

Diese Entwicklung steht in scharfem Kontrast zur Zahl der abhängig Beschäftigten in der BRD. Sie lag im Jahr 2024 laut Statistischem Bundesamt bei rund 42,3 Millionen. In den DGB-Gewerkschaften waren also Ende 2024 nur noch knapp 10 % aller Werkstätigen organisiert.

Auch die Tarifbindung ist weiter zurückgedrängt worden. 2024 waren bloß noch rund 49 % aller abhängig Arbeitenden in einem Unternehmen mit Tarifbindung beschäftigt. Weitere alarmierende Befunde sind, dass es lediglich in knapp rund 10 % der Unternehmen noch eine betrieblich gewählte Interessenvertretung gibt und 40 % aller Beschäftigten von einem Betriebs- bzw. Personalrat vertreten werden.

Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitervertretungen, Gewerkschaften, Gesetze und Tarifverträge werden immer häufiger als Hindernisse für angeblich erforderliche „Sparwänge“ angesehen. Hindernisse müssen aus einem solchen Blickwinkel umgangen, „reformiert“ oder ganz beseitigt werden. Frei nach dem Motto – legal, illegal, ...egal.

Zum Einsatz gegen betrieblich und gewerkschaftlich Aktive kommen dann teure Unrechtskanzleien, die mit konstruierten Abmahnungen, Verleumdungen und Verdachtskündigungen arbeiten.

In der Öffentlichkeit wird diese Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ – von prominenten Ausnahmen wie

Tesla abgesehen – nach wie vor viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert. Das ermutigt die kriminellen Täter zusätzlich, zumal sie in der Regel rechtlich nicht belangt werden.

Die gemobbten, meist schwer erkrankten und gekündigten Opfer müssen hingegen ihre Unschuld beweisen. Das ist ein nicht hinnehmbarer Skandal.

### Gegenwehr von unten

Die entscheidende Basis für eine erfolgreiche Gegenwehr liegt im Betrieb. Betriebs- oder Personalräte sind verpflichtet, die Einhaltung bestehender Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu überwachen. Daraus entstehen in der Regel Konflikte mit dem Führungspersonal der Gegenseite. Selbst aktive Interessenvertretungen können dann jedoch nicht blind auf eine automatische Unterstützung durch „ihre“ Belegschaften vertrauen.

Um dem daraus resultierenden Druck auf Dauer standhalten und sich einen langen Atem bewahren zu können, empfiehlt das Mannheimer Komitee aktiven Kolleg:innen die praktische Beantwortung folgender zehn Fragen:

- 1 Hat die Interessenvertretung ein gemeinsames Verständnis von ihrer Arbeit als Organ der Betriebsverfassung?
- 2 Wird die Balance Arbeit und Leben von jedem/jeder Einzelnen ständig im Auge behalten?
- 3 Ist die Funktionsweise des Gremiums demokratisch, kooperativ und für alle seine Mitglieder und die Belegschaft transparent?
- 4 Wird die Bedeutung des Aufbaus und der Entwicklung eines „harten, widerstandsfähigen Kerns“ im Betriebsrat (Personalrat, in der Mitarbeitervertretung) kontinuierlich verfolgt?
- 5 Findet eine geplante politische, rechtliche und fachspezifische Bildung des Gremiums statt (Verstehen von Strategie und Taktik, Zeitmanagement, Rhetorik, Kommunikation, Verhandlungstechniken, EDV-Kenntnisse ...) und wird systematisch Wissen über das Unternehmen, die Branche und das Wirtschaftssystem erworben?
- 6 Gibt es eine strukturierte, prozessorientierte Organisation der BR-Arbeit mit überprüfbaren Schwerpunktsetzungen?
- 7 Gelingt es, aus dem Hamsterrad des ständigen Reagierens auf die offenen und verdeckten Aktionen der Gegenseite auszusteigen und durch die Umsetzung einer eigenen Zeitplanung und inhaltlichen Agenda selbst zum Treiber zu werden?
- 8 Gibt es ein praktisch wirksames Projekt des *Organizing*, um den gewerkschaftlichen Organisationsgrad und die Verankerung in der Belegschaft ausbauen zu können (mit „Betriebsplan“, der gezielten Suche von Unterstützer:innen, dem

Auf- bzw. Ausbau eines Vertrauenskörpers und der gewerkschaftlichen Nachwuchsförderung ...)?

9 Wird die Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Themen im Unternehmen bewusst entwickelt?

10 Gelingt es, wirksame überbetriebliche Strukturen, Netzwerke und Verbindungen aufzubauen und zu stärken – natürlich auf gewerkschaftlicher Ebene aber auch darüber hinaus?

### Gemeinsames Engagement

Im Kern geht es also nicht um eine aufopfernde und gut gemeinte Stellvertreterpolitik. Sondern es geht darum, gemeinsam mit möglichst vielen anderen die Ängste, die Lethargie und die Spaltungslinien in einer Belegschaft zu erkennen und zu überwinden.

Oder mit anderen Worten: Es geht darum, Freude am gemeinsamen Einsatz zu wecken und aus den gemachten Erfahrungen Kraft und Mut zu schöpfen.

Die Stärke einer Interessenvertretung hängt letztendlich vom Ausmaß der kollektiven Unterstützung durch „ihre“ Belegschaft ab. Größere und wirksame Erfolge sind nur durch die reale Bereitschaft zur kollektiven Gegenwehr der Beschäftigten zu erzielen.

Um diese entwickeln zu können, braucht es Engagement und eine inhaltliche und organisatorische Strategie. Sie muss konkret von dem ausgehen, was im Unternehmen mit der vorhandenen Belegschaft und den bisher gemachten Erfahrungen möglich und persönlich leistbar ist.

Vor allem aber braucht es Geduld! Denn nur mit Geduld lässt sich das Fundament für eine betriebliche Gegenmacht aufbauen und stärken. [...]

Der größte Fehler wäre es jedoch, mit dieser Arbeit zu warten. Um dem Druck der BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde standhalten zu können, müssen Aktive sich besser bilden und organisieren – im Unternehmen, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

Es ist kein Zufall, dass bereits in der Entschließung der letztjährigen Tagung „Betriebsräte im Visier“ festgestellt wurde: „Die Förderung starker demokratischer Gegenmacht in Betrieben und der Gesellschaft ist [...] eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der Rechten stoppen zu können.“

Anmeldung per E-Mail: [solidaritaet@gegen-br-mobbing.de](mailto:solidaritaet@gegen-br-mobbing.de).

Weitere Infos unter: [www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de).

# GESCHICHTE UND INTERNATIONALISTISCHE PERSPEKTIVE

Dieser Artikel versucht eine Bestandsaufnahme nach der jüngsten „heißen“ Krise zwischen Indien und Pakistan um die Kaschmir-Frage. Dabei sind viele Faktoren zu berücksichtigen.

■ **Pierre Rousset**

Die jüngsten Ereignisse sind unbestritten Teil einer langen Geschichte militärischer Spannungen und Kriege, die bis zu der katastrophalen Teilung zurückreicht, die der britische Imperialismus dem Subkontinent 1947 aufgezwungen hat. In der letzten Zeit haben sich jedoch tiefgreifende Veränderungen in den betroffenen Ländern sowie im geopolitischen Umfeld, in der regionalen Bewirtschaftung von Wasserressourcen oder in den eingesetzten Waffen vollzogen. Man kann also nicht von der Annahme ausgehen, dass sich die Geschichte nur nahezu identisch wiederholen würde. Dies ist vielleicht die wichtigste Frage, vor der wir stehen: Was gibt es Neues? Es liegt natürlich in erster Linie an den linken Organisationen der Region, darauf zu antworten. Ich werde mich damit begnügen, die Analyseelemente oder Hypothesen zur Diskussion und Kritik vorzulegen, durchaus im Bewusstsein, dass meiner Arbeit unvermeidbare Revisionen beschieden sein können.

Die Teilung von 1947 führte zu einer gigantischen Zwangsumsiedlung von rund 15 Millionen Menschen nach religiösen Kriterien. Die Muslime wurden im Westen in Pakistan (im Indus-Becken) und im Osten des Subkontinents in Ostpakistan (im Ganges-Becken) zusammengefasst. Ostpakistan wurde nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1971 als Bangladesch selbständig. Dennoch gibt es auch heute noch eine sehr große muslimische Bevölkerungsgruppe im indischen Bundesstaat Hyderabad. Viele Hindus,

die in „muslimischen“ Gebieten lebten, gingen nach Indien, aber nicht alle.

Kaschmir ist ein Land im Himalaya, das innerhalb der Grenzen des britischen Empires lag. Seine Bevölkerung ist überwiegend muslimisch. Es wurde durch die sogenannte „unvollendete“ Teilung von 1947 und den darauffolgenden Ersten Indisch-Pakistanischen Krieg geteilt. Eine Abstimmung zur Selbstbestimmung war versprochen worden, hat aber offensichtlich nie stattgefunden. Pakistan besetzt heute die Gebiete von Azad Kaschmir und Gilgit-Baltistan, Indien die Gebiete Jammu und Kaschmir sowie Ladakh und China Aksai Chin und das Shaksgam-Tal.

## **Ständige Spannungen und drei Kriege**

Die Folgen der imperialen „Teile und herrsche“-Politik sind immer noch spürbar, aber im Wesentlichen, weil die herrschenden Eliten sie ständig wiederbeleben. Dieser latente Kriegszustand niedriger Intensität wird von den pakistanischen und indischen Regierungen genutzt, um die Opposition zu marginalisieren oder zum Schweigen zu bringen, (mit unterschiedlichem Erfolg) an die nationale Einheit zu appellieren, die Aufmerksamkeit von sozialen Problemen abzulenken, das Ausmaß der Militärbudgets zu rechtfertigen usw.

Drei Kriege von hoher Intensität haben stattgefunden. Der erste 1947–1949, unmittelbar nach der Teilung. Er endet unter der Schirmherrschaft der UNO mit der Errichtung einer „Kontrolllinie“, die Kaschmir in zwei Hälften schnei-

det (es handelt sich nicht um eine anerkannte Grenze). Der zweite 1965–1966 und der dritte 1999 auf den Höhen von Kargil, forderten mehrere tausend Tote auf beiden Seiten. Die Kämpfe werden im Gebirge unter sehr schwierigen Bedingungen ausgetragen.

Indien hat sich 1974 auf China reagierend, mit dem es auch an der Grenze zum Himalaya im Konflikt steht, mit Atomwaffen ausgerüstet. Pakistan importierte die entsprechende Technologie und führte 1998 seine ersten Versuche durch (es ist das einzige muslimische Land, das sie besitzt). Genauso wenig wie in Europa hat jedoch das „Gleichgewicht des Schreckens“ die militärischen Konflikte beendet, auch wenn die Situation ganz anders ist als auf der koreanischen Halbinsel, wo es schwierig ist, das Risiko von „Ausrutschern“ zu ignorieren. Frankreich seinerseits versucht, die Idee eines Einsatzes politisch zu „normalisieren“, indem es seine Forschungen über eine „taktische“ Bewaffnung – eine gefährliche Nebelkerze – erwähnt. Die allgemeine nukleare Abrüstung bleibt die wichtigste Aufgabe.

### **Der Verlauf der gegenwärtigen Krise**

Am 22. April verübt eine bewaffnete religiöse Gruppe einen Anschlag in Pahalgam im östlichen Teil von Kaschmir (unter indischer Besatzung). Indien beschuldigt Pakistan.

Am 7. Mai startet Neu-Delhi die Operation Sindoor. Neben dem üblichen Artilleriefeuer auf beiden Seiten der Kontrolllinie in Kaschmir greifen seine Luftwaffe und Drohnen zahlreiche Ziele auf pakistanischem Territorium an.

Der Konflikt spitzt sich zu, wobei Pakistan unter anderem Drohnen entsendet, um Ziele tief in Indien, darunter Flughäfen, zu zerstören.

In beiden Ländern haben die Medien einen kriegerischen Nationalismus entfacht. Aber es ist klar, dass insbesondere der massive Einsatz von Drohnen die Situation verändert hat. Die indische Bourgeoisie war Teil der patriotischen Hysterie; sie hat Premierminister Narendra Modi ernüchert und verlangt, dass er einem Waffenstillstand zustimmt. Indien versucht, den Washington-Peking-Konflikt zu nutzen, um internationales Kapital anzuziehen. In die Glut der antimuslimischen Ideologie zu blasen, ist gut für die ethnonationalistische Politik der BJP (Modi-Partei), die darauf abzielt, den Prozess der illiberalen „Hinduisierung“ des Landes abzuschließen – aber militärische Unsicherheit ist schlecht für das Geschäft.

Die indischen Herrschenden hatte schon immer ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber ihren pakistanischen Nachbarn. Die Demografie, die strategische Ausdehnung (1600 km von Ost nach West), die wirtschaftlichen Kapa-

zitäten und heute eine rassistische Ideologie nähren dieses Gefühl. Strategisch hat Pakistan diese Vorteile nicht. Die langjährigen Verbindungen des Armeegeheimdienstes zu den afghanischen Taliban an seiner nordwestlichen Grenze sollten es zu einem „befreundeten“ Land machen und ihm gerade dadurch eine gewisse strategische Tiefe verleihen. Die besagten afghanischen Taliban sind heute zu seinen wichtigsten Feinden geworden und unterstützen die pakistanischen Taliban.

Die pakistanische Verteidigung erwies sich jedoch als effektiver als erwartet. Seine Piloten sollen besser ausgebildet sein als die des großen Nachbarn. Sie verfügt über eine eigene Luftwaffe und chinesische Raketen, die den Angreifer aus großer Entfernung treffen können. Fünf indische Flugzeuge sollen abgeschossen worden sein, darunter auch die französische Rafale, da ihre Fähigkeiten zu Gegenmaßnahmen, die vor Raketen schützen, offenbar nicht wirksam oder nicht aktiviert waren.

Islamabad kann jedoch keine dauerhaften Kriegsanstrengungen leisten. Das Land versinkt in Schulden und steht unter starkem Druck des IWF. Jedes Land verkündete den Sieg und am 10. Mai wurde die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens durchgesetzt und am 12. Mai bekannt gegeben. Es ist nur ein Waffenstillstand, kein Frieden. Nachdem er die BJP-Anhänger, die diesen Waffenstillstand nicht verstehen, heiß gemacht hatte, erklärte Narendra Modi auch, dass die Operation Sindoor nicht beendet sei, sondern sogar zu einer ständigen Machtpolitik geworden wäre. So bereitet er sich auf wichtige Wahltermine vor, insbesondere im Bundesstaat Bihar, indem er weiterhin „antimuslimischen Hass“ gegen seinen Nachbarn sowie gegen die große muslimische Religionsgruppe in Indien, die etwa 15 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht, schürt. Auch die Christen sind Ziel hinduistischer Fundamentalisten, die den hinduistischen Suprematismus (Hindutva) vertreten.

### **Wer hat den Pahalgam-Anschlag verübt?**

Wer ist die bewaffnete fundamentalistische Gruppe, die am 22. April in Pahalgam im indisch besetzten Kaschmir eine Terroraktion durchführte, bei der 26 völlig unschuldige Menschen ums Leben kamen? Indien hat sofort Lashkar-e-Taiba beschuldigt, was erlaubt, Islamabad direkt zu beschuldigen, da LeT tatsächlich mit der pakistanischen Armee verbunden ist. Es gibt jedoch bis heute keine Hinweise darauf, dass dies stimmt.

Die Identität dieser Organisation bleibt uns unbekannt, doch die Hypothese, dass der (in seinem terroristischen

Charakter absolut verwerfliche) Anschlag nicht von pakistanischen Diensten in Auftrag gegeben, sondern von einer rein kaschmirischen Gruppe ausgeführt wurde, muss ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Diese Gruppe operierte weit entfernt von der Demarkationslinie ohne hochentwickelte Mittel, wie es scheint mit der Grundbewaffnung aller Guerillakämpfer (automatische Waffen, aber keine hochwertigen Sprengstoffe), in einem ultramilitarisierten Gebiet, in dem Bewegungen über große Entfernungen gefährlich sind. Die Situation in Jammu und Kaschmir verschlechtert sich für die Bewohner sowohl in sozialer als auch in religiöser Hinsicht immer weiter. Der Autonomiestatus, den das Gebiet „genoss“, bedeutete in der Praxis nie viel, aber die Tatsache, dass er 2019 aufgehoben wurde, kündigte eine brutale Verschärfung der kolonialen Enteignungspolitik Neu-Delhis an, was eine Dynamik der Hinduisierung der Verwaltung usw. vorantreiben würde. Die Zahl der „Verschwundenen“ ist so hoch, dass man von „Halbwitwen“ spricht: Frauen, die nicht wissen, ob ihr Mann tot oder lebendig ist. Eine Situation der Repression, die meine indischen Genoss:innen unmissverständlich anprangern. Unter diesen Umständen wäre es erstaunlich, wenn sich keine lokalen Widerstandsgruppen bilden würden.

In den kaschmirischen Gebieten unter pakistanischer Verwaltung sind die Bedingungen weit weniger drastisch.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Armee und der militärische Nachrichtendienst (Inter-Service Intelligence, ISI) die in Jammu und Kaschmir operierenden Terrororganisationen ausgebildet und betreut haben. In letzter Zeit hat sich die Situation jedoch geändert. Ein Großteil der in Pakistan ansässigen fundamentalistischen Formationen soll sich verselbstständigt haben und nun ihre eigenen Ziele verfolgen. Was die afghanischen Taliban betrifft, so unterstützen sie die pakistanischen Taliban (die Tehreek Taliban Pakistan, TTP), die gegen das Militär kämpfen und einen Teil des Landes kontrollieren. Sie lieferten ihnen schwere Waffen aus den Beständen, die die USA und ihre lokalen Verbündeten zurückgelassen hatten, als sie 2021 das Land fluchtartig verließen.

Pakistan lebte lange Zeit unter direkten oder indirekten Militärregimen (wie heute mit der Regierung von Shehbaz Sharif als Fassade), wobei demokratische Perioden nur ein Intermezzo waren. Er befindet sich jedoch in einer wahrscheinlich beispiellosen Regimekrise. Die pakistanische Armee ist sehr unpopulär, seit sie ihren früheren Schützling Imran Khan ins Gefängnis geworfen hat, der zu mächtig geworden war und trotzdem erstaunlich beliebt blieb. Ein

hochrangiger pakistanischer Offizier mag sich nach dem Attentat in Positur werfen und versuchen, sein Image aufzupolieren, aber der Aufruf zur nationalen Einheit hinter der Militärkaste scheint vorerst ungehört zu verhallen, egal wie groß die Wut in der Bevölkerung nach den Angriffen der Operation Sindoor ist, die sich neben militärischen Einrichtungen auch gegen religiöse Schulen (Madrasas) und Moscheen richtete, die längst nicht mehr als fundamentalistische Ausbildungsstätten gelten.

### **Geopolitik des Wassers und der Macht**

Die regionalen Spannungen wurden durch die Entscheidung der Regierung Modi, den Indus-Vertrag auszusetzen, erheblich verschärft. Die gerechte Aufteilung des Wassers ist für Pakistan von entscheidender Bedeutung, da es insbesondere zur Bewässerung der Landwirtschaft im Pandschab, der Kornkammer des Landes, beiträgt. Der 1960 unterzeichnete Vertrag stellt einen stabilen Kooperationsmechanismus zwischen den beiden Ländern dar, was Seltenheitswert hat. Dessen Aussetzung nach dem Anschlag in Pahalgam kommt einem regelrechten Akt der Feindseligkeit gleich. Bekanntlich wird in Zeiten der globalen Erwärmung die Kontrolle über Wasserressourcen noch mehr als in der Vergangenheit zu einer strategischen Frage.

Die Türkei und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens schalteten sich als Vermittler ein, um die Kämpfe zu beenden. Im Übrigen werden sie Pakistan verteidigen – neben Indonesien eines der größten muslimischen Länder der Welt und das Land, das ihnen Zugang zu Atomwaffen verschaffen könnte. Die beiden entscheidenden Mächte bleiben jedoch die USA und China. Wer kann schon vorhersagen, was Trump morgen tun wird? Bleibt Peking.

Der „pakistanische Korridor“ ist für das chinesische Regime von großer Bedeutung, da er es ihm ermöglicht, Indien westlich zu umgehen, um Zugang zum Indischen Ozean zu erhalten. Der Nord-Süd-Weg zum Hafen von Gwadar (im Bau) beginnt im pakistanisch verwalteten Kaschmir (in Gilgit-Baltistan) und endet in Belutschistan, einem Konfliktgebiet, in dem verschiedene Widerstandsbewegungen für die Unabhängigkeit operieren (die manchmal von Indien unterstützt werden?) und in dem die pakistanische Armee nicht zimperlich ist (auch hier „verschwinden“ Menschen). Die chinesischen Investitionen sind beträchtlich und seine Streitkräfte sind entlang des gesamten Korridors präsent, getarnt als Sicherheitsdienste der chinesischen Unternehmen. Der Einfluss Pekings ist so offensichtlich, dass er in der pakistanischen Elite für einige Aufregung gesorgt hat, aber es sieht sehr nach einer vollendeten Tatsache aus.

Dies ist eine Tatsache, die das Modi-Regime nicht ignorieren kann.

### **Neues berücksichtigen, den Blickwinkel erweitern, internationalistisch handeln**

Wir müssen das Neue durchdenken. In dem Fall, der uns hier interessiert, ist das „Neue“ beträchtlich: in Indien die ausgrenzende Dynamik des Hindutva (Modi beansprucht die gesamten Grenzen des ehemaligen Britischen Empire für sich); in Pakistan eine schwere Regimekrise in einem Land, das von Regionalismen und bewaffneten Konflikten geplagt wird; eine Umwälzung der Geografie der fundamentalistischen Bewegungen; die beschleunigten Auswirkungen des Klimawandels; die Erneuerung der geopolitischen Fragen mit der Unbekannten, die die Zukunft einer weiteren Regimekrise darstellt, nämlich derjenigen, in die die USA geraten sind und die weltweite Auswirkungen haben wird ...

Es ist normal, dass zunächst jede Organisation den regionalen Krisenzustand analysiert, sagen wir ausgehend von ihrem Land und ihrer eigenen politischen Ausrichtung. Um die Analyse voranzutreiben und gemeinsam grenzüberschreitend zu handeln, muss man sich jedoch bemühen, den Blick zu erweitern und die Situation aus der Sicht anderer in die Krise involvierter Länder (und anderer Organisationen, mit denen man zusammenarbeiten möchte) zu betrachten.

Das gilt für Europa (dass Westeuropäer den Ukraine-Krieg so sehen, wie er in Osteuropa erlebt wird), oder für einen Europäer, der versucht, eine weit entfernte asiatische Krise zu verstehen ...

Offensichtlich ist im Falle eines militärischen Konflikts der Internationalismus die Richtschnur für Kräfte, die sich als links bezeichnen. Die beiden kommunistischen Parteien im Parlament – die Communist Party of India (CPI) und die Communist Party of India (Marxist) (CPI-M) – sind ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden, da sie die Entscheidung der Regierung, eine Militäraktion gegen Pakistan zu starten, unterstützt haben. Die große Mehrheit meiner Genossinnen und Genossen in den betroffenen Ländern hingegen hat die Richtschnur gegen den Strom und unter starkem Druck korrekt gehalten, indem sie ihre Positionen gegen die nationale Einheit und den Militarismus, für die volle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kaschmiris aufrechterhalten hat – eine vorrangige Pflicht für politisch Aktive in Pakistan, Indien und ... China.

Die Umsetzung dieses Rechts auf Selbstbestimmung ist nicht einfach, auch weil jedes Kaschmir-Territorium

jahrzehntlang getrennt war. Solange jedoch dieses Selbstbestimmungsrecht der Kaschmiris nicht anerkannt wird, wird es keine dauerhafte Lösung für eine regionale Krise geben, die von vielen etablierten staatlichen oder nicht-staatlichen Mächten instrumentalisiert wird.

Quelle: <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article74829>

Übersetzung: Björn Mertens



# Sommer, Sonne, Internationalismus! – Auf zum antikapitalistischen Sommercamp

Nimm teil am internationalen, antikapitalistischen Sommercamp mit politisch aktiven/interessierten Leuten aus vielen Ländern!

Vom 19. bis 26. Juli 2025 findet in Belgien das 40. antikapitalistische Sommercamp der Vierten Internationalen (eine revolutionär-sozialistische internationale Vereinigung von Organisationen aus der ganzen Welt) statt.

## **Wieso ist internationale Vernetzung so wichtig?**

Weil das System uns global unterdrückt, muss die Revolution auch global sein. Jedes Jahr organisieren die Jugendgruppen der Vierten Internationalen ein Sommercamp, um sich zu vernetzen und zu diskutieren. Verbring auch du eine Woche Ferien mit Genoss:innen aus der ganzen Welt.

## **Und was machen wir im Sommercamp?**

Es ist ein politisches Camp: Jeden Tag gibt es ein spannendes Programm mit Vorträgen oder Workshops, um über Gewerkschaften, Feminismus, Antirassismus, LGBTI-Kämpfe, Ökologie oder internationale Solidarität zu sprechen. Aber es geht auch darum, die Möglichkeit zu haben, sich zu treffen und eine unvergessliche Woche zu erleben: Spiele, Filme, offene Bühnen und natürlich Partys ... Am Ende der Woche hast du Kontakte von Freund:innen aus den meisten europäischen Großstädten, bei denen du übernachten kannst, wenn du unterwegs bist.

## **Wie ist das Camp organisiert?**

Das Camp ist selbstverwaltet und wird Jahr für Jahr von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von europäischen Organisationen aus der Vierten Internationale veranstaltet. Vor Ort organisieren

wir uns alle gemeinsam und teilen uns die Aufgaben auf, um das Camp am Laufen zu halten, die Bar zu betreiben, aufzuräumen oder für unsere gemeinsame Sicherheit zu sorgen. All dies ist Teil eines fortlaufenden demokratischen Prozesses, in dem wir ständig darüber diskutieren, was fehlt, was funktioniert, was im nächsten Jahr beibehalten oder verbessert werden muss: ein kleiner Einblick in die Art und Weise, wie unser Leben in der Gesellschaft, die wir aufzubauen wollen, organisiert werden könnte.

## **Wer kann kommen?**

Du musst kein Mitglied einer Organisation sein! Viele der Teilnehmer:innen sind Sympathisant:innen oder neugierige Menschen, die sich mit antikapitalistischen Ideen identifizieren. Es ist genau die richtige Gelegenheit, um Aktivist:innen zu treffen und etwas mehr über unsere Aktivitäten zu erfahren. Wer weiß, vielleicht willst du ja am Ende selbst Mitglied einer Organisation werden?

## **Ich würde gerne kommen. Was muss ich tun?**

Möchtest Du teilnehmen oder hast noch Fragen?

Mail an: [sommerncamp@intersoz.org](mailto:sommerncamp@intersoz.org)  
oder schreib uns über Insta: [intersoz\\_org](https://www.instagram.com/intersoz_org)

